

aus politik und zeit geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Willy Kraus
Wirtschaftsreformen
in der Volksrepublik China

Thomas Scharping
Demographische Entwicklung
und Bevölkerungspolitik
in der Volksrepublik China

Gerald A. Straka
Bildungspolitik
in der Volksrepublik China
Von ‚rot‘ zu ‚fachkundig‘?

ISSN 0479-611 X

B 39/85
28. September 1985

Willy Kraus, Dipl.-Volkswirt, Dr. rer. pol., geb. 1918; von 1964 bis 1966 o. Professor für Sozialökonomik der Entwicklungsländer an der Justus-Liebig-Universität Gießen; von 1966 bis 1970 o. Professor für Wirtschaftslehre, insbesondere Entwicklungspolitik, und von 1970 bis zur Emeritierung 1983 o. Professor für Wirtschaft Ostasiens und Entwicklungspolitik an der Ruhr-Universität Bochum.

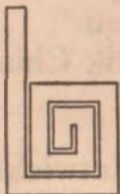
Veröffentlichungen u. a.: Wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Wandel in der Volksrepublik China, Berlin-Heidelberg-New York 1979; Economic Development and Social Change in the People's Republic of China, New York 1982; Die japanische Herausforderung. Fernöstliche Mentalität und Strategie, Berlin 1982; (zusammen mit Wilfried Lütkenhorst) Wirtschaftsdynamik im pazifischen Becken. Entwicklungstendenzen, Handelsverflechtungen und Kooperationsansätze, Stuttgart 1984; China im Wandel. Sozioökonomischer und politischer Umbruch im Reich der Mitte, in: Fischer Weltalmanach 86, Frankfurt 1985.

Thomas Scharping, Dr. phil., M. A., geb. 1948; Studium der Sinologie, Politologie und Japanologie in Berlin und Hongkong; China-Referent am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Der Demokratische Bund und seine Vorläufer 1939—1949. Chinesische Intelligenz zwischen Kuomintang und Kommunistischer Partei, Hamburg 1972; Mao-Chronik. Daten zu Leben und Werk, München 1976; Umsiedlungsprogramme für Chinas Jugend 1955—1980. Probleme der Stadt-Land-Beziehungen in der chinesischen Entwicklungspolitik, Hamburg 1981; zahlreiche Aufsätze zu aktuellen Fragen der chinesischen Politik.

Gerald A. Straka, Dr. phil., geb. 1944; Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Bremen; 1964—1968 Diplom-Handelslehrer-Studium an der Universität Mannheim; 1973 Promotion an der Universität Göttingen; 1973—1976 wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Philosophie und Erziehungswissenschaft der Universität Freiburg; 1976—1977 Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Münster, ab 1977 an der Universität Bremen.

Veröffentlichungen u. a.: Forschungsstrategien zur Evaluation von Schulversuchen, Weinheim 1974; (zusammen mit G. Macke) Lehren und Lernen in der Schule, Stuttgart 1979; Lernen, Lehren und Bewerten, Stuttgart 1983; Schule und Hochschule in der Volksrepublik China, Bremen 1983.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/460 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Wirtschaftsreformen in der Volksrepublik China

„Nur durch die volle Entwicklung der Warenwirtschaft wird die Wirtschaft wirklich belebt, werden die verschiedenen Betriebe veranlaßt, ihre Effizienz zu erhöhen ...

Der Preis ist das wirksamste Regulativ. Vernünftige Preise sind eine wichtige Bedingung für eine belebte, doch geordnete Volkswirtschaft, und der Ausgang der Reform des ganzen Wirtschaftssystems hängt von der Reform des Preissystems ab.“

(Aus dem Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die Reform des Wirtschaftssystems vom 20. Oktober 1984)

I. Ringen um ein Reformkonzept in der Nach-Mao-Ära

Nach dem Tode Mao Zedongs sah sich die neue chinesische Führung vor die Aufgabe gestellt, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse baldmöglichst zu konsolidieren, um auf einer tragfähigen Grundlage das Vermächtnis Zhou Enlais einzulösen, — also die umfassende Modernisierung von Landwirtschaft, Industrie, nationaler Verteidigung sowie von Wissenschaft und Technik in Gang zu setzen und mit Nachdruck voranzutreiben. Parteidisziplin und Einheit schienen nun wichtiger zu sein als permanenter Klassenkampf und ziellose, unentwegte Revolutionierung. Nachdem die Glorifizierung der „Großen Unordnung“ seit Mitte der sechziger Jahre wenig eingebracht hatte, galt nunmehr die „Große Ordnung“ als Maxime entwicklungspolitischen Handelns. Damit war grundsätzlich eine Abkehr von der kulturrevolutionären „Demokratie der Massen“ verbunden. Offiziell wurde erklärt, China werde dem Anarchismus keinen Raum mehr bieten, Rebellion sei nicht mehr erlaubt¹⁾. Man kehrte zum Prinzip der straffen Planung zurück.

Zwar wurde betont, daß neben der Initiative der Zentrale auch die der lokalen Ebenen ins Spiel gebracht werden müsse, gleichwohl aber kritisierte man die „Viererbande“, u. a. auch deshalb, weil sie den Unternehmen die Freiheit der Produktion, des Austausches und

der Investitionen gewährt habe, wodurch die Planwirtschaft zerstört worden sei²⁾.

Zahlreiche nationale und lokale Wirtschaftskonferenzen sollten insbesondere dazu dienen, eine stärkere Bindung der einzelnen Ebenen an die Zentrale vorzubereiten und die Planabstimmung zu erleichtern. Im Oktober 1977 kündigte der Vorsitzende der Staatlichen Planungskommission, Yü Chiu-Li, an, daß die Pläne in Zukunft umfassender sein würden und die Verpflichtung bestehe, sie strikt einzuhalten³⁾.

Diese Straffung des zentralen Lenkungssystems war indessen nicht dazu angetan, Chinas Wirtschaft die Bürde eines viel zu geringen wie un stetigen landwirtschaftlichen Wachstums, einer umfangreichen Unterbeschäftigung, eines veralteten Produktionsapparates, einer technologischen Rückständigkeit und eines völlig unzureichenden Reservoirs an Fachleuten endlich abzunehmen. Das ganze System erwies sich zunehmend als ineffizient und institutionell erstarrt sowie durch zahlreiche Ungleichgewichte und Engpässe in seiner Wirkungsweise schwer behindert. Es war demnach außerstande, in absehbarer Zeit eine ins Gewicht fallende Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung herbeizuführen⁴⁾.

¹⁾ New China News Agency (NCNA) vom 19. April 1977; Hua Guofeng, Rede auf der II. Landeskonferenz zum Lernen von Dadschai in der Landwirtschaft vom 25. Dezember 1976, Peking 1977 (Verlag für fremdsprachige Literatur); Peking Rundschau (PRu) Nr. 35 vom 30. August 1977, S. 9; China aktuell (Ca), VI (1977/78), S. 168, 677 ff.

²⁾ PRu. Nr. 10 vom 14. März 1978, S. 21; Monitor-Dienst Asien (MDA), Nr. 77 vom 22. April 1977, S. 6.

³⁾ PRu. Nr. 10 vom 14. März 1978, S. 25.

⁴⁾ Vgl. hierzu K. C. Yeh, Macroeconomic Changes in the Chinese Economy During the Readjustment, in: The China Quarterly, (Dezember 1984) 100, S. 696.

Unter diesen Umständen hat sich die chinesische Führung — offenbar nach heftigen Debatten und wohl auch manchen Auseinandersetzungen — die Auffassung zu eigen gemacht, daß ihr Modernisierungsprogramm mit dem bisher praktizierten Lenkungssystem nicht zu verwirklichen sei und daß es daher eines radikalen Umbaus an Kopf und Gliedern bedürfe. Die grundlegende ordnungspolitische Umorientierung wurde dann auf dem 3. Plenum des XI. Zentralkomitees im Dezember 1978 vorgenommen. Hier beschloß man ein „Konsolidierungsprogramm“, das die Leitlinien der zukünftigen Politik durch die knappe Formel „Regulierung, Reform, Konsolidierung und Niveauehebung“ zum Ausdruck brachte.

Demzufolge sollten nicht nur die strukturellen Schwächen und Ungleichgewichte beseitigt, sondern darüber hinaus auch die Reform des ganzen Systems ins Auge gefaßt werden. Eine solche Reform war durch wagemutige Parteiführer in einzelnen Provinzen, z. B. in Sichuan durch den damaligen ersten Provinz-Parteisekretär und derzeitigen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang, bereits im „Modellversuch“ faktisch eingeleitet worden.

Das auf einer Arbeitstagung des Zentralkomitees im April 1979 beschlossene Reformprogramm zur Umgestaltung der Wirtschaft sah ordnungspolitisch mit Vorrang eine Verbreiterung der Entscheidungsbefugnisse und der Selbstverantwortung auf den unteren Ebenen vor. Betriebe sollten nicht mehr dazu verurteilt sein, nur vorgegebene Produktionspläne zu erfüllen, unabhängig davon, ob diese mit Sachverstand aufgestellt waren und den örtlichen Gegebenheiten Rechnung trugen. Mit dem „Essen aus einem Napf“, bei dem sich niemand um Kosten, Gewinne und Verluste sowie um Qualität und Qualitätsverbesserungen kümmerte, sollte in den Betrieben Schluß gemacht werden. Marktkräfte und materielle Anreizsysteme sollten zur Geltung kommen und an die Stelle bürokratischen Ermessens ökonomische Gesetze treten. Der Staat hatte sich indessen verstärkt der indirekten Lenkung mittels Preis-, Kredit- und Steuerpolitik zuzuwenden.

Am 11. September 1980 konkretisierte Ministerpräsident Zhao Ziyang durch eine programmatische Erklärung wesentliche Zielsetzungen des Reformprogramms: „Wir sollten energisch die Entscheidungskompetenz der Betriebe stärken... und das Wirtschaftssystem Schritt für Schritt umstrukturieren, indem wir die Lenkung der Wirtschaft durch

Planung mit der Lenkung durch den Markt kombinieren.“ „Der Staat“, so hieß es an anderer Stelle, „will sich nicht länger direkt einmischen.“⁵⁾

In China sollte der Übergang zu einer starken Marktelemente nutzenden sozialistischen Wirtschaft vollzogen werden. Zum sozialistischen Plan sollte der sozialistische Markt treten. Um die Jahreswende 1980/81 geriet dann die Reformpolitik ins Stocken. In ihrem Leitartikel vom Neujahr 1981 verwies die Pekinger Volkszeitung (Renmin Ribao) auf die übermäßige Ausgabe von Zahlungsmitteln, auf das gewaltige Haushaltsdefizit und den anhaltenden Preisanstieg. Offenbar fehlten zu dieser Zeit angemessene institutionelle Sicherungen gegen Preistreiberei und ungezügelter Investitionsausweitung. Während der Staat bereits bemüht war, das Investitionsvolumen in Grenzen zu halten oder gar zu verringern, investierten lokale Behörden und Reformbetriebe munter mit eigenen Mitteln oder Bankkrediten — und dies anhand von Preisen und Profiten, die bei noch ausstehenden Preisanpassungen zu Fehlentwicklungen führen mußten. Zahlreiche Preise bewegten sich nun frei, aber ohne Wettbewerb. Betriebsleiter sollten aus freier Entscheidung heraus disponieren, ohne aber über grundlegende Managementkenntnisse zu verfügen. Insbesondere hatte sich die industrielle Reformpolitik bald festgefahren. Sie wurde gedrosselt oder gar zurückgestellt. Aber nach Wiederherstellung stabilerer monetärer Verhältnisse wurde sie mit Mut und Entschlossenheit wieder aufgegriffen und vorangetrieben.

Am 20. Oktober 1984 wurde auf dem 3. Plenum des XII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas einstimmig der Beschluß über die „Reform des Wirtschaftssystems“ gefaßt. Er bezieht sich zur Hauptsache auf die globalen Aspekte der Wirtschaftspolitik sowie auf die Industriegewirtschaft. Für diese Bereiche sind damit nach einer Phase vielgestaltigen Experimentierens die ordnungspolitischen Weichen für die weitere, absehbare Wirtschafts- und Sozialentwicklung gestellt worden. In der Landwirtschaft waren bereits ab Dezember 1978 im Anschluß an das 3. Plenum des XI. Zentralkomitees tiefgreifende Reformen eingeleitet und in den nachfolgenden Jahren auch in weitem Umfang verwirklicht worden.

Versucht man, das umfangreiche Beschlußdokument vom 20. Oktober 1984 auf einen

⁵⁾ NCNA vom 12. September 1980.

kurzen Nenner zu bringen, so verdienen insbesondere folgende Zielvorstellungen aufmerksame Beachtung:

1. Es wird prinzipiell eine klare, eindeutige Funktionsteilung zwischen staatlicher Verwaltung und betrieblicher Leitung angestrebt.

2. Im Rahmen des sogenannten Verantwortungssystems der Industrie wird dem Betriebsleiter eine starke Stellung eingeräumt. Die Betriebe sollen nicht mehr wie Marionetten an den Steuerungsfäden der zentralen Planung zappeln, sondern mit eigenen Entscheidungsbefugnissen ausgestattet werden.

3. Investitionen sollen durch Kredite finanziert werden. Mit der tilgungsfreien Finanzierung des Anlagevermögens und großer Teile des Umlaufvermögens aus dem Staatshaushalt zum Nulltarif — also zinslos — wird Schluß gemacht.

4. Im Planungssystem der chinesischen Wirtschaft nimmt neben der direkten Befehlsplanung die indikative Planung einen wichtigen Platz ein. Der Umfang der Befehls- bzw. der Direktplanung soll schrittweise angemessen verringert, die Indikativplanung entspre-

chend erweitert werden. Das Schwergewicht der Planungsarbeit wird auf die mittel- und langfristige Projektierung verlagert. Jahrespläne werden vereinfacht. Möglichst viel soll dem Marktmechanismus überlassen werden.

5. Privatbetriebe werden ausdrücklich neben Staats- und Kollektivbetrieben zugelassen und anerkannt.

6. Die gesamte Preisstruktur soll unter Berücksichtigung der Angebots- und Nachfrageverhältnisse entzerrt und bereinigt werden.

7. Wissenschaft und Technologie werden eine entscheidende Rolle bei der Modernisierung der chinesischen Wirtschaft spielen.

Durch den Beschluß vom 20. Oktober 1984 sind die chinesischen Reformbestrebungen in ein entscheidendes Stadium getreten. Einzelmaßnahmen zur Umsetzung haben sich inzwischen zu einem sehr komplexen Reformprozeß mit einer Fülle von Folgewirkungen verdichtet, die weit über den wirtschaftlichen Bereich hinausgehen. Chinas Reformprogramm ist zu einem Ereignis von historischer Dimension geworden. Greifbare Erfolge haben denn auch nicht lange auf sich warten lassen.

II. Reformmaßnahmen

1. Reformen in der Landwirtschaft

Im Anschluß an das bereits erwähnte 3. Plenum des XI. Zentralkomitees sind gewaltige Veränderungen in der chinesischen Landwirtschaft in Gang gebracht und in den nachfolgenden Jahren beharrlich durchgesetzt worden. Sie schufen im Rahmen des sogenannten Systems der „Eigenverantwortlichkeit“ die Voraussetzungen für das Wiederaufleben von selbständigen Bauernwirtschaften⁶⁾.

Die Kollektivwirtschaft wurde eingeschränkt, während dem einzelnen Haushalt, also der bäuerlichen Einzelwirtschaft als „Wirtschaftseinheit“, erhebliche Entscheidungsbefugnisse eingeräumt werden, verbunden mit wirksamen Leistungsanreizen, die das Eigeninteresse der Bauern an einer Erhöhung von Produktion und Produktivität zu wecken vermögen. Das Kommunensystem ist praktisch durch ein Kontraktssystem, d. h. ein Pachtsystem, abgelöst worden. Die alten Dörfer leben wieder auf. Grund und Boden bleiben zwar weiterhin Staats- oder Kollektiveigentum, aber einzelnen Familien oder größeren Ein-

heiten, bestehend aus zehn bis zwölf Familien, wird Land für einen Zeitraum von mindestens 15 Jahren zur „eigenverantwortlichen“ Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt⁷⁾. Als Entgelt für die Landnutzung unterliegt ein Teil des Ernteertrages der Ablieferungspflicht zu staatlich festgelegten Festpreisen.

Am 1. Januar 1979 wurde die Landwirtschaftsteuer um zwei Punkte auf durchschnittlich 3 bis 5 Prozent ermäßigt, für rückständige bzw. benachteiligte Gebiete wurde sie ganz erlassen. Im gleichen Jahr wurden die staatlichen Ankaufpreise für landwirtschaftliche Produkte wesentlich erhöht. Auch veränderte man entsprechend dem agrarpolitischen Reformprogramm die Preisrelationen so, daß sie in etwa den neuen Bedarfvorstellungen entsprachen. Waren bisher zur Förderung des

⁶⁾ Vgl. hierzu die ausführliche Analyse von K. R. Walker, *Chinese Agriculture During the Period of the Readjustment, 1978-1983*, in: *The China Quarterly*, (Dezember 1984) 100, S. 783 ff.

⁷⁾ E. Louven, *Wirtschaftsreformen in der VR China*, in: *Jahrbuch Dritte Welt 1985*, München 1985, S. 213.

Getreideanbaues die Getreidepreise gegenüber anderen Agrarerzeugnissen relativ hoch angesetzt worden, so wurde diese preispolitische Bevorzugung 1979 aufgegeben. Während der staatliche Ankaufspreis für Getreide lediglich um 20 Prozent erhöht worden ist — über den Plan hinaus an den Staat verkaufte Getreide erhält nochmals einen Preiszuschlag von 50 Prozent —, sind die Ankaufspreise für weitere 18 landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nebenprodukte, u. a. für Schweinefleisch, Eier, Ölsaaten und Baumwolle, im Durchschnitt um mindestens 24 Prozent angehoben worden.

Der Ablieferungspflicht unterliegt etwa ein Drittel der gesamten Ernte. Ein Teil der darüber hinaus anfallenden Produktion wird zu jeweils ausgehandelten Preisen an den Staat verkauft. Der verbleibende Rest kann auf freien Agrarmärkten nach marktwirtschaftlichen Prinzipien, also zu Knappheitspreisen, vermarktet werden⁸⁾. Darüber hinaus wurden die Privatparzellen von bisher 5 bis 7 Prozent der vorhandenen Ackerfläche erheblich ausgeweitet. Sie konnten nunmehr bis zu 15 Prozent der landwirtschaftlichen Anbaufläche betragen. Über ihre Erträge können die Bauern frei verfügen. Offenbar ist der chinesischen Regierung sehr daran gelegen, die bereits eingeschränkte Ablieferungspflicht auch noch weiter zu Gunsten einer freien Vermarktung abzubauen. Dem Ende März 1985 in Peking veröffentlichten Dokument über die „weitere Belebung der ländlichen Wirtschaft“ ist zu entnehmen, daß sich die Agrarpolitik nunmehr darauf konzentriert, den staatlichen Ankauf von Agrarprodukten noch stärker zu reduzieren. Staatliche Ankaufsquoten werden abgeschafft. Lediglich einige spezielle Produkte sind ausgenommen. Die Ablieferungspflicht bei Getreide und Baumwolle wird in einen vertraglichen Ankauf umgewandelt⁹⁾.

Bäuerliche Haushalte können nunmehr auch Eigentumsrechte an Produktionsmitteln wie landwirtschaftlichen Geräten, kleineren Maschinen, Transportmitteln und Zugtieren erwerben. Größere Maschinen, Pumpen usw. bleiben dagegen Eigentum umfassenderer, kollektiver Einheiten wie Brigaden und Genossenschaften.

In Abhängigkeit von den jeweils örtlichen Gegebenheiten kann das System der „Eigenverantwortlichkeit“ weitgehend variiert werden. Auch sind inzwischen sogenannte spezi-

alisierte Haushalte mit überdurchschnittlich hoher Vermarktungsquote entstanden, die „ihre Produktion auf wenige, für Ablieferung und freie Vermarktung bestimmte Erzeugnisse, insbesondere der Tierhaltung, konzentrieren“¹⁰⁾. Sie sollen als Innovatoren mit überdurchschnittlich hohem Einkommen Impulswirkungen auf die übrigen Bauernhaushalte auslösen.

Das Grundprinzip der Reform — Vertragsabschlüsse über Nutzungsrechte und Bewirtschaftung sowie Fixierung von Leistung und Gegenleistung — wird indessen auch bei flexibler Anpassung an die sehr unterschiedlichen regionalen Verhältnisse nicht angetastet. Seit 1984 können „Verantwortlichkeitsverträge“ sogar gegen Entgelt an Dritte übertragen werden¹¹⁾. Auch hat die Regierung auf Vorschlag des Zentralkomitees Anfang 1979 die Klassifikationen „ehemaliger Grundherr, Großbauer, Konterrevolutionär und schlechtes Element“ aufgehoben und damit einen wichtigen Beitrag zur Befriedung des Dorfes geleistet¹²⁾.

Alle diese aufeinander abgestimmten Reformmaßnahmen haben insgesamt bewirkt, daß erstmals in der chinesischen Landwirtschaft das vorhandene Leistungspotential freigesetzt und entfaltet werden konnte, verbunden mit ganz erheblichen Ertragssteigerungen, der Ausweitung der freien Märkte, der Reduzierung der Spannen zwischen staatlichen und freien Lebensmittelpreisen sowie mit beachtlichen Erhöhungen der bäuerlichen Familieneinkommen usw.

Die Höhe des Einkommens des einzelnen oder der Bauernfamilie hängt grundsätzlich vom Produktionserfolg ab, ist also leistungsbezogen. Nach offizieller Lesart zielt die Reform in den Dörfern darauf ab, „die Blindheit bei der Produktion und die Gleichmacherei bei der Verteilung“ zu beseitigen¹³⁾. Auf dem Lande werden nicht mehr durch Schwingen roter Fahnen und Absingen revolutionärer

¹⁰⁾ K.-E. Wädeklin, Tücken der neuen Agrarpolitik Chinas, Tolerierung erheblicher Einkommensunterschiede, in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 17. November 1984.

¹¹⁾ Ders., „Verantwortlichkeitssystem“ für Chinas Bauern, in: NZZ vom 8. November 1984.

¹²⁾ E. Hagemann, Zum Stand der Wirtschaftsreformen in China: Erfolge auf dem Lande — Neubeginn in den Städten, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Vierteljahresheft, 1 (1985), S. 70.

¹³⁾ Dong Shaohua, Die Reform des chinesischen Wirtschaftssystems, in: China im Aufbau, (1985) 4, S. 18.

⁸⁾ Ebenda, S. 213.

⁹⁾ PRu. Nr. 14 vom 9. April 1985, S. 8.

Lieder „Produktionsschlachten“ geschlagen. Nunmehr gelten Fleiß, Intelligenz und Leistung als die maßgeblichen Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktionsentwicklung.

So blühen und gedeihen die freien Agrarmärkte. Bei den Bauern breitet sich „Wohlstand“ aus, zumindest bei denjenigen, die in stadtnahen Gebieten anbauen. Hier überschreitet das bäuerliche Familieneinkommen vielfach das der bisher verhättschelten Industriearbeiter.

Ferner hat das System der „Eigenverantwortlichkeit“ in den ländlichen Gebieten einen unvorstellbaren Bauboom ausgelöst. Massenhaft werden Bauernhäuser, meist zweistöckige Ziegelhäuser, gebaut. Nach amtlichen Angaben wurde auf dem Lande von 1982 bis einschließlich 1984 neuer Wohnraum im Umfange von insgesamt 1,9 Mrd. m² errichtet.

Während die landwirtschaftliche Bruttoproduktion zwischen 1952 und 1979 jahresdurchschnittlich um 3,2 Prozent gewachsen ist, konnten mit Einführung des neuen Agrarsystems in der Landwirtschaft überdurchschnittliche Wachstumsraten erzielt werden, die für die Periode 1979 bis 1983 auf jahresdurchschnittlich ca. 7,5 Prozent veranschlagt werden. Der Bruttoproduktionswert der landwirtschaftlichen Produktion ist 1981 um 5,7 Prozent, 1982 um 11,6 Prozent, 1983 um 9,5 Prozent und 1984 um 14,5 Prozent gestiegen. China ist inzwischen zum Netto-Exporteur wichtiger Agrarerzeugnisse wie Mais, Baumwolle, Reis und Olsaaten geworden¹⁴).

Gegenüber einem verfügbaren bäuerlichen Pro-Kopf-Einkommen von 134 Yuan im Jahre 1978 wird das Pro-Kopf-Einkommen 1982 auf 270 Yuan, 1983 auf rd. 310 Yuan und 1984 auf 355,3 Yuan veranschlagt. Der durchschnittliche jährliche Bargeldlohn der Arbeiter und Angestellten betrug dagegen 1984 961 Yuan. Während das Pro-Kopf-Einkommen der Industriearbeiter zwischen 1978 und 1983 jahresdurchschnittlich um 10,7 Prozent angestiegen ist, erreicht die vergleichbare Steigerungsrate in der Landwirtschaft allerdings annähernd 18,5 Prozent.

2. Reformen in der Industriewirtschaft

Im Rahmen der 1979 angelaufenen Reformversuche wurde der Entscheidungsspielraum ausgesuchter „Reformbetriebe“ dahin gehend erweitert, daß sie über die Erfüllung des Plan-

Solls hinaus zusätzliche Produktionsmengen produzieren konnten und das Recht erhielten, die sogenannten Überplanmengen selbst zu verwerten. Die Preise für diesen Teil der Produktion konnten frei ausgehandelt werden. Ferner wurde ihnen zugestanden, einen Teil ihrer Kapazität für die Produktion solcher Produkte zu verwenden, die sie selbst anhand eigener Markteinschätzung auszuwählen hatten. Bisher hatte der Staat sämtliche Produkte der Betriebe abgenommen. Darüber hinaus waren Roh- und Hilfsstoffe, gegebenenfalls auch Halbfabrikate — also Inputs — jeweils zugeteilt worden. Die „Reformbetriebe“ wurden nunmehr in die Lage versetzt, die benötigten Zulieferungen zumindest in einem bestimmten Umfang bei anderen Unternehmen selbst zu beschaffen — natürlich dort, wo die günstigsten Bezugsbedingungen geboten wurden. Auch wurde einzelnen der ausgewählten Betriebe zugestanden, selbständig mit ausländischen Unternehmen Wirtschaftsverhandlungen zu führen und Verträge abzuschließen. Das Außenhandelsministerium wolle sich in Zukunft darauf beschränken, nur indirekt durch Rahmenordnungen und Rahmengesetze regulierend einzugreifen.

Das bisherige System der vollständigen Gewinnabführung an den Staat wurde durch das Konzept der Gewinnbesteuerung ersetzt. Den Betrieben sollte als Anreiz für ökonomisches Handeln ein angemessener Teil des Nettoertrages belassen werde, der für Investitionen, für den Ausbau der Sozialeinrichtungen und für Prämienzahlungen zu verwenden war. Zahlreiche neue Formen einer Gewinnbesteuerung, zumeist abgestellt auf die individuellen Belange der einzelnen Betriebe, wurden probeweise eingeführt¹⁵). Offenbar bildete

¹⁵) Inzwischen ist folgende Regelung eingeführt worden: Die Betriebe zahlen eine Körperschaftsteuer in Höhe von 55 Prozent der Nettoerträge. Daneben ist eine „Anpassungssteuer“ geschaffen worden, die aus den verbleibenden Gewinnen gezahlt und von Betrieb zu Betrieb individuell veranlagt wird. Sie sollte alle jene Gewinne, die nicht auf besonderen Leistungen, sondern auf relativ hohen Preisfixierungen, Standortvorteilen und modernen Kapitalausstattungen beruhen, grundsätzlich abschöpfen. Aber offensichtlich sollte sie gleichzeitig auch dazu dienen, möglichen ins Gewicht fallenden Steuerausfällen bei der grundlegenden Umstrukturierung des Finanzsystems zu begegnen. Die mit der Anpassungssteuer verbundenen bürokratischen Interventionen in das Betriebsgeschehen haben Ende 1984 die Regierung veranlaßt, sie durch eine „Produktsteuer“ zu ersetzen, die für gleiche Produkte landesweit einheitlich festgelegt ist. Vgl. hierzu R. M. Field, Changes in Chinese Industry Since 1978, in: The China Quarterly, (Dezember 1984) 100, S. 759.

¹⁴) E. Hagemann (Anm. 12), S. 76.

sich dabei der Modus heraus, den verfügbaren Gewinnanteil etwa zu 40 bis 50 Prozent für Investitionen (Produktionsentwicklungsfonds) zu verwenden und die verbleibende Summe jeweils zur Hälfte für betriebliche Sozialleistungen (Kollektiver Wohlfahrtsfonds) und für Bonuszahlungen (Prämienfonds) aufzuteilen, wenn auch insbesondere die Gewinnzuweisung an den Prämienfonds meist von Betrieb zu Betrieb variierte¹⁶⁾. Um ihren Gewinn zu erhöhen, hatten die Betriebe ihre Produktion auszuweiten, die Qualität zu verbessern, die Kosten zu senken und ihren Warenumschlag zu beschleunigen. Verluste unrentabler Betriebe wurden grundsätzlich nicht mehr durch staatliche Subventionen aufgefangen. Nach Anlaufen des Reformkurses ging man verstärkt dazu über, Verlust-Betriebe auf vernünftige Produktionsprogramme umzustellen oder ganz zu schließen¹⁷⁾.

Dieses Reformkonzept des „Verantwortlichkeitssystems in der Industrie“ ist — wie bereits erwähnt — erstmals 1978 in der Provinz Sichuan unter der Leitung von Zhao Ziyang in sechs Betrieben erprobt worden. Nach Verabschiedung des Reformprogramms vom April 1979 stieg dann die Zahl der Reformbetriebe laufend an und betrug 1980 bereits 6 000 Produktionseinheiten. Dabei handelte es sich allerdings weitgehend um Großbetriebe. Das industrielle „Verantwortlichkeitssystem“ wurde bis September 1984 in 52 Städten eingeführt. Bis Ende 1986 soll es auch in den restlichen Gebieten den Ablauf der industriellen Produktion bestimmen. Sein Fernziel bilden Betriebe, die Ein- und Verkauf, Produktion und Investition eigenverantwortlich selbst in die Hand nehmen. Eine so umfassende Zielsetzung erfordert aber notwendig eine Bereinigung der gesamten Preisstruktur sowie die Einführung einer Unternehmensfinanzierung, die der bisher praktizierten Kapitalverschwendung Einhalt gebietet.

Wie in der Landwirtschaft waren auch in der Industrie Preisanpassungen entsprechend den gegebenen Kosten- und Knappheitsverhältnissen erforderlich. Bereits im November 1979 wurden die Preise von mehr als 10.000 ausgewählten Produkten unter Setzung von

Ober- und Untergrenzen freigegeben. Diese Zahl hat sich dann in den nachfolgenden Jahren erheblich erhöht, wenn auch weiterhin ein großer Teil der Warenpreise einer festen Preisbindung unterliegt.

Im Mai 1985 wurde von der Staatlichen Wirtschaftskommission offen zugegeben, daß im Preissystem Chinas großes Durcheinander herrsche: „Zahlreiche Warenpreise spiegeln weder ihren Warenwert wider, noch die Beziehung zwischen Angebot und Nachfrage.“¹⁸⁾ Mittlerweile ist man sich darüber im klaren, daß die Reform des Preissystems die allerwichtigste Reformmaßnahme darstellt. Sie schließt ein Aufräumen mit der Subventionspraxis, die 1984 mehr als ein Drittel der gesamten Staatsausgaben in Anspruch genommen hat, ein²⁰⁾. Die Reform des Preissystems wird angesichts der auch heute noch weitgehend verzerrten Preisstruktur nur in kleinen Schritten erfolgen können, um exzessive Preisausschläge zu vermeiden. Auch sieht sich die chinesische Führung weiterhin veranlaßt, ihre Reformmaßnahmen mit einer Politik der „Readjustierung“ zu verbinden, um unter Berücksichtigung der neu gesetzten Prioritäten — Energiewirtschaft, Verkehrswesen, Nachrichtenwesen, Elektronikindustrie und Rohstoffindustrie — Disproportionalitäten der Wirtschaftsstruktur zu vermeiden und zu beseitigen. Die Betriebe können sich im allgemeinen nur noch über rückzahlbare Bankkredite oder öffentliche Kredite finanzieren. Damit aber fällt dem Staat die Aufgabe zu, die Banken angemessen auszustatten, sie also in die Lage zu versetzen, zu möglichst einheitlichen Zinssätzen unter Berücksichtigung der Fristigkeit den Betrieben Kredite zur Verfügung zu stellen. Die Bildung eines einigermaßen marktgerechten Zinses soll längerfristig auch die Voraussetzungen dafür schaffen, Kapital dorthin zu leiten, wo es am dringendsten benötigt wird.

Im Verlaufe der Reformdebatte sind in China die wohlfahrtsfördernden Wirkungen des Wettbewerbs entdeckt worden. Wettbewerb zwischen Institutionen auf zentraler Ebene, Wettbewerb zwischen den Provinzen, zwischen Städten, Kommunen und Betrieben ist ausdrücklich erwünscht. An Stelle der maoistischen Bemühungen, auf lokaler Ebene bis hin zu den Provinzen autarke Wirtschaftseinheiten und -regionen zu schaffen, versucht man heute im Rahmen der Reformpolitik

¹⁶⁾ W. Klenner, Market-Economic Experiments in China's Planned Economy, in: *Intereconomics*, 1 (Januar/Februar 1981), S. 43-47. Anders *Asian Wall Street Journal*, (Januar 1981) 13, nach dem folgendermaßen aufgeteilt wird: rund 60 Prozent für Kapitalinvestitionen, 30 Prozent für betriebliche Sozialleistungen und 10 Prozent für Prämien.

¹⁷⁾ NCNA vom 28. Januar 1981.

¹⁸⁾ E. Hagemann (Anm. 12), S. 24.

¹⁹⁾ Dong Shaohua (Anm. 13).

²⁰⁾ E. Louven (Anm. 7), S. 217.

neue Kooperationsformen zu entwickeln, von denen man Integrationswirkungen erwartet.

Selbstherrliche Staatsbetriebe, die als Selbstversorger auch ihre eigenen Produktionsmittel herstellten, wurden zur arbeitsteiligen Kooperation in der Produktion, bei der Beschaffung und im Vertrieb aufgefordert. Insbesondere wurden sie auf die Vorteile verwiesen, die eine spezialisierte Zulieferung gegenüber der umfassenden Eigenproduktion bietet. Inzwischen sind zahlreiche Kooperationsabkommen geschlossen worden. Sie beziehen sich auf die Zusammenarbeit von Staatsbetrieben mit Kollektivbetrieben, auf die Zusammenarbeit von Betrieben in unterschiedlichen Provinzen, zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Stadt und Land.

Im Rahmen der Reformdebatte ist erneut um eine angemessene Form des Betriebsmanagements und um die Ausgestaltung des Verhältnisses von Management zur Belegschaft gerungen worden. Die Abgrenzung des Verantwortungs- und Kompetenzbereiches der Betriebsleitung wie die Beteiligung der Belegschaft an betrieblichen Entscheidungsprozessen standen wieder zur Debatte.

Die Erweiterung der betrieblichen Selbstverwaltung mußte notwendig an einen großen Teil der Betriebsleiter von insgesamt 400 000 chinesischen Betrieben bisher unbekannte Anforderungen in bezug auf Absatz und Beschaffung, Finanzierung und Investitionen usw. stellen. Die Betriebsleiter traten aus dem Schattendasein der Planerfüller und Administratoren, die lediglich routinemäßig Weisungen von oben zu erfüllen hatten, nunmehr an die frische Luft des selbständigen Disponierens, der Entscheidungs-, Einsatz-, Risiko- und Verantwortungsbereitschaft. Nach einem Erlaß der Regierung werden Manager der Staatsbetriebe nur dann in dieser Funktion weiterbeschäftigt werden können, wenn sie bis Dezember 1985 einen Management-Lehrgang, verbunden mit einem Abschlußexamen, erfolgreich absolviert haben²¹⁾. Man ist sich in China indessen auch darüber im klaren, daß das Defizit an befähigten Experten kurzfristig nicht aus eigener Kraft aufzufüllen ist.

In zahlreichen Betrieben sind inzwischen gewinn- und leistungsabhängige Prämiensysteme als Ergänzung zu den vom Staat festgesetzten Grundlöhnen eingeführt worden. Trotz aller Unterschiede in ihrer individuellen Ausgestaltung zielen diese darauf ab, das

materielle Interesse der Betriebsbelegschaften mit dem Betriebsergebnis zu verbinden. Außerdem hat die Regierung am 23. Mai 1981 verfügt, daß in allen Betrieben Akkordlöhne einzuführen seien, sofern der jeweilige Produktionsprozeß dies ermöglicht. Der über viele Jahre verfeimte Akkordlohn gilt nunmehr als angemessenes Mittel einer sozialistischen Verteilung, der zudem endlich dazu beitrage, das Lohnniveau der effektiven Produktivität anzupassen²²⁾.

Am 19. Juli 1981 hat das Zentralkomitee der KPCh gemeinsam mit dem Staatsrat dazu aufgefordert, „Belegschaftskonferenzen“ in allen staatlichen Industriebetrieben zu bilden²³⁾. Aber auch nach Bekanntgabe der vorläufigen Bestimmungen ist offen geblieben, wie die Kompetenzen der Betriebsleitung, der Arbeitervertretung und außerdem noch des Parteikomitees abzugrenzen sind, wenngleich seit der Arbeitssitzung des Zentralkomitees im Dezember 1980 die Tendenz erkennbar ist, die Parteikomitees auf die rein politische Arbeit zu beschränken. Offenbar hält man daran fest, daß die Betriebe voll verantwortlich von einem professionellen Management geleitet werden. Die bösen Erfahrungen mit kollektiven Leitungsgremien unter Einbeziehung der „revolutionären Massen“, bei denen keiner mehr für seine Entscheidungen die volle Verantwortung zu tragen hatte, waren wohl Anlaß genug, klare Verhältnisse zu schaffen und an diesen festzuhalten.

Während lange Zeit Recht und Juristen als Behinderungen des revolutionären Schwunges verpönt waren, erleben wir nunmehr eine Flut von Gesetzen, die sich über das Land ergießt. Die chinesische Regierung will das Land nach festen geschriebenen Regeln regieren, Willkür soll beseitigt, die für ein Industriesystem notwendigen stabilen Rechtsverhältnisse sollen geschaffen werden.

Im August 1984 wurden von der amtlichen Statistik siebenhundert landesweit geltende Gesetze und Verordnungen genannt. Zwar stammt der größte Teil davon aus den fünfziger Jahren, doch wurden die meisten dieser Gesetze spätestens mit Beginn der Kulturrevolution außer Kraft gesetzt. Nunmehr gelten sie wieder, sofern sie nicht der neuen Verfassung widersprechen. Daneben sind mit Nachdruck ein umfassendes Zivilrecht, Patentrecht, Urheberrecht und ein besonderes Vertragsrecht für den Außenhandel konzipiert

²¹⁾ R. M. Field (Anm. 15), S. 756.

²²⁾ NCNA vom 23. Mai 1981.

²³⁾ NCNA vom 29. April und 20. Juli 1981.

worden. Offenbar wurde den Medien die Aufgabe zugewiesen, bei der Ausbreitung eines Rechtsbewußtseins mitzuwirken — durch Kritik an der Kaderwillkür und durch Vermittlung von Gesetzeskenntnissen²⁴).

Im Industriesektor verzeichnen wir 1981 ein scharfes Absinken der industriellen Wachstumsrate auf 4,2 Prozent gegenüber 8,5 und 8,7 Prozent in den Jahren 1978 und 1979. Diese Einbuße an quantitativem Wachstum war die notwendige Folge einer unumgänglichen Umstrukturierung der chinesischen Wirtschaft. Investitionsschwerpunkte wurden in Richtung Landwirtschaft, Leichtindustrie, Verkehr und Energieerzeugung verlagert, verbunden mit einer Förderung der Konsumgüterindustrie zu Lasten einer weithin aufgeblähten Schwerindustrie. So schrumpfte 1981 die Produktion der Schwerindustrie um 4,4 Prozent, während in der Leichtindustrie ein Zuwachs von 14 Prozent zu verzeichnen war²⁵). Aber bereits im nachfolgenden Jahr 1982 stieg der Produktionszuwachs der Industrie insgesamt auf 7,7 Prozent an. 1983 erreichte er 10,5 Prozent, 1984 sogar 14 Prozent. Bemerkenswert war das starke Wachstum der Leichtindustrie in Höhe von ebenfalls 14 Prozent, die inzwischen gegenüber der Schwerindustrie gut aufgeholt hat. Der Bruttoproduktionswert der Leichtindustrie betrug 1984 337,4 Mrd. Yuan gegenüber dem Bruttoproduktionswert der Schwerindustrie in Höhe von 364,1 Mrd. Yuan. Besonders hohe Wachstumsraten verzeichneten 1984 dauerhafte Konsumgüter wie Kühlschränke, Waschmaschinen, Fernsehgeräte, Fotoapparate usw.

3. Öffnung nach außen

Anlässlich seines Staatsbesuches in Bonn erklärte der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang am 10. Juni 1985: „Unsere Politik der Öffnung nach außen ... ist eine grundlegende Staatspolitik und zugleich ein wichtiger Punkt der Reform. Die Ausweitung des wirtschaftlichen und technischen Austausches mit dem Ausland entspricht den objektiven Erfordernissen der Wirtschaftsentwicklung Chinas. Die Selbstabgeschlossenheit ist mit dem modernen Aufbau unvereinbar. Wir sind dabei, den Außenhandel tatkräftig auszubauen, in bezug auf Einfuhr von Kapital, Technologie und Anlagen sowie Engagement von

qualifizierten Kräften eine günstige Politik zu befolgen. Wir sind bestrebt, gute Voraussetzungen für Investitionen zu schaffen und die berechtigten Gewinne der ausländischen Kooperationspartner zu garantieren. Wir haben bereits erforderliche Gesetze und werden noch weitere Gesetze ausarbeiten... Die nach außen geöffneten Tore Chinas werden immer zahlreicher und breiter.“ Die chinesische Führung ist ebenfalls darum bemüht, von dem „früheren Vorwurf abzurücken, daß allein fremde Mächte schuld am Niedergang Chinas in den vergangenen Jahrhunderten gewesen seien. Sie sieht einen Grund dafür auch in den eigenen Abschottungstendenzen unter den beiden letzten Dynastien. Die welt-offene, tausend Jahre zurückliegende Tang-Dynastie wird als treffliches Beispiel angeführt, daß es China in Perioden der Öffnung wesentlich besser ging als in der Abkapselung“²⁶).

An die Stelle einer einseitigen Betonung des Vertrauens „in die eigene Kraft“ ist mit dem Prinzip der „Öffnung nach außen“ die Anerkennung der Internationalen Arbeitsteilung und der Weltwirtschaftlichen Integration getreten²⁷). Geradezu sprunghaft ist der chinesische Außenhandel in der Nach-Mao-Ära angestiegen. Zwischen 1978 und 1983 wurde der Außenhandelsumsatz bei einer jahresdurchschnittlichen Steigerungsrate von 19,4 Prozent von 35,5 auf 86 Mrd. Yuan ausgeweitet. 1984 stieg er sogar um 40 Prozent. Die Einfuhren wuchsen um 47 Prozent auf 62 Mrd. Yuan, die Ausfuhren um 32 Prozent auf 58,1 Mrd. Yuan. Das entstandene Handelsbilanzdefizit von 4 Mrd. Yuan konnte in der Zahlungsbilanz durch Überschüsse in der Dienstleistungsbilanz und beim langfristigen Kapitalverkehr mehr als ausgeglichen werden. Nach Schätzung des Berliner Instituts für Wirtschaftsforschung belief sich der Aktivsaldo der Zahlungsbilanz auf etwa 2 Mrd. US-Dollar bzw. 4,7 Mrd. Yuan²⁸).

Ferner hat die Volksrepublik China ihre ablehnende Haltung gegenüber einer Kreditfi-

²⁶) C. Bargmann, China: Ein Land — zwei Systeme. Die neue Politik der Öffnung hat sich durchgesetzt und wird fortgesetzt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 22. August 1984.

²⁷) Chinas Außenhandelspolitik im Rahmen der umfassenden Wirtschaftsreformen behandeln ausführlich Y. Y. Kueh und Christopher Howe, China's International Trade: Policy and Organizational Change and their Place in the „Economic Readjustment“, in: The China Quarterly, (Dezember 1984) 100, S. 813ff.

²⁸) Chinas Wirtschaft in der Mitte der 80er Jahre, in: DIW-Wochenbericht, 52 (1985) 23, S. 275.

²⁴) Vgl. hierzu O. Weggel, Das chinesische „Rechtssystem“, in: E. Garms (Hrsg.), Wirtschaftspartner China 81/82, Hamburg 1982, S. 25ff.

²⁵) R. M. Field (Anm. 15), S. 750.

finanzierung ihrer Außenhandelsstransaktionen aufgegeben, wenn auch bisher nur vorsichtig-zögernd von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht worden ist. China war in den zurückliegenden Jahren meist darum bemüht, möglichst günstige Kredite bei Internationalen Organisationen, z. B. bei der Weltbank, zu erhalten. Seit 1983 wird indessen verstärkt auch die Kreditaufnahme bei ausländischen Konsortien und Geschäftsbanken gepflegt. 1984 wurden zwei Anleiheemissionen in Tokio und auf dem Euromarkt vorgenommen. Im Mai 1985 wurde zwischen der Bank of China und einem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank der Vertrag über die erste D-Mark-Anleihe der Volksrepublik China in Höhe von 150 Mio. DM unterzeichnet. Insgesamt ist 1984 der Zustrom ausländischen Kapitals in die Volksrepublik China um 36 Prozent auf knapp 2,7 Mrd. US-Dollar angestiegen²⁹⁾. Die Nettoverschuldung wurde zu Beginn des Jahres 1985 auf weniger als 4 Mrd. US-Dollar geschätzt³⁰⁾, während sich die Devisenreserven zum gleichen Zeitpunkt auf etwa 17 Mrd. US-Dollar beliefen. Allerdings hat Parteichef Hu Yaobang im Juni 1984 bereits angekündigt, daß China möglicherweise bis zum Beginn der neunziger Jahre auf 50 Mrd. US-Dollar Fremdkapital zurückgreifen werde.

Im Rahmen der Öffnungspolitik ist von 1980 bis 1984 die chinesische Währungseinheit RMB Yuan mehrfach in kleinen Margen von 1,4984 auf 1,9772 Yuan/US-Dollar abgewertet worden. 1984 wurde dann eine kräftige Abwertung auf 2,32 Yuan/US-Dollar vorgenommen, die schließlich im März 1985 auf 2,8459 Yuan/US-Dollar ausgeweitet wurde. Auf diese Weise wurde auch die Spanne zwischen amtlichem Kurs und internem Verrechnungskurs beseitigt.

Die Öffnung nach außen soll vor allen Dingen Chinas technologischen Rückstand beseitigen. Neben Anlageimporten werden moderne und modernste Technologien in Form von Know-how, Patenten, Lizenzen usw. eingeführt. Zhao Ziyang hat im Rahmen der bereits angeführten Erklärung darauf verwiesen, daß China im Verlaufe der Politik der Öffnung mit 147 Staaten bzw. Gebieten die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit aufge-

nommen habe. In besonderem Maße ist man um Auslandsinvestitionen bemüht, die bereits auch ohne chinesische Kapitalbeteiligung, also im Alleineigentum von Ausländern, zugelassen werden. Der Umfang der Kapitaleinfuhren durch private Direktinvestitionen belief sich 1984 auf 1,3 Mrd. US-Dollar. Auf der anderen Seite haben die Bank of China, die China International Trade and Investment Corporation (CITIC) sowie eine Reihe chinesischer Außenhandelsgesellschaften Auslandsbeteiligungen insbesondere in den USA, in Kanada und in Australien erworben, die dem Technologieerwerb, der Rohstoff- und Absatzsicherung sowie dem verbesserten Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten dienen sollen. Die 117 chinesischen Beteiligungen im Ausland beliefen sich Ende 1984 auf insgesamt 150 Mio. US-Dollar³¹⁾.

Am 8. Juli 1979 trat das „Gesetz der Volksrepublik China über Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischer und ausländischer Kapitalbeteiligung“ (Joint Ventures) in Kraft. Damit ist der gesetzliche Rahmen für Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Partnern auf dem Hoheitsgebiet der Volksrepublik China geschaffen worden. Die bisher vorliegenden Joint Venture-Erfahrungen zeigen offenbar, daß beide Seiten — die chinesische wie die ausländische — zwar noch in einem Lernprozeß stecken, der aber in relativ kurzer Zeit seit dem Inkrafttreten des Gesetzes gute Fortschritte gemacht hat. Umfang und Formen der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft des Auslandes sind im Verlaufe der Reformpolitik in einem Maße ausgeweitet worden, wie dies 1979 kaum erwartet werden konnte. Von 1979 bis 1983 sind nach offiziellen Angaben 14,5 Mrd. US-Dollar nach China importiert und dort genutzt worden, und zwar durch 188 Joint Ventures, 1 047 Kooperationsunternehmen, 998 Kompensationsgeschäfte, 53 Unternehmen ohne chinesische Kapitalbeteiligung, 23 Projekte zur Erschließung von Erdölvorkommen im offshore-Gebiet sowie durch Pachtgeschäfte.

Ebenfalls im Juli 1979 beschloß die chinesische Regierung, in Shenzhen, Zhuhai, Shantou (Provinz Guangdong) sowie in Xiamen (Provinz Fujian) vier Sonderwirtschaftszonen zu errichten. Sie sollen als Versuchszonen für Wirtschaftsreformen sowie als „Schulen zum Erlernen des Wertgesetzes“ insbesondere der Einfuhr von Auslandskapital, fortschrittlicher Technologie und modernen Ausrüstungen

²⁹⁾ Ebenda, S. 275.

³⁰⁾ Ebenda, S. 276. Vgl. hierzu auch die Angaben über Chinas Verschuldung durch den stellv. Finanzminister Li Peng, PRu. Nr. 6 vom 5. Februar 1985, S. 15. Zwischen dem 1. Oktober 1984 und dem 31. März 1985 sollen allerdings die Devisenreserven auf 11,3 Mrd. US-Dollar zurückgegangen sein.

³¹⁾ PRu. Nr. 11 vom 19. Oktober 1985, S. 31.

dienen sowie zur Heranbildung von qualifizierten Fachkräften beitragen. Hier wird offenbar härter gearbeitet und mehr verdient als im übrigen China. Ausländischen Investoren werden in den Sonderwirtschaftszonen zahlreiche Vergünstigungen gewährt: reduzierte Steuersätze (auf 15 Prozent verminderte Körperschaftsteuer), attraktive Kreditbedingungen, günstige Voraussetzungen für die Land- und Gebäudenutzung, vereinfachte Ein- und Ausreisebedingungen, erleichterter Gewinntransfer usw.

Bis Ende 1983 haben die vier Sonderwirtschaftszonen mit ausländischen Unternehmen über 3 000 Verträge mit einem Investitionsbetrag von insgesamt mehr als 2 Mrd. US-Dollar unterzeichnet. 1984 haben auch 14 Hafenstädte den Status der Sonderwirtschaftszonen erhalten. Das bedeutet u. a., daß auch diese Städte in die Lage versetzt werden, in vielfältiger Weise über Projekte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern eigene Entscheidungen zu treffen. Vor kurzem ist auch beschlossen worden, das Yangtse-Delta, das Perl-Fluß-Delta und das Zhangzhou-Quanzhou-Xiamen-Dreieck in Südfujian zu öffnen. Insgesamt werden die bisher geöffneten Gebiete von mehr als 100 Mio. Menschen bewohnt.

Unter entwicklungspolitischen Aspekten wird man sich die Frage vorlegen müssen, ob nicht durch solche regionalen Prioritäten Entwicklungen eingeleitet werden, die zumindest mittel- und langfristig unerwünschte Wirkungen auslösen. Wird nicht durch Sonderwirtschaftszonen, nun auch noch erweitert durch den Sonderstatus der 14 großen Hafenstädte und der erwähnten Deltas von Jangtse- und Perlfluß, ein regionaler Dualismus entstehen, der im allgemeinen der Gesamtentwicklung nicht förderlich sein kann?

Sonderzonen haben nicht nur die Eigenschaft, unter ganz bestimmten Bedingungen auszustrahlen, sondern auch Ressourcen aus weniger entwickelten Gebieten anzuziehen und damit zu isolierten Enklaven zu werden. An der Diskussion über exportorientierte Sonderzonen, die mittlerweile seit Anfang der siebziger Jahre im Gange ist, haben sich auch internationale Organisationen beteiligt. Insbesondere die UNIDO (United Nations Industrial Development Organization), anfangs ein Hauptverfechter dieses Industrialisierungsinstrumentes, hat inzwischen auch negative Aspekte berücksichtigt. In ihrer Studie aus dem Jahr 1980 weist sie darauf hin, daß exportorientierte Sonderzonen dort, wo sie am

stärksten zur Initiierung von Industriegüterexporten gebraucht werden, also in Ländern mit niedrigem Einkommen und allgemein schwach entwickelter Infrastruktur, krasse Enklaven bleiben, von denen keine positiven Ausbreitungseffekte ausgehen³²⁾.

Diese und weitere Bedenken nimmt die chinesische Regierung in Kauf. Sie kann sich auf den Sachverhalt stützen, daß China in seinen einzelnen Regionen sehr unterschiedlich mit Ressourcen ausgestattet ist. Das Gebot der Stunde besteht darin, sie so zu nutzen, wie sie jeweils anfallen. Gleichmacherei scheint ihr auch in der regionalen Wirtschaftspolitik abwegig zu sein.

Die chinesische Regierung hat verschiedentlich betont, daß ihre Öffnungspolitik auf die ganze Welt gerichtet sei; kein Land werde diskriminiert. So ist im Rahmen der Öffnungspolitik auch der Außenhandel mit der Sowjetunion verstärkt worden. Bevorzugte Handelspartner sind indessen auch weiterhin die westlichen Industriestaaten.

4. Zulassung privater Wirtschaftstätigkeiten

Im Verlaufe des Reformprozesses sind wieder Privatbetriebe zugelassen worden — und dies nicht nur vereinzelt, sondern in erheblichem Umfang. Die im privaten Sektor stark ausgeprägte Entscheidungsbereitschaft, verbunden mit Initiative und Risikofreude, setzt auch für den staatlichen Bereich deutliche Zeichen. In fast allen Städten gibt es bereits wieder zahlreiche privat betriebene Restaurants, Reparaturwerkstätten, Handwerksbetriebe, Einzelhandelsgeschäfte und Transporteinrichtungen. Seit September 1980 sind sogar privat praktizierende Ärzte zugelassen. Auch in China lassen sich viele Patienten lieber privat gegen Honorar behandeln, als im Massenbetrieb der Polyklinik abgefertigt zu werden.

Kenntnisse und Fähigkeiten dürfen also vermarktet werden; die Lust am Geldverdienen wird ermuntert. Die Errichtung von Privatbetrieben wird offiziell nicht nur geduldet, sondern auch aktiv gefördert — durch Steuerbe-

³²⁾ UNIDO (Ed.), *Export Processing Zones in Developing Countries*, in: UNIDO/ICIS Nr. 176 vom 18. August 1980. Vgl. ferner UNCTAD (Ed.), *The Use of Free Zones as a Means of Expanding and Diversifying Exports of Manufactures from the Developing Countries*, TD/B/C. 2/125 vom 18. Juni 1973. ESCAP (Ed.), *Economic and Social Survey of Asea and the Pacific 1982*, Bangkok 1983, S. 150.

freiungen, Gewährung von Krediten, Bereitstellung von Materialien und Ladenlokalen, Hilfen bei der Wahrnehmung von Management-Aufgaben usw.

Am 29. August 1980 meldete Xinhua, die offizielle chinesische Nachrichtenagentur, daß selbständige Gewerbetreibende nunmehr als Teil der „werkstätigen“ Bevölkerung angesehen und nicht mehr politisch diskriminiert würden, wie dies in der Vergangenheit der Fall gewesen sei. Ihre Tätigkeit werde von der Gesellschaft respektiert und vom Staat geschätzt. Selbständige Gewerbetreibende hätten die gleichen Aussichten wie die übrigen Werkstätigen, einen Regierungsposten zu bekleiden, in die Armee einzutreten oder eine Hochschule zu besuchen. Auch hätten sie weniger Steuern zu zahlen als in der Vergangenheit und erhielten leichteren Zugang zu Bankkrediten. Der Großhandel werde sie schneller mit Waren und Rohstoffen beliefern. Die städtische Privatwirtschaft solle wiederbelebt werden, da die staatseigenen Läden und die Genossenschaften die Bedürfnisse der Bevölkerung bei weitem nicht erfüllten.

Im März 1984 erklärte Hao Haifeng, der Leiter der für die Privatwirtschaft zuständigen Behörde: „Die Geschichte hat uns sehr eindringlich gelehrt, daß eine uniforme Volksrepublik China keinen Wohlstand bringen kann. Erst die Koexistenz von Staatswirtschaft, Kollektivwirtschaft und Privatwirtschaft ermöglicht es dem chinesischen Volke, in relativ kurzer Zeit zu Wohlstand zu kommen.“³⁴⁾

Unternehmerische Tüchtigkeit steht in China derzeit hoch im Kurs. Verdienten Managern wird der Ehrentitel „Unternehmer“ verliehen³⁴⁾. Zudem hat Zhao Ziyang am 12. Februar 1985 deutlich gemacht, daß China „grundsätzlich nie wieder eine Politik der Verstaatlichung der Einzelwirtschaft und der Privatbetriebe durchführen wird“³⁵⁾.

Wenn auch das Volkseigentum an den Produktionsmitteln grundsätzlich nicht aufgegeben werden soll, so ist in dieser Hinsicht doch inzwischen manches in Bewegung geraten. Kollektive und private Eigentumsformen werden neben dem Volks- und Staatseigentum ausdrücklich anerkannt. Arbeiter haben verschiedentlich die Möglichkeit erhalten, Gesellschaftsanteile des Unternehmens, in dem sie arbeiten, zu erwerben. Das gilt auch für

Arbeiter und Angestellte staatlicher Betriebe.

Besonderes Aufsehen erregte die Textilfabrik Nr. 17 in Shanghai, als sie die Gründung zweier Gemeinschaftsunternehmen mit ländlichen Kommunen durch die Ausgabe von Belegschaftsaktien zu finanzieren versuchte. Das Wirtschaftsamt des Kreises Lu-shan in der Provinz Henan gründete eine Aktiengesellschaft, die Bekleidungswerkstätten, Einzelhandelsgeschäfte und Großhandlungen unterhält. Bürokrater, Arbeiter und Angestellte sowie Bewohner der Kreisstadt konnten Aktionäre werden. Die Stadt Fu-yang mobilisierte die zur Förderung der Leichtindustrie und des Handwerks erforderlichen Mittel durch Bildung einer Aktiengesellschaft. Die Zeichner der Aktien wurden entweder am Gewinn beteiligt oder ihre Familienangehörigen erhielten einen Arbeitsplatz. Die Stahl- und Holzmöbelfabrik Harbin rief ihre Arbeiter und Angestellten dazu auf, ihre Ersparnisse in Aktien des Betriebes anzulegen. Zur Finanzierung des Baues der längsten chinesischen Bahnstrecke in der Inneren Mongolei sollen Aktien im Wert von 1,1 Mrd. Yuan ausgegeben werden. In chinesischen Bankkreisen wird bereits von der Wiedereröffnung der 1949 geschlossenen Börse in Shanghai gesprochen.

Nicht nur landwirtschaftliche Anbauflächen, sondern auch kleinere Staatsbetriebe werden an Privatleute verpachtet. Anfang 1985 wurde bekannt, daß annähernd 70 000 staatliche Betriebe, die zum Teil mit Verlust gearbeitet haben, privaten Geschäftsleuten überlassen wurden³⁷⁾. Offenbar sind auch Versuche „in der Richtung gemacht worden, daß ein bis dahin staatlicher Betrieb einem Kollektiv oder einzelnen Geschäftsmann als Eigentum übergeben wurde, wenn dieses oder dieser den Vermögenswert des betreffenden Betriebs und das vorhandene Betriebskapital bezahlte. Erstaunlicherweise finden sich auch für diese Form der Übergabe genügend Interessenten“³⁸⁾.

Die Zahl der Privatbetriebe hat sich nach amtlichen Verlautbarungen 1984 gegenüber dem Vorjahr um 57 Prozent auf 9,3 Mio. Einheiten erhöht, die vorwiegend im Handwerk

³⁶⁾ PRu. Nr. 6 vom 10. Februar 1981, S. 3; Nr. 21 vom 16. Mai 1981, S. 16 f.; China aktuell (Ca), (1981), S. 24f.

³⁷⁾ NCNA vom 10. Februar 1985.

³⁸⁾ Privatisierung auf Chinesisch. Peking überließ fast 70 000 Betriebe privaten Geschäftsleuten, in: Blick durch die Wirtschaft vom 25. Februar 1985.

³³⁾ Financial Times vom 6. März 1984.

³⁴⁾ NCNA vom 2. Februar 1985.

³⁵⁾ NCNA vom 12. Februar 1985.

und im Einzelhandel angesiedelt sind. Insgesamt waren 1984 13 Mio. Personen gegenüber 140 000 im Jahre 1978 im privaten Bereich beschäftigt. Zu Beginn des Reformkurses konnten selbständige Gewerbetreibende außer den Familienangehörigen bis zu zwei Helfer und

bis zu fünf Lehrlinge beschäftigen. Inzwischen hat die Regierung festgelegt, daß im allgemeinen bis zu acht Arbeiter beschäftigt werden können. Kollektivbetriebe des privaten Bereichs beschäftigen indessen mitunter mehrere hundert Arbeitnehmer.

III. Behinderungen des Reformprozesses

1. Politisch-ideologische Hemmfaktoren

Die Durchsetzung der Reformpolitik und die mit ihr verbundenen Liberalisierungsmaßnahmen sind notwendig mit zahlreichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten verbunden. Auf der politischen Ebene schaffen die Trennung von staatlicher Wirtschaftsverwaltung und betrieblicher Unternehmensführung, der Umbau des erstarrten staatlichen Planungssystems sowie die Gewährung von weitreichenden Rechten an die wirtschaftlichen Sonderzonen und großen Hafenstädte manche Kompetenzprobleme zwischen unterschiedlichen Instanzen. Die um Kompetenz und Existenz ringende Wirtschaftsbürokratie sieht sich in Frage gestellt.

Chinas Reformbemühungen werden aber nur dann erfolgreich sein können, wenn die politische Macht der Bürokraten, Funktionäre und Kader wesentlich beschnitten wird — und dies in allen Bereichen und auf allen Ebenen³⁹⁾. In seinen „Ausgewählten Werken“ prangert Deng Xiaoping als Hauptübel, die auszumerzen sind, Bürokratismus, übertriebene Zentralisierung, patriachalische Amtsführung und Mißbrauch von Privilegien an. Indessen ist es nicht nur bei Worten geblieben. Die Führungsspitze scheute sich jedenfalls nicht, dem aufgeblähten Apparat zu Leibe zu rücken. Dengs Reformpolitik hat sich in der Partei endgültig gegen den „linken“ Widerstand durchgesetzt. Selbstverständlich bleibt zu erwarten, daß sich bei jeder Gelegenheit — insbesondere im Falle wirtschaftlicher Schwierigkeiten — all jene Kräfte regen werden, die aus ideologischen Gründen jedweder Reform abgeneigt gegenüberstehen und wohl auch weiterhin glauben, China und die „Massen“ dürften nicht weiter von der „glorreichen revolutionären Vergangenheit“ entfremdet werden.

³⁹⁾ Die „linke“ Opposition verfügt offenbar in den Medien und in der Armee noch über „Schlüsselpositionen“, ohne aber die Reformpolitik, insbesondere die Entfesselung der Privatinitiative, bremsen zu können.

Erhebliche Sorgen muß der Regierung auch der enorme Anstieg der Kriminalität nach der Kulturrevolution und im Verlauf der Liberalisierung bereiten. Ultralinken Restgruppen kommt dies offenbar nicht ganz ungelegen, um die Verwerflichkeit des sich in China ausbreitenden „Kapitalismus“ anzuprangern, der nach ultralinken Lesart notwendig kriminelle Handlungen nach sich zieht.

So werden die Zügel angezogen, vorsichtig und behutsam, um sie zu gegebener Zeit wieder lockern zu können, was in der Zwischenzeit wohl auch geschehen ist. Überschwengliche Reaktionen sollen auf diese Weise korrigiert werden, ohne die Grundlagen der Modernisierungs-, Erneuerungs- und Öffnungspolitik anzutasten oder eine radikale Kehrtwendung vorzunehmen. Man sollte also solche Kampagnen nicht überbewerten, sondern sie in das heutige Gesamtbild Chinas einzuordnen versuchen. Jeder Besucher der Volksrepublik China wird sich an Ort und Stelle überzeugen können, welche gewaltigen Wandlungen hier stattgefunden haben: Keine Fahnen, keine Transparente, keine Parolen und Slogans, keine Porträts der Parteiführer, — ausgenommen ein Bild, das einzige Bild Mao Zedongs am Tian-anmen. Offenbar ist sich die chinesische Führung heute darüber im klaren, daß die dringenden Gegenwartsprobleme — Reform, Modernisierung, kräftiges Wirtschaftswachstum und Aufrechterhaltung der monetären Stabilität — durch revolutionäres Bewußtsein und das Schwingen roter Fahnen nicht zu lösen sind.

2. Soziale Probleme im Verlaufe des Reformprozesses

Neben den politischen Schwierigkeiten sind im Verlaufe des Reformprozesses eine Reihe ernster sozialer Probleme aufgetreten, die einer angemessenen Lösung bedürfen.

Der Abbau der Subventionswirtschaft und die Entzerrung der Preisrelationen führten zu verteilungspolitischen Problemen, verschärfte

durch das zunehmend stärker werdende Einkommens- und Versorgungsgefälle von Ost nach West⁴⁰⁾. Auch hat sich nach Zulassung von freien Märkten, privaten Händlern, Handwerkern und Gewerbetreibenden in ungewohnter Weise die Einkommensverteilung geändert. Partei- und Staatsfunktionäre fühlen sich gegenüber aufsteigenden Gruppen benachteiligt und unterliegen der Versuchung, durch kommerzielle Nebentätigkeiten ihr relativ niedriges und unflexibles Einkommen aufzubessern. Die chinesische Führung ist zwar gegen diese Verquickung von hoheitlichen Aufgaben mit privatwirtschaftlichen Geschäften unverzüglich eingeschritten. Aber sie hat sich auch keinen Illusionen über den Zusammenhang zwischen allgemeiner Wohlstandssteigerung und Einkommensverteilung hingegeben, wie dies aus der weithin beachteten Stellungnahme aus dem Sekretariat des ZK „gegen die Gleichmacherei“ zu entnehmen ist. Hier hieß es z. B.: „Damit alle Bauern wohlhabend werden, müssen wir einem Teil von ihnen erlauben, als erste wohlhabend zu werden; zugleich bemühen wir uns, den übrigen zu helfen, allmählich ebenfalls wohlhabend zu werden.“⁴¹⁾

Die unumgänglichen Rationalisierungsmaßnahmen werden dazu beitragen, bisher verdeckte Unterbeschäftigung in offene Arbeitslosigkeit umzuwandeln. Nach chinesischen Schätzungen sind gegenwärtig in der Industrie annähernd 10 Mio. „überflüssige Arbeitskräfte“ beschäftigt. In der Landwirtschaft „gibt es etwa 100 Mio. Arbeitskräfte zuviel“⁴²⁾. Besondere Sorge bereitet die Jugendarbeitslosigkeit. Millionen von Jugendlichen, die während der Kulturrevolution aufs Land geschickt worden waren, haben im Verlaufe der Liberalisierungswelle die Gunst der Stunde genutzt, sind in die Städte zurückgekehrt und verlangen nun Arbeitsplätze.

So haben die Reformer ein schweres Erbe übernommen, das aus sozialen und politischen Gründen zum Handeln zwingt. Man hat die Erfahrung machen müssen, daß die Lockerungen im Innern und das notwendige Öffnen der Schleusen für freie Meinungsäußerungen nicht nur Kräfte zur Modernisierung, sondern auch zur Zerstörung einer stabilen staatlichen Ordnung freigesetzt haben. Auf der anderen Seite kann die Regierung mit der Unterstüt-

zung all jener rechnen, die sich endlich von geistigen und ideologischen Fesseln befreit sehen wollen und zusätzlichen Freiheitspielraum beanspruchen. Millionen von Chinesen entdecken sich zum ersten Mal als Individuum und als „Neuer Mensch“, der mit seinen Einzelleistungen an Stelle des Kollektivs auch hinreichend materielle Anerkennung zu finden sucht.

3. Wirtschaftsimmanente Schwierigkeiten

Die Reformbemühungen stoßen natürlich besonders im wirtschaftlichen Bereich auf manche Hindernisse. Bei mangelnder Erfahrung mit marktwirtschaftlichen Wirtschaftsprozessen mußte der Versuch, die chinesische Planwirtschaft durch Einbau von Preismechanismen aufzulockern, auf besonders große Schwierigkeiten stoßen. Vielfach fehlt ein brauchbares betriebliches Rechnungswesen, das in der Lage ist, sachgerecht Kosten und Gewinne zu ermitteln.

Besonders schwache Glieder der chinesischen Industriewirtschaft bilden die Schlüsselbereiche Energie und Verkehr. Trotz einer Erhöhung der Primärenergieerzeugung kam es in den letzten Jahren wegen Energiemangel vielfach zu Produktionseinschränkungen. Engpässe im Verkehrswesen behindern die arbeitsteilige Integration von lokalen und regionalen Spezialisierungsmaßnahmen.

Offenbar bestehen gegenwärtig einige schwerwiegende Zielkonflikte: Auf dem XII. Parteitag wurde am 1. September 1982 das Wachstumsziel für den Wirtschaftsaufbau Chinas bis Ende dieses Jahrhunderts festgelegt. Der jährliche Bruttoerzeugniswert von Industrie und Landwirtschaft soll in diesen zwei Jahrzehnten vervierfacht werden. Dies bedeutet ein jahresdurchschnittliches globales Wachstum von 7,2 Prozent.

Ein weiteres, wesentliches Ziel der Reformpolitik bilden die Entzerrung der gesamten Preisstruktur und der Abbau der Subventionswirtschaft, verbunden mit dem Übergang zu realistischen Kosten und Knappheitspreisen.

Das dritte Ziel mit hohem Prioritätsgrad bildet die Aufrechterhaltung der monetären Stabilität, also die Vermeidung von inflationistischen Entwicklungstendenzen. Zhao Ziyang hat nunmehr auf der 3. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses am 27. März 1985 deutlich gemacht, daß im Jahre 1984 eine exzessive wachstumsbedingte Ausweitung des Kreditvolumens die Lohn-Preis-Spirale derart

⁴⁰⁾ Vgl. hierzu: Chinas langer Marsch ins dritte Jahrtausend, hrsg. v. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1984, S. 13.

⁴¹⁾ PRu. Nr. 35 vom 14. August 1984, S. 20.

⁴²⁾ PRu. Nr. 1 vom 1. Januar 1985, S. 40.

in Bewegung gesetzt hat, daß sie nicht nur die monetäre Stabilität aufzuheben droht, sondern auch erforderliche Preisanpassungen geradezu blockieren muß. Die chinesische Regierung hat daher die gesamte umlaufende Geldmenge einer strengen Kontrolle unterworfen. Darüber hinaus hat sie nicht gezögert,

„die Jagd nach einer unangemessenen hohen Wachstumsrate“ — wie es offiziell heißt — aufzugeben. Sie folgt damit dem Gebot der Stunde, sichert auf diese Weise die konsequente weitere Durchsetzung des Reformkurses und schafft damit auch eine neue Basis für zukünftiges stetiges Wachstum.

IV. Fortsetzung des neuen Kurses?

Angesichts der vielfältigen Schwierigkeiten wird man die chinesische Führung bewundern müssen, daß sie nicht nur ihren Kurs bis heute durchgehalten hat, sondern zielstrebig Schritt für Schritt auch weiterhin den vorgezeichneten Weg gehen will. Die Erfolge sind ja auch nicht ausgeblieben. Entscheidend wird allerdings sein, daß sie in Besonnenheit den pragmatischen Kurs beharrlich fortsetzt — und dies über die Ära Deng Xiaoping hinaus.

Aber wird man dies ohne weiteres unterstellen können? Ist nicht die Geschichte der Volksrepublik China seit ihrer Gründung im Jahre 1949 schließlich über lange Zeitstrecken die Geschichte schroffer, unvorhergesehener Kehrtwendungen? Ist demnach nicht in Rechnung zu stellen, daß sich eines Tages wieder einmal die politische Richtung ändert, daß möglicherweise erneut der „Wind von links“ zu wehen droht und einem pragmatisch-vernünftigen Handeln ein Ende setzt?

Allzu häufig wie auch recht einseitig wird bei solchen Überlegungen das Augenmerk auf die Massenhysterie der Kulturrevolution mit all ihren exzessiven Ausschreitungen gelenkt. Übersehen wird indessen, daß die chinesischen Kommunisten nicht erst bei der Durchführung der Wirtschaftsreformen, sondern bereits lange vor der Gründung der

Volksrepublik China nach Kräften bemüht waren, ihren eigenen Weg zu gehen.

Immer wieder ist auf die vorrangige Bedeutung des chinesischen Alltags gegenüber einem abstrakten Marxismus und blutleeren Dogmatismus verwiesen worden. Der Phalanx illusionsloser, pragmatisch orientierter Spitzenfunktionäre gehörte einst auch Mao an, der 1938 vor dem 6. Plenum des VI. Zentralkomitees erklärte: „Man muß die ausländischen Schemata beseitigen, weniger hohle abstrakte Phrasen dreschen und den Dogmatismus ruhen lassen; an ihre Stelle sollen der frische, lebhaft-chinesische Stil und die frische, lebhaft-chinesische Manier treten, die bei den einfachen Menschen Chinas so beliebt sind.“⁴³⁾ Der Vater der chinesischen Wirtschaftsreformen, der am 22. Februar 1983 verstorbene Wirtschaftswissenschaftler Sun Yefang, hatte bereits in den fünfziger Jahren einschneidende Reformkonzepte entwickelt. Berücksichtigt man ferner, daß in den vergangenen Jahrzehnten nach und nach weitere ideologische Rückstände abgebaut worden sind, dann besteht wohl wenig Grund, über den gegenwärtigen Reformkurs irgendwie erstaunt oder überrascht zu sein.

⁴³⁾ PRu. Nr. 16 vom 23. April 1985, S. XIII.

⁴⁴⁾ Mao Zedong, Ausgewählte Werke, Band II, Peking 1968, S. 246.

Demographische Entwicklung und Bevölkerungspolitik in der Volksrepublik China

I. Das traditionelle Umfeld

Die chinesische Regierung hat auf dem Feld der Bevölkerungspolitik ein schweres Erbe angetreten. Sie bewegt sich in einem gesellschaftlichen Umfeld, das durch jahrhundertelangen Familienkult und durch die positive Einstellung zu hohen Bevölkerungszahlen gekennzeichnet ist. Noch heute herrscht in der chinesischen Gesellschaft ein faktischer Ehe- und Gebärzwang, der aus früheren Perioden der europäischen Geschichte durchaus bekannt ist: Mit 27 bis 29 Jahren sind über 95% aller Mädchen verheiratet, ein Jahr nach der Hochzeit sind mehr als 85% von ihnen schwanger. Wären nicht langjährige Kampagnen für die Spätehe geführt worden, so würde das Heirats- und Gebäralter noch wesentlich niedriger liegen¹⁾.

Wer als Mädchen, in geringerem Maße auch als Mann, in den entsprechenden Altersgruppen unverheiratet geblieben ist, wird zu einem Problemfall für seinen gesamten Verwandten- und Bekanntenkreis, der nicht rastet und ruht, bis ein Ehepartner gefunden ist. Ehe, Familie und Geburt gehen danach eine untrennbare Verbindung ein. Liebeshiraten sind eine relativ junge Errungenschaft, romantische Gefühle werden nach wie vor stark durch wirtschaftliche und familiäre Gesichtspunkte überlagert. Daß viele Kinder etwas Gutes bedeuten, hat die konfuzianische Tradition tief in den Köpfen der Menschen verankert. Unter den Kindern sind natürlich vor allem die Söhne geschätzt, zum einen als Arbeitskräfte, zum anderen, weil allein sie den Ahnenkult fortsetzen können. Mädchen hingegen gelten weniger; sie werden bis heute von einer frauenfeindlichen Umgebung häufig gesellschaftlich diskriminiert.

Der Familienkult ist aber nicht nur als gesellschaftliches Phänomen zu betrachten. Immer wieder ist er in der Geschichte auch vom Staat aktiv unterstützt worden. So haben chinesische Herrscher stets aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus eine große Bevölkerungs-

zahl angestrebt, verwandelten sich doch die Kinder von heute in die Steuerzahler von morgen. Aus dem 9. Jahrhundert ist uns die berühmte Polemik der konfuzianischen Bürokratie gegen den buddhistischen Klerus überliefert, worin es heißt, der Zölibat zerstöre die gesellschaftliche Ordnung, verhin-dere die Fortpflanzung und münde gerade-wegs in die Steuerhinterziehung²⁾.

Die wiederholten Kriege mit westlichen Staaten im Zeitalter des Imperialismus, die chinesischen Bürgerkriege und Revolutionen schufen ein Klima des Nationalismus, der mit der traditionellen Geisteshaltung auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik eine enge Verbindung einging. Zwei Zitate, das eine von Sun Yat-sen, dem Vater der chinesischen Republik, das andere von Mao Zedong, der beherrschenden Gestalt der revolutionären Bewegung, zeigen diese Verbindung in ihrer nationalistischen und in ihrer kommunistischen Variante.

Mit Blick auf das Bevölkerungswachstum Amerikas, Englands, Japans, Rußlands und Deutschlands äußerte Sun Yat-sen 1924, fünf Jahre, nachdem in Versailles Chinas halbkolonialer Status abermals bekräftigt worden war: „Was bedeutet es für China, wenn ihre Bevölkerung dermaßen schnell zunimmt? Wenn ich ihr Bevölkerungswachstum mit dem Chinas vergleiche, zittere ich... Momentan reißen die anderen Nationen China nur deswegen nicht an sich, weil ihre Bevölkerung noch kleiner als die unsrige ist. Wenn nun nach einem Jahrhundert unsere Bevölkerung stagniert, ihre jedoch stark zunimmt, dann werden sie mit ihrer Mehrheit die Minderheit unterwerfen und China annektieren. Wenn diese Zeit gekommen ist, wird China nicht nur seine Souveränität verlieren und als Staat untergehen. Nein, auch das chinesische Volk wird assimiliert werden und als Rasse verschwinden.“³⁾

²⁾ C. K. Yang, *Religion in Chinese Society*, Berkeley 1961, S. 199—204.

³⁾ Sun Zhongshan, *Sanminzhuyi*, Taipei 1970, S. 11, 13—14.

¹⁾ H. Yuan Tien, *Age at Marriage in the People's Republic of China*, in: *China Quarterly*, 93 (1983), S. 90—107.

Die hier von Sun Yat-sen vor 60 Jahren vorgebrachte Meinung kann als repräsentativ für eine ganze Epoche gelten. Bis in die fünfziger Jahre konnte man im Zentralorgan der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) Artikel lesen, die mit nur leicht veränderten Worten die These wiederholen: China braucht viele Menschen, um nicht unterjocht zu werden; Geburtenkontrolle ist Mord am chinesischen Volk⁴).

Am prägnantesten formulierte Mao Zedong die jahrelange Haltung der KPCh im September 1949. Sein Kommentar zu den bevölkerungspolitischen Argumenten aus dem im gleichen Jahr veröffentlichten China-Weißbuch der amerikanischen Regierung lautete: „Es ist eine ausgezeichnete Sache, daß China eine große Bevölkerung hat. Sogar wenn sich die Bevölkerung Chinas auf ein Vielfaches erhöht, wird es trotzdem durchaus möglich sein,

eine Lösung zu finden. Diese Lösung heißt Produktion. Die absurden Argumente bürgerlicher Ökonomen, wie zum Beispiel Malthus, daß die Zunahme der Nahrungsmittel mit dem Bevölkerungszuwachs nicht Schritt halten könne, sind nicht nur theoretisch von den Marxisten schon lange entkräftet worden, sie sind auch durch die Tatsachen in der nachrevolutionären Sowjetunion und in den befreiten Gebieten Chinas widerlegt. Revolution plus Produktion können die Ernährungsprobleme lösen...“⁵).

Dieses Zitat wurde in der offiziellen Ausgabe der Mao-Schriften kanonisiert. Es ist den Wortführern einer staatlichen Geburtenkontrollpolitik, die ab 1953/54 aktiv zu werden begannen, immer wieder vorgehalten worden und hat die chinesische Bevölkerungsplanung um Jahre zurückgeworfen.

II. Demographische Entwicklung

Traditionelle Einstellungen und nationale Ressentiments haben die offizielle Bevölkerungspolitik häufig extreme Positionen beziehen lassen. Nicht minder virulent ist Chinas demographische Entwicklung im letzten Jahrhundert verlaufen. Nach notwendigerweise groben Berechnungen rafften zwischen 1850 und 1950 Kriege und Bürgerkriege rund 35 bis 75 Millionen Menschen hinweg, darunter der große Taiping-Aufstand mit allein 20 bis 50 Millionen Todesopfern. Naturkatastrophen taten ihr übriges, um die chinesische Bevölkerung zu dezimieren. Gang und gäbe waren Zahlen von 500 000 bis 5 Millionen Toten bei den verheerenden Dürreperioden und Überschwemmungen, die insbesondere Nord-China periodisch heimsuchen⁶).

Die politische Stabilität der fünfziger Jahre und in ihrem Gefolge der steigende Lebensstandard beschleunigten das Bevölkerungswachstum wieder. Ab 1949 weist die Wachstumskurve steil nach oben, seitdem werden auch die Probleme der ungebremsten Bevölkerungsdynamik zunehmend akut.

Lange Zeit mußten solche allgemeinen Trendaussagen präzise Bevölkerungszahlen ersetzen. Fast 30 Jahre lang war das Ergebnis der

ersten chinesischen Volkszählung von 1953, die in der Volksrepublik rund 580,60 Millionen Bewohner ermittelte, die einzige einigermaßen verlässliche Angabe zur Gesamtbevölkerungszahl. Die 1964 durchgeführte zweite Volkszählung wurde bis 1979 geheimgehalten; spätere Bevölkerungszahlen aus der Kulturrevolution waren inkonsistent und ergaben ein widersprüchliches Bild.

1972 klagte der damalige Finanzminister und heutige Staatspräsident Li Xiannian über die Datenkonfusion, die selbst in den höchsten Regierungsorganen herrschte: Die Plankommission rechnete mit weniger als 750 Millionen Menschen, das Handelsministerium arbeitete für seine Zwecke mit 830 Millionen. Dazwischen lagen andere Behörden wie das Nahrungsmittelministerium, die von 750 bis 800 Millionen Menschen ausgingen⁷). Noch größere Abstände klafften fünf Jahre später zwischen verschiedenen westlichen Modellrechnungen, die fragmentarische Angaben aus China mit angemommenen Zuwachsraten kombinierten: 1977 lagen die niedrigsten und höchsten westlichen Schätzungen der Gesamtbevölkerungszahl um fast 150 Millionen auseinander. Allgemein bestand die Tendenz, die niedrigen Ansätze zu übernehmen, die

⁴) Renmin ribao vom 25. April 1952.

⁵) Mao Zedong, Xuanji, Peking 1967, S. 1400—1401.

⁶) J. S. Aird, Population Growth, in: A. Eckstein et al. (Eds.), Economic Trends in Communist China, Chicago 1968, S. 264—265.

⁷) Zitiert nach: L. A. Orleans, China's Population: Can the Contradictions Be Resolved?, in: Joint Economic Committee (Ed.), China: A Reassessment of the Economy, Washington 1975, S. 71.

von chinesischen Politikern noch Mitte der siebziger Jahre auf internationalen Konferenzen verbreitet wurden⁸⁾.

Erst nach dem Ende der Kulturrevolution, nach dem Wiederaufbau der chinesischen Nationalstatistik und der Überprüfung der Melderegister wurden die chinesischen Angaben präziser. Ganz im Sinne ihres Wahlspruchs „Die Wahrheit in den Tatsachen suchen“ ordneten die Pekinger Reformpolitiker eine neue Volkszählung an, die eine Generalinventur der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände im Lande gestatten sollte. 1982 wurde dieser dritte Zensus in der Geschichte der Volksrepublik abgehalten. Seitdem sind seine vorläufigen Ergebnisse sowie eine Fülle weiterer Bevölkerungszahlen bekanntgegeben worden, darunter auch zusätzliche Daten aus den vorangegangenen Zählungen von 1953 und 1964, die ein völlig neues Licht auf Chinas Bevölkerungsentwicklung in den letzten drei Jahrzehnten werfen⁹⁾.

1. Hohe Gesamtbevölkerungszahl

Der demographische Befund ergibt, daß Chinas Politiker bis Mitte der siebziger Jahre die ihnen unterstellte Bevölkerung um rund 100 Millionen Menschen unterschätzt haben. Allgemein haben sich die Modellrechnungen mit relativ hohen Ansätzen bestätigt, lag doch die im Juli 1982 erhobene Gesamtbevölkerungszahl von 1008,18 Millionen Menschen auch im oberen Bereich der verschiedenen westlichen Schätzungen¹⁰⁾.

⁸⁾ Siehe dazu die Äußerungen des chinesischen Vertreters auf der Bukarester Weltbevölkerungskonferenz vom August 1974, in: Peking-Rundschau Nr. 35, Peking 1974.

⁹⁾ Siehe folgende Quellen: Renmin ribao vom 28. Oktober 1982; The 1982 Population Census of China (Major Figures), comp. by The Population Census Office Under the State Council and The Department of Population Statistics of the State Statistical Bureau, Hongkong 1982; Zhongguo 1982 nian renkou pucha 10% chouyang ziliao, Peking 1983; Zhongguo tongji nianjian 1984, Peking 1984, S. 81—106. Vgl. außerdem folgende westliche Analysen: J. S. Aird, The Preliminary Results of China's 1982 Census, in: China Quarterly, 96 (1983), S. 613—640; M. Cartier, Les leçons du troisième recensement chinois, in: Le Courrier des Pays de l'Est, 282 (1984), S. 31—51; B. Staiger, Die chinesische Familienplanung im Lichte des Zensus vom Juli 1982, in: China aktuell, 12 (1982), S. 752—759.

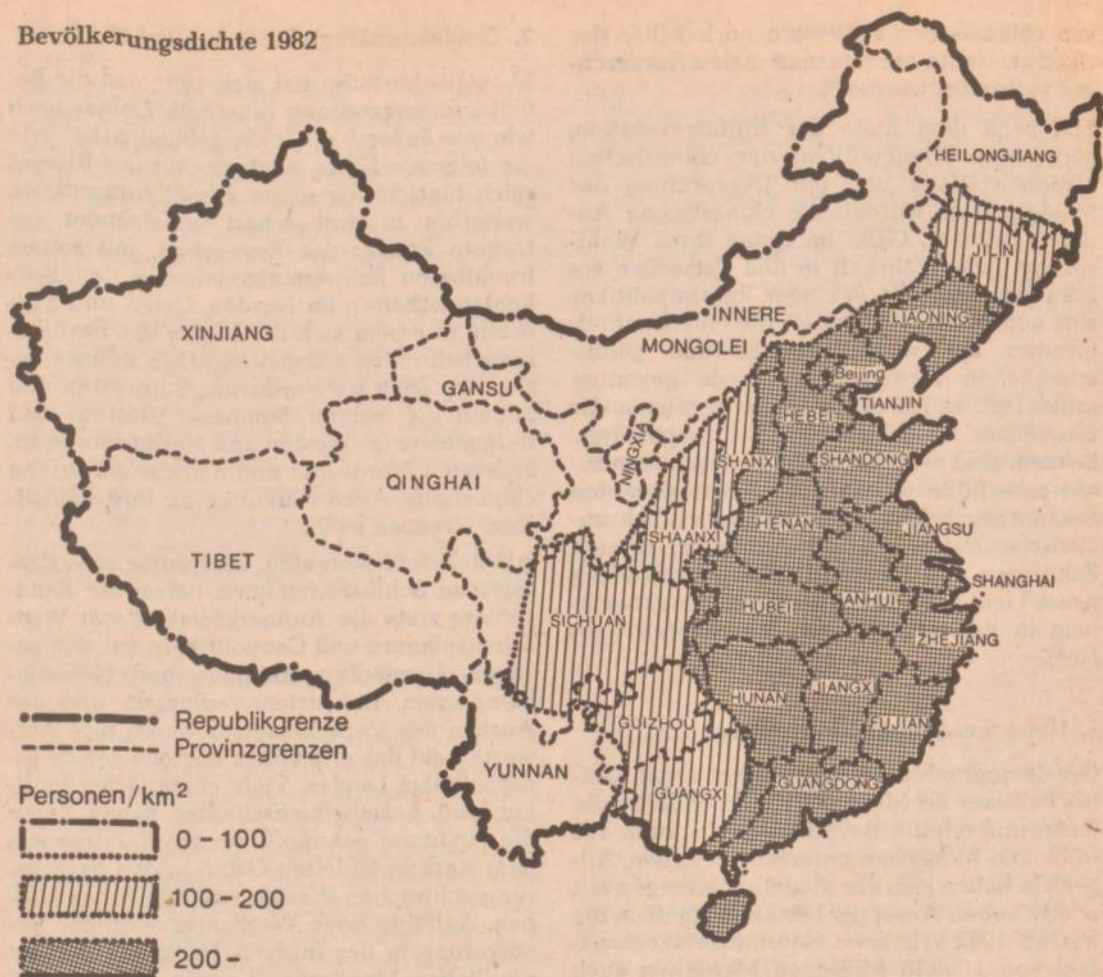
¹⁰⁾ Zur ausführlichen demographischen Analyse von Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsdyn-

2. Ungleichmäßige Siedlungsdichte

Ebenfalls bestätigt hat sich 1982, daß die Bevölkerungsverteilung innerhalb Chinas nach wie vor äußerst ungleich geblieben ist. Wie die folgende Karte zeigt, zerfällt das Riesenreich hinsichtlich seiner Bevölkerungsdichte weiterhin in drei scharf voneinander getrennte Zonen: das Kerngebiet, mit seinen fruchtbaren Schwemmlandebenen und Beckenlandschaften im Norden, Osten und Südosten, in denen sich die Masse der Bevölkerung ballt; eine schon wesentlich dünner besiedelte Zone im Nordosten, Südwesten und Süden; die weiten Steppen-, Wüsten- und Berggebiete im Westen und Norden sowie im äußersten Nordosten und Südwesten, wo die chinesische Ackerbaukultur an ihre natürlichen Grenzen stößt.

Als Rohstofflieferanten, Leerräume bzw. strategische Schlüsselregionen haben die Randgebiete stets die Aufmerksamkeit von Wirtschaftsplanern und Geopolitikern auf sich gezogen. Umsiedlungsaktionen und Neulandkampagnen, Industriensiedlungen und der Ausbau des Verkehrsnetzes waren ihre Antworten auf das erhebliche Regionalgefälle innerhalb des Landes. Viele chinesische Politiker und Sozialwissenschaftler haben daran die Hoffnung geknüpft, die Bevölkerung aus dem stark besiedelten Osten in den bevölkerungsschwachen Westen umverteilen zu können. Auffällig hohe Wachstumsraten der Bevölkerung in der Inneren Mongolei und der nördlichen Mandschurei sowie in den nordwestlichen Regionen Xinjiang, Ningxia und Qinghai zeugen von diesen Bemühungen. Hier lag der durchschnittliche jährliche Zuwachs zwischen 1953 und 1982 bei 2,9 bis 3,5%, während er sich im übrigen Land um rund 1,8% bewegte. Die extrem unterschiedlichen Basiszahlen haben jedoch die Zuwachsraten kaum zum Tragen kommen lassen und dafür gesorgt, daß insgesamt nur eine geringfügige Verlagerung der Bevölkerungsanteile eingetreten ist: 1953 besaßen die genannten Regionen etwa 4,7% der chinesischen Bevölkerung, 1982 waren daraus 7,2% geworden.

mik anhand provisorischer Zahlen aus dem Zensus von 1982 vgl.: Th. Scharping, Chinas Bevölkerung 1982—1985, Teil I—IV, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1983, 1985. Eine revidierte und erweiterte Analyse mit den Endergebnissen der letzten Volkszählung erscheint 1986 in den Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg.



3. Verstädterung

Nach der hohen Gesamtbevölkerungszahl und der äußerst ungleichmäßigen Siedlungsdichte stellt die Verstädterung das dritte der chinesischen Bevölkerungsprobleme dar.

Auch China bildete in den fünfziger Jahren keine Ausnahme von dem weltweiten Trend zu Landflucht und Überurbanisierung. Schaubild 1 zeigt, daß mit dem Höhepunkt des Großen Sprunges im Jahre 1960 auch ein erster Gipfel der Stadtentwicklung erreicht war. Von den Industrialisierungsparolen angezogen, strömten arbeitssuchende Bauern massenhaft in die Städte ein. Ab 1961 begannen die chinesischen Urbanisationsraten jedoch erheblich von dem in anderen Entwicklungsländern üblichen Bild abzuweichen: Groß angelegte Rücksiedlungsaktionen entfernten Millionen der eben erst neu rekrutierten Ar-

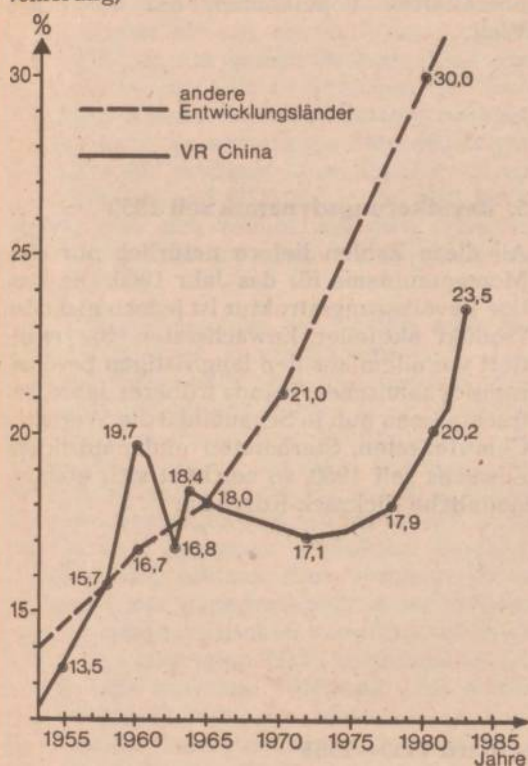
beitskräfte wieder aus den Städten; scharfe Zuzugsbeschränkungen engten die regionale Mobilität ein; und zunehmend wurden auch städtische Bevölkerungsschichten von den zwangsweisen Landverschickungen erfaßt. Auf diese Weise wurde die Gesamtzahl der Stadtbevölkerung von 130,73 Millionen im Jahre 1960 auf 116,46 Millionen im Jahre 1963 gesenkt.

1964 hatte sich China von den schweren Verlusten des Großen Sprunges so weit erholt, daß sowohl die absoluten Zahlen wie auch der Anteil der Stadtbevölkerung wieder hochschnellten. Danach stiegen zwar die absoluten Zahlen weiter leicht an, die Urbanisationsrate fiel jedoch dank neuer Umsiedlungsaktionen städtischer Arbeitsloser bis zu einem Tiefpunkt von 17,1% im Jahre 1972. Gegenläufige Migrationsbewegungen, die teils

Schaubild 1:

Verstädterung 1950—1983

(Urbanisationsraten in Prozent der Gesamtbevölkerung)



Quellen: Zhongguo tongji nianjian 1984, Peking 1984, S. 82; P. Bairoch, Urban Unemployment in Developing Countries, Genf 1973, S. 20—22; Eigenberechnung nach: Weltbank (Hrsg.), Weltentwicklungsbericht 1982, Washington 1982, S. 118—119, 156—157.

neue Arbeitskräfte vom Land in die Städte zogen, teils Stadtbewohner aufs Land versetzten und wieder andere Stadtbewohner aus den Dörfern zurück in die Städte holten, kennzeichneten die späten siebziger Jahre, in denen die Urbanisationsraten erneut zu klettern begannen¹¹⁾.

Im Jahre 1979, dem Jahr des endgültigen innenpolitischen Kurswechsels, wurde schließlich endgültig ein Wendepunkt erreicht. Seitdem sorgen Wirtschaftsreformen und Rückwanderungen zwangsumgesiedelter Stadtbewohner für eine rasante Beschleunigung des städtischen Wachstums. Eingemeindungen

¹¹⁾ Zur Migrationsproblematik siehe: Th. Scharping, Umsiedlungsprogramme für Chinas Jugend 1955—1980. Probleme der Stadt-Land-Beziehungen in der chinesischen Entwicklungspolitik, Hamburg 1981.

von Dörfern im Umland der Städte treiben die Urbanisationsraten zusätzlich nach oben. Zwischen 1978 und 1983 ist die Gesamtzahl der Stadtbevölkerung um 68,81 Millionen Menschen angewachsen — ein absoluter Zuwachs innerhalb von fünf Jahren, der größer ist als der gesamte Zuwachs in den zwei Jahrzehnten von 1958 bis 1978. Angesichts dessen wird die chinesische Regierung sehr darauf achten müssen, daß ihr die Urbanisierungsprobleme im Zuge der gegenwärtigen Modernisierungspolitik nicht über den Kopf wachsen.

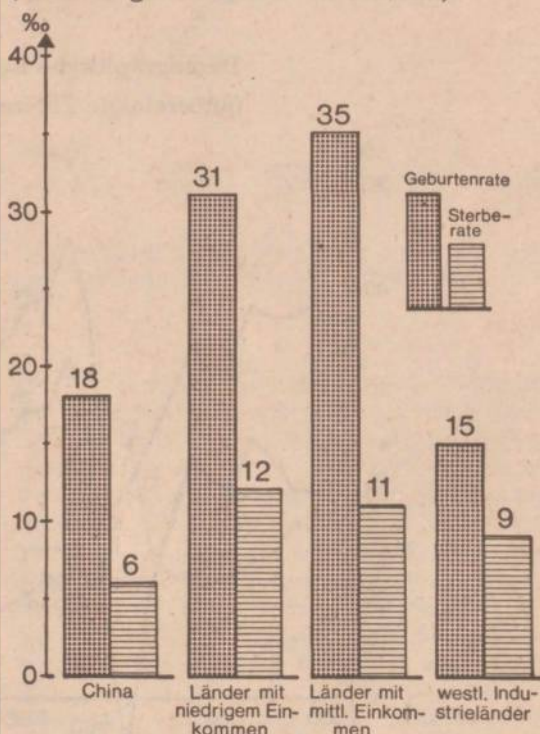
4. Aktuelle Geburten- und Sterberaten

Neben den in jeder Hinsicht atypischen Migrations- und Urbanisationsziffern sind vor allem die chinesischen Geburten- und Sterberaten von größerem Interesse. Schaubild 2 vergleicht ihre Höhe mit den entsprechenden Daten für andere Ländergruppen. Es sind Angaben für das Jahr 1980, aus dem die letzten Vergleichszahlen vorliegen:

Schaubild 2:

Geburten- und Sterberaten 1980

(unbereinigte Ziffern in von Tausend)



Quellen: Zhongguo tongji nianjian 1984, Peking 1984, S. 83; Weltbank (Hrsg.), Weltentwicklungsbericht 1982, Washington 1982, S. 152—153.

China weist im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern eine bemerkenswert niedrige Geburtenrate auf, was zweifellos auf die erfolgreiche staatliche Geburtenkontrolle zurückzuführen ist. Während die Geburtenrate das niedrige Niveau der westlichen Industriestaaten noch nicht ganz erreicht, hat die Sterberate dieses bereits unterschritten. Mehrere Faktoren sind hierfür verantwortlich: Zum einen spiegeln sich in den Sterberaten die großen gesundheitspolitischen Leistungen der Volksrepublik, in deren Folge die Lebensdauer der Menschen deutlich gestiegen ist. Um 1980 lag die durchschnittliche Alterserwartung in China bei 68 Jahren, in Indien und Indonesien hingegen bei 52 bis 53 Jahren. Die Vergleichswerte für die Industriestaaten betragen 71 bis 75 Jahre¹²⁾. Zum anderen erklärt

¹²⁾ Weltbank (Hrsg.), Weltentwicklungsbericht 1982, Washington 1982, S. 158—159; World Bank (Ed.), China: Socialist Economic Development, Annex B, Washington 1981, S. 5, 75; Zhongguo tongji nianjian 1984, Peking 1984, S. 95.

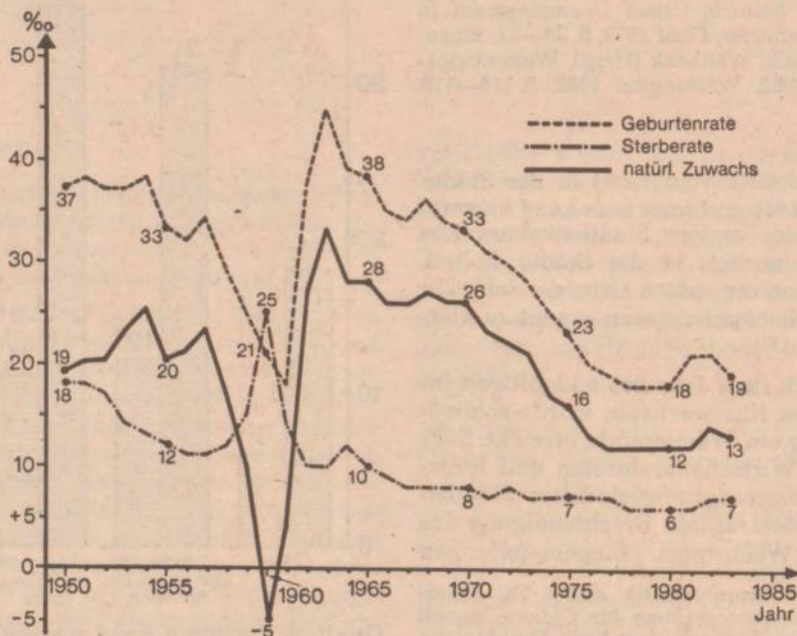
sich die niedrige chinesische Sterberate aber auch aus der Altersstruktur der Bevölkerung: Über die Hälfte aller Chinesen ist jünger als 25 Jahre — ein gewaltiger Kontrast zu den überalterten Populationen der westlichen Welt.

5. Bevölkerungsdynamik seit 1950

All diese Zahlen liefern natürlich nur eine Momentaufnahme für das Jahr 1980. Die heutige Bevölkerungsstruktur ist jedoch nicht das Produkt aktueller Zuwachsraten. Sie resultiert vor allem aus den langfristigen bevölkerungsdynamischen Trends früherer Jahre. Betrachtet man nun in Schaubild 3 die Werte für Geburtenraten, Sterberaten und natürlichen Zuwachs seit 1950, so zeichnet sich eine erstaunliche Zickzack-Kurve ab:

Schaubild 3:

Demographische Kennziffern 1950—1983
(unbereinigte Ziffern in von Tausend)



Quelle: Zhongguo tongji nianjian 1984, Peking 1984, S. 83.

Bis Ende der fünfziger Jahre durchläuft China eine typische demographische Übergangsphase: Die Geburtenraten bleiben hoch, die Sterberaten sinken, als Resultat ergibt sich ein starker natürlicher Zuwachs. Ab 1958 fällt die Geburtenrate bis auf ein Tief von 1,8% im Jahre 1961 ab, um danach im Jahre 1963 eine Rekordhöhe von 4,3% zu erreichen. Die Sterberaten zeichnen diese Entwicklung spiegelbildlich nach. So schnell die Sterbeziffer von den Ende der fünfziger Jahre üblichen 1,1 bis 1,2% plötzlich auf 2,5% im Jahre 1960 hoch, wonach sie sich erneut auf dem früheren Stand einpendelt und dann bis 1980 langsam zurückgeht.

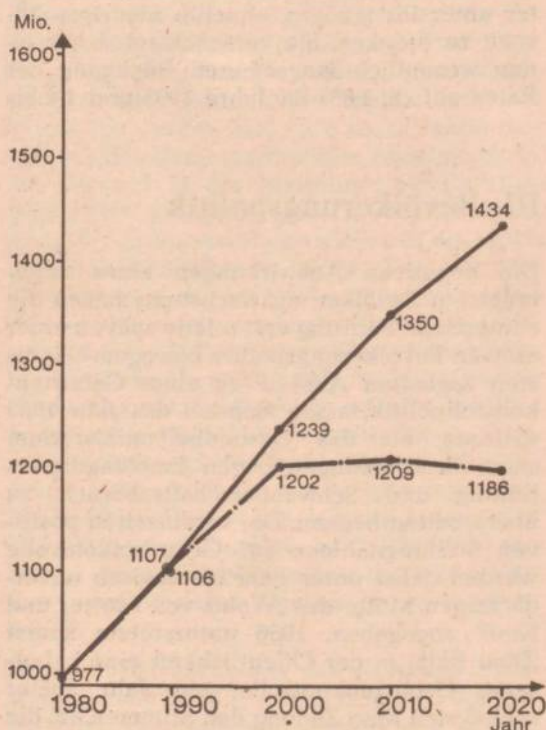
Der heftige Ausschlag der Kurven zeigt die demographischen Auswirkungen einer Tragödie an, deren wirtschaftliche, gesellschaftliche und ideologische Folgen die chinesische Politik bis in die achtziger Jahre hinein erschütterten: Wie aus der bis in den negativen Bereich fallenden Kurve für den natürlichen Zuwachs hervorgeht, hat China in der Krise des Großen Sprunges erhebliche Bevölkerungsverluste erlitten. Eine verhängnisvolle Mischung aus wirtschaftspolitischen Fehlplanungen, außenpolitischen Verwicklungen und klimatisch bedingten Naturkatastrophen bewirkte, daß zwischen 1958 und 1961 schätzungsweise 17 Millionen Menschen verhungerten. Zählt man einen zusätzlichen Fehlbetrag durch weit unterdurchschnittliche Geburtenzahlen hinzu, dann haben die Bevölkerungsverluste mehr als 47 Millionen betragen. Die genauen Zahlen werden niemals ergründet werden können, verbergen sich doch in den offiziellen Bevölkerungsdaten aus dieser Zeit nach wie vor zahlreiche Inkonsistenzen, die auf unzureichende Statistiken hindeuten. Fest steht nur, daß China Anfang der sechziger Jahre weitgehend unbemerkt von der Weltöffentlichkeit eine der schwersten Hungerkatastrophen dieses Jahrhunderts erlebt hat.

Nach dem tiefen Einschnitt der frühen sechziger Jahre erholen sich die Zuwachsraten wieder, obwohl ihre Höhe in den Jahren 1962 und 1963 statistisch übertrieben sein kann. Ab 1964 fallen die Geburtenraten, unterbrochen nur von einem kurzfristigen Neuanstieg während der Kulturrevolution. In den siebziger Jahren nimmt der Rückgang der Geburtenraten dann dramatische Formen an. Erst seit 1980 ist dieser Trend wieder in Frage gestellt, ein Umstand, der auf die chinesischen Wirtschaftsreformen zurückzuführen und noch an anderer Stelle zu erörtern ist.

6. Zukünftige Entwicklung

Wie wird sich Chinas Bevölkerung bis Anfang des nächsten Jahrhunderts weiterentwickeln? Schaubild 4 versucht diese Frage anhand von zwei Projektionen zu beantworten:

Schaubild 4:
Projektionen 1980—2020



Quelle: World Bank (Ed.), China: Socialist Economic Development, Annex B, Washington 1981, S. 67.

Gehen die hier zugrunde gelegten Wünsche der chinesischen Regierung aus dem Jahr 1980 in Erfüllung, dann werden die Geburtenraten bis auf ein Niveau von 1,3 bis 1,4% im Jahre 1995 weiter sinken. Danach würden sie sogar auf 0,7 bis 0,8% fallen. Die Sterberate bliebe weiter niedrig und würde erst nach der Jahrhundertwende auf Grund einer dann veränderten Alterspyramide wieder steigen. Chinas Gesamtbevölkerungszahl würde auf diese Weise ein Maximum von rund 1,2 Milliarden Menschen im Jahre 2000 nicht oder nur unwesentlich überschreiten. Die Gesamtbevölkerungszahl würde sich etwa 15 Jahre auf diesem Plateau halten und dann langsam zurückgehen.

Sollte die Geburtenkontrolle nicht im gewünschten Umfang wirksam werden, würde hingegen ein hoher Preis zu entrichten sein. Aus der Fülle an verschiedenen Modellrechnungen sei hier die Projektion der Weltbank aus dem Jahre 1981 herausgegriffen, die wie die chinesische Projektion bei einem Bevölkerungsstand von rund 977 Millionen Menschen im Jahre 1980 beginnt¹³⁾. Die Weltbank hält es für schwierig, die Geburtenraten noch weiter unter ihr jetziges, ohnehin niedriges Niveau zu drücken. Sie veranschlagt daher einen wesentlich langsameren Rückgang der Raten auf ca. 1,8% im Jahre 1995 und 1,4 bis

1,7% in den folgenden drei Jahrzehnten. Da die Weltbank eine ungünstigere Altersstruktur der Bevölkerung voraussetzt, bleiben ihre projizierten Sterberaten unter den chinesischen Ansätzen.

Der Effekt dieser unterschiedlichen Annahmen wäre bis 1990 kaum meßbar. Im Jahre 2000 ergäbe sich jedoch bereits eine Differenz von etwa 37 Millionen Menschen. Nach diesem Zeitpunkt würden die Unterschiede der Geburten- und Sterberaten allerdings voll auf die Bevölkerungszahlen durchschlagen, denn zwanzig Jahre später wäre die Differenz auf 248 Millionen Menschen angewachsen!

III. Bevölkerungspolitik

Die negativen Auswirkungen eines ungebremsten Bevölkerungswachstums haben die chinesische Führung erst relativ spät zu einer aktiven Bevölkerungspolitik bewogen. Die ersten zaghaften Ansätze zu einer Geburtenkontrollpolitik lassen sich auf das Jahr 1953 datieren, als das Gesundheitsministerium seine Bestimmungen gegen Empfängnisverhütung und Schwangerschaftsabbruch zu überarbeiten begann. Die vereinzelt positiven Stellungnahmen zur Geburtenkontrolle wurden dabei unter dem ideologisch unverdächtigen Motto des „Wohls von Mutter und Kind“ abgegeben. 1956 unterstützte zuerst Zhou Enlai in der Öffentlichkeit eine behutsame Geburtenkontrolle; ein Jahr später schloß sich Mao Zedong den Stimmen an, die vor zunehmenden Problemen im Ernährungs-, Bildungs- und Beschäftigungssektor warnen¹⁴⁾.

Der Zeitpunkt dieser Äußerungen war alles andere als zufällig. Er fiel in eine Periode, in der wachsende Landflucht, städtische Versorgungsprobleme und die ersten Anzeichen einer neu ausbrechenden Arbeitslosigkeit, überfüllte Schulen, erschöpfte Bildungsetats und streikende Studenten Chinas Politiker aufhorchen ließen.

Große Erfolge waren der nur zögernd aufgenommenen Bevölkerungspolitik freilich nicht

¹³⁾ World Bank (Ed.), *Alternative Projections of the Chinese Population*, Washington 1981. Beide Projektionen müssen inzwischen korrigiert werden, da aus dem Zensus von 1982 eine Bevölkerung von bereits 987,05 Millionen im Jahre 1980 abgeleitet wurde.

¹⁴⁾ H. Yuan Tien, *China's Population Struggle. Demographic Decisions of the People's Republic, 1949—1969*, Columbus 1973, S. 175—231.

beschieden, denn sie mußte sich weiter mit dem Vorwurf des Malthusianertums auseinandersetzen. Ende 1958 fiel sie endgültig dem Großen Sprung zum Opfer. Leitmotiv dieser Kampagne war die Vorstellung, durch die Mobilisierung des revolutionären Willens und durch den Masseneinsatz billiger Arbeitskräfte die mangelnden finanziellen und technologischen Ressourcen beim Wirtschaftsaufbau ausgleichen zu können. China wollte binnen weniger Jahre England überholen, in einem einmaligen Kraftakt all seine Entwicklungsprobleme bewältigen. Und dafür brauchte es nach Auffassung der Ideologen vor allem eine große Bevölkerung. Der Mensch ist primär Produzent und erst sekundär Konsument — so lautet der Kernsatz einer berühmt gewordenen Polemik um Marxismus und Malthusianismus, als deren Konsequenz Ma Yinchu, Rektor der Beijing-Universität und profiliertester Fürsprecher einer ökonomisch motivierten Geburtenkontrolle, aus seinen Ämtern entfernt und mundtot gemacht wurde¹⁵⁾.

Erst unter dem Eindruck der schweren Wirtschaftskrise, die China als Folge des Großen Sprunges erlebte, wurde ab 1962 wieder an die Politik 1956/57 angeknüpft. Umsiedlungsprogramme, Propagierung der Späthe, Geburtenplanung und ein neues Interesse für den schon 1956/57 legalisierten Schwangerschaftsabbruch kennzeichneten die frühen sechziger Jahre.

In diesem Zusammenhang wirft der Bericht zweier langjähriger China-Freunde bezeich-

¹⁵⁾ L. A. Orleans, *Birth Control Reversal or Postponement?*, in: *China Quarterly*, 3 (1960), S. 59—73.

nende Schlaglichter auf das konfuzianisch geprägte und kommunistisch durchsetzte Milieu, in dem sich die erneute politische Schwenkung vollzog: Edgar Snow und Han Suyin, häufige Besucher der Volksrepublik, berichteten in den sechziger und siebziger Jahren, daß seit gewisser Zeit Frauen selbst über eine Abtreibung bestimmen können, ohne die vorherige Einwilligung von Ehemann, Großeltern, Arbeitgeber und zuständigem Parteifunktionär einholen zu müssen¹⁶⁾.

Auch der zweite Anlauf zu einer staatlichen Geburtenplanung verlief nach vier Jahren wieder im Sande: 1966 begann die Kulturrevolution. Zwar lehnte die linke Parteifraktion eine Geburtenkontrolle nicht mehr rundweg ab, doch bewirkte der Zusammenbruch der staatlichen Verwaltung und vieler Kontrollinstanzen, daß die Kampagne nicht mehr aktiv weiterverfolgt wurde. Niemand führte die Melderegister, niemand fertigte Statistiken an, niemand vergab Belohnungen oder Strafen. Viele junge Menschen nutzten die ungewohnte Freiheit der Rotgardistenbewegung, um vorher verpönte voreheliche Geschlechtsbeziehungen aufzunehmen. Auch hierdurch wurde in der Kulturrevolution die Geburtenrate kurzfristig wieder nach oben getrieben¹⁷⁾.

Eine größere Durchschlagskraft gewann die Geburtenkontrolle erst zu Beginn der siebziger Jahre, nach dem Ende der spontanen Phase der Kulturrevolution und nach der Wiedererrichtung des staatlichen Gewaltmonopols. 1971 trat der Staatsrat mit einer neuen Weisung zur Bevölkerungspolitik hervor, 1974 wurde die Existenz einer direkt der Regierung unterstellten Führungsgruppe für Geburtenplanung bekannt. Seit dieser Zeit erfaßten die Propagandakampagnen und verschiedenen Kontrollmaßnahmen auch zunehmend die ländliche Bevölkerung, die von den früheren Kampagnen zur Beschränkung der Geburtenzahl nur oberflächlich berührt worden war. Die Verkündung ehrgeiziger Planziffern zur Senkung der Geburtenrate im Jahre 1978, die im darauffolgenden Jahr beginnende Propagierung der Ein-Kind-Ehe und ihre Durchsetzung mittels finanzieller Sanktionen sowie die zunehmende Perfektionierung des statistischen Apparates stellten weitere Meilen-

steine auf dem Weg zur heute in China praktizierten Geburtenkontrolle dar¹⁸⁾.

Wie sieht nun die heutige Politik im einzelnen aus? Welche Ziele strebt sie an, welcher Mittel bedient sie sich?

Folgende Merkmale zeichnen das chinesische Konzept aus und verleihen ihm seinen auf der ganzen Welt einmaligen Charakter:

Bemerkenswert ist die außerordentlich klare Zieldefinition der heutigen chinesischen Bevölkerungspolitik. Die Probleme des Bevölkerungswachstums sind mit allen ihren ökonomischen und ökologischen Implikationen erkannt. Sie werden seit etwa sechs Jahren sowohl in den demographischen Fachzeitschriften als auch in der breiteren Öffentlichkeit ausführlich diskutiert. Dabei ist die Beschränkung der Geburtenzahlen nicht nur als legitimes Feld staatlicher Politik bestätigt, sondern inzwischen auch zum Verfassungsgebot erhoben worden — ein weltweit beispielloser Vorgang. Artikel 25 der vierten chinesischen Verfassung vom Dezember 1982 verpflichtet den Staat zur Geburtenplanung, „um die Bevölkerungszahlen mit den verschiedenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsplänen in Einklang zu bringen“; Artikel 49 führt die Geburtenplanung unter den grundlegenden Rechten und Pflichten der Bürger auf; Artikel 89 macht den Staatsrat für ihre administrative Umsetzung verantwortlich¹⁹⁾.

Schon 1978 verkündete der damalige Ministerpräsident Hua Guofeng das Ziel, die Geburtenrate bis 1980 auf ungefähr 1% zu senken²⁰⁾. Dies konnte indessen nicht eingehalten werden, so daß seither die Pläne modifiziert wurden: Noch 1979 wurden Zuwachsraten von lediglich 0,5% im Jahre 1985 und 0% im Jahre 2000 angestrebt, mittlerweile gehen die Zielprojektionen für die entsprechenden Jahre von 1,2% und 0,1% aus²¹⁾.

Um diese niedrigen Raten trotz einer stark wachsenden Zahl von Heiratskandidaten erreichen zu können, wurde der Empfehlungscharakter der Ein-Kind-Ehe binnen kurzer Zeit zu einer Vorschrift verschärft. Während die staatlichen Pläne Anfang 1979 nur ca. 20% der städtischen und 5% der ländlichen Paare

¹⁸⁾ J. Banister, Population Policy and Trends in China, 1978—83, in: China Quarterly, 100 (1984), S. 717—741.

¹⁹⁾ Renmin ribao vom 6. Dezember 1982.

²⁰⁾ Renmin ribao vom 7. März 1978.

²¹⁾ Renmin ribao vom 11. August 1979; vgl. auch Schaubild 4 und die zugehörigen Erläuterungen im vorliegenden Aufsatz.

¹⁶⁾ T. Spengler, Geplantes Bevölkerungswachstum im Entscheidungsprozeß der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Volksrepublik China, Hamburg 1975, S. 132.

¹⁷⁾ E. Snow, The Long Revolution, London 1972, S. 42—50.

für die Ein-Kind-Ehe mobilisieren wollten, wurden die Marken ein Jahr später auf 95% bzw. 90% heraufgesetzt²²⁾. Ziel aller Maßnahmen ist es, die Bevölkerung nicht über 1,2 Milliarden Menschen im Jahre 2000 anwachsen zu lassen. Dieses Ziel wurde in die perspektivische Wirtschaftsplanung aufgenommen, regionale Jahrespläne definieren die zu seiner Erreichung notwendigen Etappen²³⁾.

Administrativ unterscheidet sich die chinesische Geburtenplanung von der in den meisten anderen Ländern der Dritten Welt praktizierten Verwaltungsform durch einen wesentlich höheren Grad an vertikaler Organisation. Die Zersplitterung der Kompetenzen unter Gesundheitsministerium, Wirtschaftsministerium, Innenministerium, verschiedenen Kommissionen und Instituten konnte vermieden werden. Seit 1981 besitzt die frühere Führungsgruppe für Geburtenplanung den Rang einer ständigen Kommission des Staatsrates mit untergeordneten Dienststellen in allen Provinzen und Städten. Auf dem Lande reicht ihr Arm bis zur Gemeindeebene, in den Städten bis zur Ebene der Straßenkoitees, Großbetriebe oder größeren Institutionen. Die Kommission untersteht einem Minister, der seinerseits dem Ministerpräsidenten und dem Politbüro gegenüber verantwortlich ist. Somit kann die Planung und Umsetzung der Geburtenkontrolle in relativ hohem Maße zentral überwacht werden²⁴⁾.

Die in China angewandten Methoden der Empfängnisverhütung sind vielfältig. Rund 50% der Ehepaare, die kostenlos abgegebene Kontrazeptiva verwenden, benutzen Pessare, während der Gebrauch von Ovulationshemmern und Kondomen, die in den sechziger Jahren eine große Verbreitung besaßen, anscheinend rückläufig ist. Letztere wurden noch 1978 von jeweils 12% und 7% der Geburtenplanung praktizierenden Ehepaare angewandt, 1982 war ihr Anteil auf 8% bzw. 2% gefallen. Gestiegen ist dagegen der Anteil der Sterilisierungen, die überwiegend bei Frauen vorgenommen werden. Hier lauteten die Anteile für 1978 und 1982 etwa 30% bzw. 35%.

Daneben werden auch in größerem Maße kostenlose Schwangerschaftsunterbrechungen durchgeführt, wobei 1979 auf rund 17 Millionen Lebendgeburten rund 5 Millionen Abtrei-

bungen kamen. Die Zahl der Abtreibungen ist offensichtlich erst in den letzten Jahren stark gestiegen, galten sie doch bis Mitte der siebziger Jahre als ein gesundheitsgefährdendes und frauenfeindliches Mittel, das nur auf ausdrücklichen Wunsch der Betroffenen angewandt werden sollte. Seitdem hat der zunehmende Druck auf die Bevölkerung und auf die für die Geburtenkontrolle zuständigen Kader in dieser Frage zu einem Umdenken geführt. Auch mehr oder weniger zwangsweise durchgeführte Abtreibungen sind bekanntgeworden.

Mit rund 70% liegt der Anteil der verheirateten Frauen im gebärfähigen Alter, die die verschiedenen Methoden der Geburtenverhütung anwenden, in China merklich höher als in den anderen Entwicklungsländern. Teilweise übertrifft er sogar die entsprechenden Daten für Industriestaaten. Vergleichszahlen für Ende der siebziger Jahre lauten 23% (Indien), 46% (Kolumbien) und 68% (USA)²⁵⁾.

Vielleicht noch wichtiger als die erwähnten Mittel zur Geburtenverhütung ist ein späteres Heiratsalter. Ihm liegt die allgemeine Überlegung zugrunde, daß sich die potentielle Zahl an Kindern bei verzögertem Eheschluß verringert und der Zyklus des Generationenwechsels verlangsamt wird. Aus diesen Erwägungen heraus hat die Regierung seit den siebziger Jahren eine intensive Kampagne gegen die Frühehe geführt. Die bis 1980 gültigen Regeln standen der noch stärker traditionell geprägten Landbevölkerung ein niedrigeres Heiratsalter als in den Städten zu, wo die Ernährungs-, Beschäftigungs- und Wohnungsprobleme auch wesentlich akuter sind. Auf dem Land durften Frauen frühestens mit 23 Jahren, Männer frühestens mit 25 Jahren heiraten. In den Städten lagen die Limits bei 25 und 28 Jahren. Dadurch klappten Norm und Realität der familienrechtlichen Bestimmungen weit auseinander, wurden doch im Ehegesetz von 1950 ganz andere Grenzen gesetzt. Dort wurde von heiratswilligen Paaren ein Mindestalter von 18 Jahren für Frauen und von 20 Jahren für Männer verlangt. Formal galt das Ehegesetz bis 1980, es wurde jedoch zunehmend durch Parteidirektiven und durch Verwaltungsakte wie die Verweigerung von Ehezeugnissen ausgehöhlt.

Jahrelang ist die Spätehe als großer Erfolg der Geburtenplanung gefeiert worden. Mit

²²⁾ Renmin ribao vom 3. Februar 1980.

²³⁾ Zhonghua renmin gongheguo guomin jingji shehui fazhan dilu ge wunian jihua, 1981—85, Peking 1983, S. 141.

²⁴⁾ World Bank (Ed.), China: Socialist Economic Development, Annex B, Washington 1981, S. 50—51.

²⁵⁾ Ebd., S. 51—53, 78; J. Banister (Anm. 18), S. 727—728; T. Spengler (Anm. 16), S. 146—151; H. Yuan Tien (Anm. 14), S. 263—273.

dem größeren Maß an Freizügigkeit, das heute in China herrscht, ist es jedoch möglich geworden, auch die Schattenseiten dieser Maßnahme zu erörtern und dabei einige Tabus zu brechen. So setzte sich 1980 die Erkenntnis durch, daß Spätehen statistisch mit einem hohen Maß an Jugendkriminalität einhergehen. Sexualdelikte stehen an einer der ersten Stellen der Verbrechenliste und zeigen den Preis der offiziell dekretierten Enthaltensamkeit an. Außerordentlich offene Diskussionen im chinesischen Parlament haben auch die Tatsache zu Tage gefördert, daß mangelnde Freizeit- und Unterhaltungsangebote viele Jugendliche auf die Straße treiben, den Vandalismus und andere Jugendprobleme zusätzlich verschärfen. Schließlich stellte sich auch heraus, daß die Zahl der illegalen Frühehen in den späten siebziger Jahren immer mehr zugenommen hatte²⁶⁾.

Vor diesem Hintergrund verabschiedete der Nationale Volkskongreß 1980 ein neues Ehegesetz, in dem das minimale Heiratsalter auf 20 Jahre für Frauen und 22 Jahre für Männer festgesetzt wurde. Die chinesische Regierung signalisierte mit dieser Lockerung, daß sie jungen Menschen zumindest den Rückzug in ein befriedigendes Privatleben ermöglichen will, wenn ihnen das kommunistische Utopia oder auch eine materiell zufriedenstellende Gegenwart nicht geboten werden können. Leider hat der Ansturm auf die Heiratsämter, der nach Verkündung des neuen Ehegesetzes einsetzte, die eben beschlossene Liberalisierung wieder in Frage gestellt: In der ersten Hälfte des Jahres 1981 wurden 6,73 Millionen neue Eheschließungen registriert, in den Vergleichsmonaten des Jahres 1980 waren es nur 3,26 Millionen gewesen. Chinas Führung hat seitdem Angst vor der eigenen Courage bekommen; sie übt abermals Druck auf die Bevölkerung aus, um das Heiratsalter de facto wieder heraufzusetzen²⁷⁾.

Die Probleme der Spätehe demonstrieren, wie die Ebene formaler Rechtsakte durch eine zweite Ebene informeller Normen überlagert wird. In diesem Zusammenhang muß auch die systematische Erzeugung sozialer Drucks gesehen werden, der entscheidend zu den bisherigen Erfolgen der Geburtenkontrolle beige-

tragen hat. Es ist ein typisch chinesisches Mittel, das in dieser Intensität nur noch in anderen Ländern des konfuzianischen Kulturkreises anzutreffen ist. Sozialer Druck ist nicht nur die ständige Belehrung durch Propaganda und Parteifunktionäre — es sind der Klassenlehrer und der Elternvertreter in der Schule, das Arbeitskollektiv und der Genosse Fabrikdirektor, der Freund der Familie und die Nachbarin von nebenan, die sich aufopferungsvoll um die Geburtenplanung kümmern, mit Rat und Tat zur Seite stehen, rote Ehrennadeln verteilen, mahnende Worte fallen lassen, in den Kochtopf und auch in das Bett schauen. Der soziale Druck und die mit ihm verbundene Kontrolle ist besonders wirksam, weil die beengten Wohnverhältnisse kaum Raum für eine Privatsphäre lassen. Die Geburtenplanung ist damit in bemerkenswertem Umfang zur öffentlichen Angelegenheit gemacht und auch durchgesetzt worden.

Dennoch haben selbst diese Maßnahmen nicht ausgereicht, um die Probleme entsprechend dem erklärten Willen der chinesischen Regierung in den Griff zu bekommen. Deshalb wurden ab 1979 im Zuge der Wirtschaftsreform auch ökonomische Hebel zur Durchsetzung der Ein-Kind-Ehe eingeführt. Zu den regional unterschiedlich gehandhabten Anreizen gehören: Dienstbefreiungen bei Abtreibungen, Gehaltszulagen von ungefähr 8% bei Einhaltung der Ein-Kind-Grenze, Bildungs-, Beschäftigungs- und Wohnraumgarantien für das Einzelkind, erhöhte Reiserationen. Den Anreizen stehen empfindliche Sanktionen gegenüber: die Verpflichtung, alle bisherigen Zulagen nach der Geburt eines zweiten Kindes zurückzuzahlen, Gehaltsabzüge von 5 bis 10% bei der Geburt jedes weiteren Kindes, Ausschluß des dritten Kindes und aller weiteren Kinder aus der Krankenversicherung, der Wohnraumzuteilung, der Arbeitsplatzvermittlung und der Nahrungsmittelsubventionierung. Das sind drakonische, um nicht zu sagen brutale Maßnahmen, die zu großen Härten in der Gesellschaft geführt haben. Der Widerstand gegen sie ist immerhin so groß gewesen, daß Partei- und Staatsorgane 1982 Sondergenehmigungen für zweite Kinder in besonderen Ausnahmesituationen konzederen mußten²⁸⁾.

Eine Voraussetzung für den Einsatz der genannten ökonomischen Hebel ist die weitge-

²⁶⁾ Renmin ribao vom 8. September 1980; Guangming ribao vom 11. September 1980; H. Yuan Tien, Age at Marriage in the People's Republic of China, in: China Quarterly, 93 (1983), S. 90—107.

²⁷⁾ Zhonghua renmin gongheguo guowuyuan gongbao, 13 (1980), S. 385—393; Zhongguo qingnian, 6 (1982), S. 56.

²⁸⁾ World Bank (Ed.), China: Socialist Economic Development, Annex B, Washington 1981, S. 56—57, 83—89; Dagong bao vom 11. März 1982.

hende Verfügungsgewalt des Staates über die Menschen, nicht nur in einem politischen Sinne, sondern in einem ganz unmittelbaren Bezug zu Arbeitsleben, Wohnverhältnissen und Nahrungsmittelversorgung. An dieser Verfügungsgewalt ist in den letzten Jahren erheblich gerüttelt worden, richten sich doch zahlreiche Reformen gegen die absolute Dominanz von Partei und Staat auf wirtschaftlichem Gebiet.

So sind im Zuge der landwirtschaftlichen Reformen die bisherigen Produktionseinheiten und Kontrollinstanzen aufgelöst, die Nutzungsrechte am Boden und an den Betriebsmitteln den einzelnen bäuerlichen Haushalten zugewiesen worden. Da die Zahl der Arbeitskräfte einen entscheidenden Faktor für die Höhe des bäuerlichen Einkommens darstellt, hat diese Politik überall auf dem Land den unerwünschten Nebeneffekt erneut steigender Geburtenraten hervorgerufen. Außerdem hat die Wiederauferstehung des bäuerlichen Traditionalismus den Mord an weiblichen Säuglingen erneut zu einer ernststen Angelegenheit gemacht.

IV. Ausblick

Trotz der einschneidenden Maßnahmen, die die chinesische Regierung in den letzten Jahren ergriffen hat, sind die Bevölkerungsprobleme Chinas alles andere als gelöst. Für die Zukunft zeichnen sich fünf größere Problemfelder ab:

a) Demographische Strukturprobleme

Trotz aller Erfolge der Bevölkerungspolitik muß China weiterhin die Last früherer Fehlentwicklungen tragen. Die rigorose Geburtenkontrolle beginnt erst jetzt auf dem Bildungssektor Auswirkungen zu zeitigen. Die geburtenstarken Jahrgänge 1963 bis 1970 treten heute und in den kommenden Jahren auf den Arbeitsmarkt, schließen Ehen und zeugen Kinder. Diese Generation wird sich weiter mit schlechten Bildungschancen, beengten Wohnverhältnissen und unerfreulichen Berufsaussichten konfrontiert sehen. Die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter ist gegenwärtig doppelt so hoch wie in den fünfziger Jahren; sie wird erst langsam absinken. Somit besteht die Gefahr, daß die Geburtenzahlen trotz aller Einschränkungen wieder klettern. Vor allem das Beschäftigungsproblem wird

Deswegen wurden 1982 die ökonomischen Hebel verfeinert. Die Bauern sind seitdem nicht nur vertraglich verpflichtet, eine bestimmte Menge an Produkten abzuliefern, sondern müssen auch eine bindende Zusage zur Einhaltung maximaler Geburtenzahlen abgeben. Wird diese Zusage nicht eingehalten, dann werden die staatlichen Ankaufpreise für das Getreide gesenkt und die Zwangsabgabenquoten erhöht. Außerdem behält sich der Staat das Recht vor, seinen Vertrag mit dem betreffenden Bauern generell zu kündigen. Auch die für die Geburtenplanung zuständigen Kader sind vertraglich verpflichtet worden, auf die Durchsetzung der Späthehe und die Einschränkung der Kinderzahl zu achten. Gelingt es ihnen, den Jahr für Jahr zugeteilten Geburtenplan einzuhalten, dann empfangen sie eine Gehaltserhöhung; gelingt es ihnen nicht, dann drohen auch ihnen Gehaltseinbußen. Seit 1983 ist auf diese Weise der erneute Geburtenanstieg der Vorjahre gebrochen worden. Ob die Zahl der Säuglingsmorde ebenfalls abgenommen hat, ist unbekannt. Der jetzige Mechanismus könnte ihre Zahl allerdings eher hochtreiben²⁹⁾.

sich erst in längeren Zeiträumen lösen lassen, da die Zahl der Eintritte in das Berufsleben bis nach dem Jahr 2000 weiter zunehmen wird.

b) Akzeptanzschwierigkeiten

Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß das hohe Heiratsalter und die Verpflichtung zu einer niedrigen Kinderzahl in China äußerst unpopulär sind. Diese staatlichen Auflagen laufen traditionellen Wertvorstellungen massiv zuwider, sie greifen tief in die persönliche Freiheit der Menschen ein. Mit der politisch bedingten Vertrauenskrise und dem daraus resultierenden Konsensverlust nimmt auch die Bereitschaft zu nonkonformem Verhalten zu. Deswegen sieht sich die Regierung zunehmend gezwungen, ihre Ziele mit Zwangsmaßnahmen und ökonomischen Hebeln zu verfolgen. Das gesellschaftliche Umfeld der Geburtenplanung ist also labiler, die staatliche Überwachung stabiler geworden.

²⁹⁾ Su Xing, Zirenzhi yu nongcun jiti suoyouzhi jingji di fazhan, in: Jingji yanjiu, 11 (1982), S. 3—9; J. Banister (Anm. 18), S. 722—727.

c) Ordnungspolitische Zielkonflikte

Während einerseits im Sinne der Modernisierungspolitik mehr gesellschaftliche Freiräume geschaffen werden, setzt andererseits die Geburtenkontrolle alles andere als Freiheit voraus. Dieses Dilemma ist in den letzten Jahren offen zutage getreten und dauert trotz politischer Korrekturen an. Die ökonomischen Hebel werden mit der angestrebten Liberalisierung des Arbeitsmarktes, mit der größeren Mobilität der Arbeitskräfte, der teilweisen Reprivatisierung des Wohnraums und der beabsichtigten Aufhebung der Nahrungsmittelrationierung an Wirkung verlieren.

d) Sozialpolitische Implikationen

Viele junge Chinesen sorgen sich heute um ihre künftige Altersversorgung, ist doch eine staatliche Rentenversicherung nur in Ansätzen vorhanden. Bis heute ist für die große Mehrheit der Bevölkerung Altersversorgung weitgehend deckungsgleich mit Unterhalt durch die Familie. Ohne eine große Kinderzahl bricht dieses System zusammen. Zwar kann das im Zuge der Geburtenbeschränkung gesparte Geld nach Ansicht der Ökonomen in eine staatliche Altersversorgung umgelenkt werden. Doch sind solche Vorschläge schwer

zu verwirklichen, wenn in einem kapital-schwachen Entwicklungsland ständig neue Anforderungen an den Staatshaushalt gestellt werden. Das Problem, wie in relativ kurzer Zeit eine staatliche Altersversorgung auf Massenbasis geschaffen werden kann, bleibt also bestehen.

e) Kulturelle Auswirkungen

Die kulturellen Konsequenzen der heutigen Bevölkerungspolitik können nicht statistisch vorausgerechnet werden. Sie sind nur schwer zu umgrenzen, aber dennoch höchst real. Bis auf den heutigen Tag ist die chinesische Kultur eine Kultur der Gemeinschafts- und Gruppenideale, eine Kultur der Erziehung des Menschen durch Einordnung/Anpassung, Belobigung und Beschämung. Individualismus ist in dieser Gesellschaft nicht gefragt, er wird gewöhnlich als asozial bewertet. Die Ein-Kind-Ehe wird eine solche Kultur sehr stark verändern, weil sie ihr einen Teil ihrer Basis entzieht. Nicht nur Familienleben und Erziehungsstil werden sich wandeln, sondern letztlich auch die gesellschaftlichen Umgangsformen und die politische Kultur. China könnte freiere, aber auch rücksichtslosere Menschen bekommen.

Bildungspolitik in der Volksrepublik China

Von ‚rot‘ zu ‚fachkundig‘?

I. Ziele chinesischer Bildungspolitik

Nach dem Tode Mao Zedongs in der Nacht vom 8. zum 9. September 1976 und nach dem Sturz der ‚Viererbande‘ am 5. und 6. Oktober 1976 wurde mit dem XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas vom 12. bis 18. August 1977 eine politische Neuorientierung eingeleitet. Deren Ziel ist es, China bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu einem großen, starken sozialistischen Land zu machen „... mit moderner Landwirtschaft, moderner Industrie, moderner Wissenschaft und Technik ...“¹⁾. Für diese ‚Vier Modernisierungen‘ — so Deng Xiaoping in seiner Rede vom 18. März 1978 auf der ersten Nationalen Wissenschaftskonferenz — liegt der Schlüssel in der Modernisierung von Wissenschaft und Technik²⁾.

Zu jener Zeit war noch offen, wie die Vier Modernisierungen realisiert werden sollten. Eine Gruppe in der Partei- und Staatsführung vertrat den Kurs der *Massenbildung*, eine andere den der *Elitebildung*. Zur ersten Gruppe gehörte Hua Guofeng, der sich als Hüter des Erbes Mao Zedongs verstand. Er betrachtete die Massen des Volkes mit ihren hunderten von Millionen als die mächtigste und unerschöpfliche Quelle für die Modernisierung von Wissenschaft und Technik³⁾. In der Eröffnungsrede der Nationalen Konferenz über Erziehungsarbeit am 22. April 1978 griff Deng Xiaoping mit namentlicher Nennung Mao Zedongs und Hua Guofengs deren Vorstellungen über Erziehung und Bildung anfänglich auf. Im Verlauf seiner Rede jedoch trat immer deutlicher ein Konzept der Elitebildung hervor. Hinweise dafür sind Formulierungen wie

„Hauptaufgabe der Schüler und Studenten ist es zu studieren, sich Buchwissen anzueignen“, „wir müssen den Unterricht mit wissenschaftlichen Lehrstoff füllen“, „Prüfungen sind eine wichtige Methode zur Überprüfung der Lern- und Unterrichtsergebnisse“, „wir müssen die Unterschiede in der Begabung und in den Charaktereigenschaften anerkennen ... wir müssen ... die einzelnen Menschen demgemäß unterschiedlich behandeln“, „Erziehung muß den Anforderungen der Entwicklung der Volkswirtschaft entsprechen“, „die rasche Entwicklung der Wirtschaft und Technologie erfordert eine rasche Erhöhung der Erziehungsqualität und -effektivität“⁴⁾.

Nachdem Hua Guofeng 1980 als Premierminister zurückgetreten war und 1981 den Vorsitz der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) niedergelegt hatte, setzte sich auf dem XII. Parteitag der KPCh vom 1. bis 11. September 1982 Dengs Linie durch. Spätere Konferenzen wie die Erziehungswissenschaftliche Konferenz der Pädagogischen Gesellschaft Chinas vom 27. Juli bis 1. August 1984 machten sich dessen Vorstellungen von den „Drei Richtungen“ (sange mianxiang) zu eigen. Ihnen zufolge muß Erziehung erstens auf die Modernisierung, zweitens auf die Welt und drittens auf die Zukunft gerichtet sein⁵⁾. Auf der zweiten Nationalen Wissenschaftskonferenz vom 2. bis 7. März 1985 verwies Deng ausdrücklich auf zwei Kerngedanken seiner Rede auf der ersten Wissenschaftskonferenz vor sieben Jahren (1978): Wissenschaft und Technik sind Produktivkräfte und die Intellektuellen gehören zur Arbeiterklasse (im Gegensatz zu ihrer Beurteilung als ‚stinkende Neunte Kategorie‘ während der Kulturrevolution)⁶⁾.

Der neue Kurs wurde in der Verfassung von 1978 — vor allem aber in der Verfassung von

¹⁾ Hua Guofeng, Politischer Bericht auf dem XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, in: Der XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. Dokumente, Peking 1977, S. 129f.

²⁾ Deng Xiaoping, Rede auf der Eröffnungsveranstaltung der Nationalen Wissenschaftskonferenz, in: Beijing Rundschau, 15 (1978) 12, S. 10—20.

³⁾ S. Rosen, Recentralization, decentralization, and rationalization, in: Modern China, 11 (1985) 3, S. 301—346.

⁴⁾ Deng Xiaoping, Rede auf der Nationalen Konferenz über Erziehungsarbeit, in: Beijing Rundschau, 15 (1978) 18, S. 6—13.

⁵⁾ China aktuell, 1984, S. 434.

⁶⁾ China aktuell, 1985, S. 146.

Verfassung von 1978

„Artikel 12: Der Staat fördert nach Kräften Wissenschaft und Forschung, die technische Erneuerung und die technische Revolution, und er führt in den einzelnen Bereichen der Volkswirtschaft, wo immer möglich, moderne Techniken ein; in Wissenschaft und Technik wendet er die Prinzipien der Verbindung der Fachleute mit den breiten Volksmassen und der Verbindung des Lernens von anderen mit den eigenen schöpferischen Anstrengungen an.

Artikel 13: Der Staat entwickelt energisch das Bildungswesen, um das kulturelle und wissenschaftliche Niveau des ganzen Volkes zu erhöhen. Das Bildungswesen muß der proletarischen Politik dienen und ist mit der Produktionsarbeit zu verbinden; es muß jedem, der eine Ausbildung erhält, ermöglichen, sich moralisch, geistig und körperlich zu entwickeln und ein gebildeter Werkträger mit sozialistischem Bewußtsein zu werden.

Artikel 51: Die Bürger haben das Recht auf Bildung. Um ihnen dieses Recht zu sichern, erhöht der Staat schrittweise die Zahl der Lehranstalten verschiedener Art und der anderen Kultur- und Bildungseinrichtungen und sorgt für die allgemeine Verbreitung von Bildung...

Artikel 52: Die Bürger haben die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung, des literarischen und künstlerischen Schaffens, und anderer kultureller Betätigung. Der Staat fördert und unterstützt die schöpferische Tätigkeit der Bürger in Wissenschaft, Bildungswesen, Literatur, Kunst, Pressewesen, Verlagswesen, Gesundheitswesen, Sport und anderen Bereichen der Kultur.“⁷⁾

Verfassung von 1982

„Artikel 20: Der Staat fördert die Entwicklung der Naturwissenschaften und der Gesellschaftswissenschaften, verbreitet allgemein wissenschaftliches und technisches Wissen und zeichnet Errungenschaften der wissenschaftlichen Forschung und technischen Entdeckungen und Erfindungen aus und prämiert sie.

Artikel 23: Der Staat bildet Fachkräfte in verschiedenen Bereichen aus, die dem Sozialismus dienen, vergrößert die Zahl der Intellektuellen und schafft die Bedingungen, damit ihre Rolle bei der sozialistischen Modernisierung voll auf zur Geltung gebracht werden kann.

Artikel 24: Der Staat verstärkt den Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation durch die Verbreitung der Erziehung in erhabenen Idealen, moralischen Prinzipien, Kultur, Disziplin und Rechtssystem und durch die Förderung der Ausarbeitung und Durchführung von Verhaltensregeln und öffentlichen Vorschriften unter den verschiedenen Teilen der Bevölkerung in Stadt und Land. Der Staat fördert die gesellschaftlichen Tugenden der Liebe zum Vaterland, zum Volk, zur Arbeit, zur Wissenschaft und zum Sozialismus, führt im Volk eine Erziehung im Geist des Patriotismus, Kollektivismus, Internationalismus und Kommunismus und im Geist des dialektischen und des historischen Materialismus durch und bekämpft kapitalistisches, feudalistisches und anderes dekadentes Gedankengut.

Artikel 19: Der Staat entwickelt das sozialistische Bildungswesen und hebt das wissenschaftliche und kulturelle Niveau der ganzen Nation.

Der Staat richtet verschiedenartige Lehranstalten ein, verwirklicht die allgemeine Grundschulpflicht, entwickelt die Mittel-, die Berufs- und die Hochschulbildung und fördert die Vorschulbildung.

Der Staat entwickelt verschiedenartige Bildungseinrichtungen, um das Analphabetentum zu beseitigen, und läßt Arbeitern, Bauern, Staatsfunktionären und anderen Werkträgern eine politische, kulturelle, wissenschaftliche, technische und berufliche Erziehung zuteil werden. Er ermutigt die Weiterbildung durch Selbststudium.

Der Staat spornt die Organisationen der Kollektivwirtschaft, die staatlichen Betriebe und Institutionen und andere gesellschaftliche Kräfte an, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen verschiedenartige Bildungsstätten einzurichten...

Artikel 46: Die Bürger der Volksrepublik China haben das Recht und die Pflicht, eine Erziehung zu erhalten bzw. anzunehmen.

Der Staat sorgt für die allseitige Entwicklung — moralisch, intellektuell und körperlich — der Jugendlichen und Kinder.

Artikel 47: Die Bürger der Volksrepublik China haben die Freiheit zur wissenschaftlichen Forschung, zum literarischen und künstlerischen Schaffen und zu anderen kulturellen Betätigungen. Der Staat ermutigt und unterstützt für die Interessen des Volkes nützliche schöpferische Tätigkeiten der Bürger in Bildungswesen, Wissenschaft, Technik, Literatur, Kunst und anderen Bereichen der Kultur.“⁸⁾

1982 — festgeschrieben, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß trotz des dort festgelegten Stellenwerts von Erziehung und Wissenschaft auch in China Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit voneinander abweichen können. Allein schon vom Umfang her mißt die Verfassung von 1982 Bildung, Erziehung und Wissenschaft mehr Bedeutung bei als die Verfassung von 1978. Der Unterschied wird noch offensichtlicher, wenn die entsprechenden Passagen mit der Verfassung von 1975 — also zum Ausklang der Kulturrevolution — verglichen werden:

— „... Kultur und Bildungswesen, Literatur und Kunst, Körperkultur und Sport, Gesundheitswesen sowie wissenschaftliche Forschung müssen der proletarischen Politik dienen, müssen den Arbeitern, Bauern und Soldaten dienen und sind mit der produktiven Arbeit zu verbinden...“ (Artikel 12).

— „Die Bürger haben das Recht auf Arbeit und das Recht auf Bildung...“ (Artikel 27)⁷⁾.

1975 hatten das Bildungswesen und die Wissenschaft der ‚proletarischen Politik zu dienen‘, ein Gebot, das sich auch in Artikel 13 der Verfassung von 1978 wiederfindet. In der Verfassung von 1982 dagegen haben die ‚Fachkräfte dem Sozialismus zu dienen‘ (Artikel 23). Während mit der ‚Verbindung der Fachleute mit den breiten Volksmassen‘ (Artikel 12) 1978 noch die Massenlinie betont wird, kommt in Artikel 20 der Verfassung von 1982 eine stärkere Leistungsorientierung zum Ausdruck. Dort ist von ‚der Auszeichnung und Prämierung von Errungenschaften der wissenschaftlichen Forschung, technischen Entdeckungen und Erfindungen‘ die Rede.

Die zentrale Weisung Mao Zedongs von 1957 „Unser Erziehungskurs muß gewährleisten,

daß jeder, der eine Ausbildung erhält, sich moralisch, geistig und körperlich entwickelt und zu einem gebildeten Werktätigen mit sozialistischem Bewußtsein wird“¹⁰⁾ wurde 1978 (Artikel 13) weitgehend übernommen. Auch in der Verfassung von 1982 wird in Artikel 46 von der ‚allseitigen Entwicklung — moralisch, intellektuell und körperlich — der Jugendlichen und Kinder‘ gesprochen. Hervorzuheben ist, daß 1982 der ausdrückliche Verweis auf die ‚Verbindung des Bildungswesens mit der Produktionsarbeit‘ fehlt, ein Ziel, das pädagogische Theorie und Praxis während der Kulturrevolution kennzeichnete.

Auf das Recht *und* die *Pflicht*, eine Erziehung zu erhalten bzw. anzunehmen, weist Artikel 46 der Verfassung von 1982 hin. Damit wurde seit der Übernahme der Macht durch die Kommunistische Partei Chinas im Jahre 1949 erstmals die *Schulpflicht* in die Verfassung aufgenommen. Mit Artikel 19, demzufolge der Staat Lehranstalten einrichtet, um die allgemeine Grundschulpflicht zu verwirklichen, wird der Erfüllung dieses Verfassungsauftrags Nachdruck verliehen. Im Vergleich dazu war 1978 nur von der ‚schrittweisen Erhöhung der Zahl der Lehranstalten und der Sorge für die allgemeine Verbreitung von Bildung‘ (Artikel 51) die Rede.

Im Hinblick auf die Freiheit und Förderung der Wissenschaft zeigen sich zwischen beiden Verfassungen keine Unterschiede. Wird 1978 von der Förderung und Unterstützung schöpferischer Tätigkeiten gesprochen, so erfolgt 1982 eine Eingrenzung auf solche Tätigkeiten, die für die Interessen des Volkes nützlich sind. Bei der Aufzählung der zu fördernden Tätigkeitsbereiche wird 1982 die Technik aufgenommen, weggelassen werden Presse-, Verlags-, Gesundheitswesen und Sport.

II. Der Aufbau des chinesischen Erziehungswesens

Das Erziehungswesen der Volksrepublik China gliedert sich in Vorschule, Grundschule, Mittelschule und Hochschule. Die Vorschule nimmt Kinder vom dritten Lebensjahr an auf. Mit dem siebten Lebensjahr (teilweise auch früher) beginnt die fünfjährige Grundschule (eine Ausweitung auf sechs Jahre ist eingeleitet). Ihr schließt sich die fünfjährige

Mittelschule an, die sich aus einer dreijährigen unteren und einer überwiegend zweijährigen oberen Mittelschule zusammensetzt. Die Hochschulausbildung umfaßt zwei bis fünf Jahre. Ihr kann sich ein Magister- und darauf aufbauend ein Doktorandenstudium an einer begrenzten Zahl von Hochschulen anschließen¹¹⁾.

⁷⁾ Beijing Rundschau, 15 (1978) 11.

⁸⁾ Beijing Rundschau, 19 (1978) 52; China aktuell, 1982, S. 711 ff.

⁹⁾ China aktuell, 1975, S. 37 ff.

¹⁰⁾ H. Martin (Hrsg.), Mao Zedong Texte, Bd. 2., München 1979, S. 418.

¹¹⁾ Um ein vertiefendes Nachlesen zu erleichtern, wird nach Möglichkeit auf deutsche und englisch-

Um sich ein Bild darüber machen zu können, welche Schüler- und Studentenmassen das Bildungswesen der Volksrepublik China zu bewältigen hat, werden nachfolgend die Bildungsstatistiken für 1982 wiedergegeben. Grundsätzlich ist dabei allerdings zu berücksichtigen, daß es bei diesen und den noch folgenden Statistiken weniger auf die exakten und absoluten Werte ankommt, denn hinter diesen verbergen sich, wie noch zu zeigen sein wird, nicht selten qualitative Unterschiede. Aufschlußreich ist vielmehr, wenn die Entwicklung der Statistiken dargestellt und mit bildungspolitischen Entscheidungen in Beziehung gesetzt wird; denn hier zeichnen sich Entwicklungen oft markanter ab als aus offiziellen Beschlüssen und Verlautbarungen zu entnehmen ist.

Tabelle 1:
Schülerstatistik 1982

	<i>Millionen</i>
Vorschule (Kindergarten)	11,131
Behindertenschulwesen	0,034
Primarstufe (Grundschule)	139,720
Sekundarstufe (Mittelschule)	47,028
Hochschule	1,154
	199,067

Quelle: Beijing-Rundschau, 20 (1983) 40, S. 27, und Education in China (Anm. 13).

Im Erziehungswesen der Volksrepublik China befanden sich der Statistik zufolge 1982 knapp 200 Millionen Schüler. Damit besaß China 1982 dreimal so viele Schüler wie die Bundesrepublik Deutschland Einwohner (61 Millionen) hat. Allein die genannte Zahl von 11,1 Millionen Kindern in der Vorschule, die von Kindern im dritten bis sechsten Lebensjahr besucht werden kann, offenbart indessen

bei genauer Betrachtung, daß damit nur 15% dieser Altersstufe einen Platz in dieser Bildungseinrichtung erhalten¹²⁾. Denn trotz des inzwischen eingetretenen Geburtenrückgangs leben in China etwa 80 Millionen Kinder dieser Altersstufe. Zwischen den bildungspolitischen Verlautbarungen, wonach der vorschulischen Erziehung größere Bedeutung beigemessen werden soll, und deren tatsächlicher Realisierung wird damit eine große Abweichung offenbar. Diese wird noch deutlicher, wenn man die Kinderzahlen der Vorschule im Zeitablauf verfolgt: Sie nahmen seit 1980 sogar geringfügig ab (1980: 11,5 Millionen, 1981: 10,5 Millionen).

Auch bei den Schülerzahlen der Grundschulen werden Abweichungen ersichtlich. Bei fünf Jahren Grundschule, Jahrgangsstärken von 20 bis 25 Millionen und der Einschulung von 93% der Kinder im Grundschulalter¹³⁾ sollte die Zahl der Grundschüler etwa 100 bis 125 Millionen betragen und damit eigentlich kleiner ausfallen als in der aufgeführten Statistik. Die Abweichung hat indessen folgende Gründe:

- das noch im Aufbau befindliche flächendeckende Schulwesen (bis 1990 soll das Recht auf eine Grundschulbildung eingelöst sein¹⁴⁾);
- die Fortsetzung der Alphabetisierung der gesamten Bevölkerung;
- die Nichtversetzung von Schülern, die damit länger im System verweilen¹⁵⁾.

Diese Faktoren tragen dazu bei, daß auch Personen erstmalig (primär) eine Primar- bzw. Grundschulbildung erhalten, die dem normalen Grundschulalter schon entwachsen sind. Daraus erklärt sich die weitaus höhere Zahl an Grundschulern als dies die Jahrgangsstärken vermuten lassen.

III. Schwerpunkte der Bildungsreform

1. Grundschulbildung für alle

Neben dem beschleunigten Ausbau des Hochschulwesens sowie der Reform der Sekundarschule gehört die landesweite Einlösung des Rechts auf Grundschulbildung zu

sprachige Zusammenfassungen verwiesen. In ihnen können die oft sehr umfangreichen Quellenverweise gefunden werden. Siehe diesbezüglich vor allem: Gerald A. Straka, Schule und Hochschule in der Volksrepublik China, Bremen 1983; J. Henze, Bildung und Wissenschaft in der Volksrepublik China zu Beginn der achtziger Jahre, Hamburg 1983.

den drei Prioritäten chinesischer Bildungspolitik¹⁶⁾. Wie bereits dargelegt, bilden aus chinesischer Sicht Wissenschaft und Technik den Schlüssel für die Vier Modernisierungen.

¹²⁾ Beijing Rundschau, 20 (1983) 4, S. 23—31.

¹³⁾ Education in China: the past five years. Background materials prepared by the information and document unit of Ministry of Education, Peoples Republic of China for the Regional Office for Education in Asia and the Pacific of UNESCO, August 31, 1983 (updated).

¹⁴⁾ China aktuell, 1984, S. 313, und 1985, S. 103.

¹⁵⁾ Education in China (Anm. 13).

¹⁶⁾ Ebd.

Bildung ist dabei die Grundlage und die Grundschulbildung die Grundlage der Grundlage¹⁷⁾.

Welche enormen Aufgaben bei der Realisierung der Grundschulbildung bisher bewältigt wurden, kann folgenden Zahlen entnommen werden: Seit 1952 hat sich die Zahl der Kinder im Grundschulalter fast *verdoppelt*, die der eingeschulten Kinder gut *verdreifacht*. Die Einschulungsquote stieg von 49,2% im Jahr 1954 auf 94% im Jahr 1978. Im darauf folgenden Jahr fiel sie zwar geringfügig auf 93% ab, blieb aber in den sich anschließenden drei Jahren auf dieser Höhe¹⁸⁾ (auf mögliche Ursachen wird noch eingegangen). Die chinesische Bildungspolitik erzielte hier einen Doppelerfolg. Denn es gelang ihr nicht nur die Einschulungsquote wesentlich zu erhöhen, sondern auch den Zuwachs der Jahrgangsstärken im Grundschulalter zu bewältigen.

Die chinesische Primar- und Sekundarstufe hat zwei bildungspolitische Zielvorgaben zu erfüllen: die sich jeweils anschließenden Bildungseinrichtungen mit qualifizierten Schülern bzw. Studenten zu versorgen und qualifizierte, d. h. des Lesens und Schreibens kundige Arbeitskräfte heranzubilden¹⁹⁾.

Obwohl diese Ziele für alle chinesischen Schulen gelten, erfolgt in China faktisch eine Zweiteilung der Schulen in jene, die von der Ausstattung, den finanziellen und personellen Ressourcen her in der Lage sind, ihre Schüler für die anschließenden Bildungseinrichtungen zu qualifizieren, und in jene, die 'lediglich' qualifizierte Arbeitskräfte heranbilden. Diese 'Arbeitsteilung' wird dadurch unterstützt, daß die allgemeinbildenden Standards der ländlichen und städtischen Schulen erheblich voneinander abweichen können, finanziell und personell gut ausgestattete Schulen begabte Kinder anderer Bezirke im allgemeinen nicht aufnehmen, da sie für einen Bezirk errichtet und von ihm auch finanziert werden und Eltern nicht ohne weiteres in einen anderen Schulbezirk umziehen können, um ihr Kind auf eine 'bessere' Grundschule zu schicken²⁰⁾.

Wirtschaftliche und geographische Unterschiede im Flächenstaat China (Industrialisie-

rungsgrad, Art der landwirtschaftlichen Produktion, Besiedelungsdichte etc.), das Prinzip, wonach die Grundschulen vom Volk getragen und vom Staat unterstützt werden sowie die Empfehlung, die Schulausbildung auf die örtlichen Bedingungen und Erfordernisse abzustimmen, können dazu führen, daß sich die Schulen erheblich unterscheiden. Entsprechend gibt es Ganztagschulen, Halbtagschulen, 'Halb-Studium-Halb-Arbeit-Schulen', Freizeitschulen, Schulen mit Zwei-Schicht-Betrieb, Grundschulen mit weniger als fünf Jahrgangsstufen, mobile Schulen, Winterschulen, Schulen mit einem Lehrer für mehrere Jahrgangsstufen (Zwergschulen) usw. Die Schulgebäude können sehr einfach, die Ausstattung bisweilen so bescheiden sein, daß nicht einmal für alle Schüler Bänke und Tische vorhanden sind. Überwiegend herrscht ein Mangel an qualifizierten Lehrern, denn der Beruf des Lehrers und besonders der des Lehrers auf dem Land besitzt in China keine hohe Wertschätzung²¹⁾.

In letzter Zeit ist beim Grundschulbesuch eine Entwicklung festzustellen, welche die Realisierung des Zieles der Grundschulbildung für alle bis 1990 fraglich werden läßt. Vor allem auf dem Lande hat chinesischen Quellen zufolge der Schulbesuch abgenommen und der vorzeitige Schulabgang zugenommen²²⁾. Für diese Entwicklung werden als Hauptgründe genannt:

1. Die Bauern können oder wollen das Schulgeld nicht bezahlen. Schulgeld mußte schon immer bezahlt werden, woran auch die Machtübernahme durch die KPCh nichts geändert hat. Auch Schulbücher, Lernmittel und in der Schule eingenommene Mahlzeiten (soweit nicht von den 'Arbeitseinheiten' übernommen oder bezuschußt) sind von den Eltern zu tragen. Die mit dem Schulbesuch verbundenen Kosten (bis zu 20% eines Facharbeiterlohnes) können damit das Familienbudget nicht unerheblich belasten.

2. Bauern nehmen ihre Kinder oft schon nach drei Jahren aus der Schule, weil ihrer Ansicht nach die Vermittlung von landwirtschaftlichem und technischem Wissen mangelhaft ist.

3. Aufgrund des neu eingeführten 'Verantwortlichkeitssystems' in der Landwirtschaft ist es für Bauern sehr verlockend, ihre Kinder auf den privat bewirtschafteten Feldern einzusetzen, statt sie zur Schule zu schicken.

²¹⁾ G. A. Straka (Anm. 11), J. Henze (Anm. 11).

²²⁾ Lo (Anm. 17), S. 59f.; China aktuell (1982), S. 631; Beijing Rundschau, 19 (1982) 26, S. 6.

¹⁷⁾ B. L. C. Lo, Primary education in China: a two-track system for dual tasks, in: R. Hayhoe (Ed.), Contemporary Chinese education, London-Sydney 1984, S. 47—64 und S. 234—237.

¹⁸⁾ Education in China (Anm. 13).

¹⁹⁾ Lo (Anm. 17), S. 50, und J. Henze (Anm. 11), S. 33.

²⁰⁾ Lo (Anm. 17), S. 51.

4. Die Meinung, Mädchen benötigten keine Schulbildung, ist auf dem Land nicht ungewöhnlich. Diese gehen daher häufiger von der Schule ab als Jungen.

5. Die Bauern sind oft unsicher, ob die Schulbildung ein Mittel für den sozialen Aufstieg ihrer Kinder darstellt²³⁾.

2. Das Verhältnis von allgemeiner und beruflicher Bildung

In seiner programmatischen Rede auf der Nationalen Konferenz für Erziehungsarbeit (1978) hatte Deng eine „ausgewogene Entwicklung der verschiedenen Schultypen aller Ebenen und insbesondere den Zuwachs an landwirtschaftlichen Mittelschulen, verschiedenen Fachschulen und technischen Schulen²⁴⁾“ gefordert.

Diese Forderung ist im Zusammenhang mit der Sekundarschulpolitik vor und während der Kulturrevolution zu sehen. Vor der Kulturrevolution (1966) verfügte China über ein differenziertes Sekundarschulwesen. Die untere Mittelschule war allgemeinbildend, danach hatten die Schüler mehrere Wahlmöglichkeiten:

— die *allgemeinbildende Mittelschule*, die für den Hochschuleingang vorbereitete;

— *Fachmittelschulen*, die Techniker, Buchhalter, Verwalter, Krankenschwestern, Hebammen (= Technische Mittelschulen), Erzieherinnen, Grundschullehrer und teilweise auch Lehrer für die untere Mittelschule (= Pädagogische Mittelschule) ausbildeten;

— *Technische Facharbeiterschulen* für gewerblich-industrielle und handwerkliche Berufe;

— *Berufliche (Mittel)-Schulen* für begrenzte Qualifikationen im Dienstleistungsbereich, Textil- und Kunsthandwerk usw.;

— *Landwirtschaftliche Mittelschulen* für technisch-administrative Tätigkeiten in der landwirtschaftlichen Produktion²⁵⁾.

Diese verschiedenen berufsbildenden Schulen konnten Vollzeit-Schulen aber auch ‚Halb-Studium-Halb-Arbeit-Schulen‘ sein. Aufnahmekriterien waren damals Schulleistung, Klassenherkunft und politische Überzeugung.

²³⁾ Ebd.

²⁴⁾ Deng Xiaoping (Anm. 4), S. 11.

²⁵⁾ S. Rosen, New directions in secondary education, in: R. Hayhoe (Anm. 17), S. 65–92 und 237–241.

Ein Jahr vor dem Ausbruch der Kulturrevolution besuchten 9,1 % der Sekundarschüler die allgemeinbildende obere Mittelschule, 3,8 % eine Fachmittelschule und 31 % eine berufliche oder landwirtschaftliche Mittelschule. In der Geschichte der Volksrepublik China war damit der kleinste Schüleranteil in der allgemeinbildenden oberen Mittelschule und der höchste in beruflichen Schulen erreicht.

Mit dem Ausbruch der Kulturrevolution schlossen die meisten Schulen, als die Schüler sich widersprechenden (antagonistischen) Fraktionen der Roten Garden anschlossen. Nach der Wiedereröffnung der Schulen im Jahre 1968 wurden die Aufnahmeprüfungen für die Mittelschule und ihre Zweige sowie die Hochschule abgeschafft. Die Sekundar- bzw. Mittelschulausbildung wurde auf vier Jahre verkürzt. Im Anschluß daran schloß sich eine mindestens zweijährige praktische Tätigkeit in Landwirtschaft oder Industrie an (Hinunter in die Dörfer, hinauf auf die Berge-Kampagne, Landverschickung von Mittelschulabsolventen aus städtischen Siedlungsgebieten). Das bis dahin differenzierte Sekundarschulwesen wurde in ein ‚allgemeinbildendes‘ umgewandelt, um somit die Gleichheit in der Schulausbildung zu gewährleisten. Eine Folge dieser Maßnahmen war, daß die Zahl der Sekundarschüler von 14,3 Millionen (1965) auf 68,4 Millionen (1977) answoll. Von ihnen besuchten 99% den allgemeinbildenden Zweig (Tabelle 2). Die Erhöhung des Drucks auf das Hochschulwesen war die Folge. Andererseits fehlten Arbeitskräfte mit mittleren technisch-administrativen Qualifikationen.

Diese Faktoren dürften zum Kurswechsel in der Sekundarschulpolitik nach 1976 beigetragen haben, der durch die Verringerung der Schülerzahlen auf dieser Schulstufe und den schrittweisen Ausbau der berufsbildenden Zweige gekennzeichnet ist. Er kommt in den Bildungsstatistiken deutlich zum Ausdruck.

Wie Tabelle 2 zeigt, verringerte sich die Zahl der Sekundarschüler von 68 Millionen (1977) auf 46 Millionen (1983), also um 22 Millionen, obwohl sich hier der Geburtenrückgang noch nicht auswirken konnte. Noch einschneidender war der Abbau der Schülerzahlen in der allgemeinbildenden oberen Mittelschule um etwa 12 Millionen (d. h. von 18 auf 6,28 Millionen!) in sechs Jahren. Die Zahl der Schüler an Fachmittelschulen und anderen beruflichen Schulen erhöhte sich in dieser Zeit von 689 000 auf 2 368 Millionen. Das entsprach 1983 5,1 % der Schüler auf der Sekundarstufe. Einer weiterhin rasch zunehmenden Zahl die-

Tabelle 2:
Schüler der unterschiedlichen Arten der Sekundarstufe

Jahr	Untere Mittelschule %	Obere Mittelschule allgemein- bildende %	Fach- mittelschule %	Berufliche und landwirt- schaftliche Mittelschule %	Schülerzahl in Mio.
1965	56,1	9,1	3,8	31,0	14,317
1976	73,7	25,1	1,1	—	59,055
1977	72,7	26,3	1,0	—	68,488
1979	76,3	21,3	1,9	0,4	60,484
1980	79,9	17,1	2,2	0,8	56,778
1981	82,6	14,2	2,1	1,0	50,146
1982	82,7	13,6	2,2	1,5	47,027
1983	81,1	13,5	2,5	2,6	46,345

Quelle: S. Rosen (Anm. 3), S. 320.

ser Schüler dürften jedoch Grenzen gesetzt sein. Zum einen sind die Ressourcen begrenzt, auch fehlen qualifizierte Lehrer. Zum anderen wird die berufliche Bildung von der Bevölkerung nicht allzu hoch eingeschätzt, da sie den Besuch der Hochschule faktisch ausschließt²⁶⁾.

3. Die Einführung von Prüfungen

Die Wiedereinführung von Aufnahmeprüfungen für die Sekundarstufe und ihre Zweige sowie die Hochschulen ist ein weiteres Kennzeichen des neuen bildungspolitischen Kurses. Auf diese Weise verloren die während der Kulturrevolution bedeutsamen Kriterien wie Klassenherkunft („Arbeiter — Bauern — Soldaten — Studenten“), politisches Bewußtsein, Produktionsarbeit an Bedeutung. Besondere öffentliche Aufmerksamkeit erfuhren dabei die ab 1977 wieder eingeführten nationalen Hochschulaufnahmeprüfungen, auf die Deng Xiaoping auf der ersten Nationalen Wissenschaftskonferenz (1978) wie folgt verwies: „Vor kurzem haben wir dank der Reform der Hochschulaufnahmeprüfung viele fleißige und begabte Jugendliche entdeckt. Ihre ausgezeichneten Leistungen machen uns wirklich Freude.“²⁷⁾

Zu diesen landeseinheitlichen Aufnahmeprüfungen konnten sich 1977 „alle jungen Arbeiter, Bauern (einschließlich Jugendlicher mit Mittelschulbildung, die sich auf dem Land niedergelassen haben), demobilisierte Soldaten, Partei- und Regierungskader und die

diesjährigen Absolventen der oberen Mittelschule“²⁸⁾ melden. Sie mußten ein „relativ hohes politisches Bewußtsein haben“, „bereit sein, für die Revolution zu studieren“, „körperlich gesund“, nicht älter als 25 Jahre (Sprachstudenten 23 Jahre) sein und „ein Bildungsniveau der oberen Mittelschule besitzen“²⁹⁾.

Tabelle 3:
Nationale Hochschulaufnahmeprüfungen

Jahr	Bewerber (in Mio.)	Zum Studium zugelassen absolut	Erfolgs- quote %
1977	5,700	278 000	4,87
1978	6,000	402 000	6,70
1979	4,684	275 000	5,87
1980	3,320	282 130	8,50
1981	2,589	278 777	10,76
1982	1,860	315 000	16,93
1983	1,670	360 000	20,16
1984	1,643	384 000	23,37

Quelle: S. Rosen (Anm. 3), S. 312.

Im ersten Jahr bewarben sich 5,7 Millionen Kandidaten um einen Studienplatz, von denen 278 000 oder knapp 5% einen solchen erhalten konnten. 1978 stieg die Zahl der Bewerber gar auf 6 Millionen. In den darauf folgenden Jahren nahm die Zahl der Bewerber hingegen kontinuierlich ab. Dies läßt zum einen auf die Befriedigung eines gewissen

²⁶⁾ S. Rosen (Anm. 3 und Anm. 25).

²⁷⁾ Deng Xiaoping (Anm. 4), S. 16.

²⁸⁾ Beijing Rundschau, 14 (1977) 46, S. 11f.

²⁹⁾ Ebd., S. 12.

Nachholbedarfs schließen. Der starke Rückgang ist zum anderen jedoch auch auf erneute Änderungen im Zulassungsverfahren zurückzuführen. So werden seit 1980 auf Provinzebene Vorauswahlen durchgeführt. Auf diese Weise wurden 1980 etwa 1,2 Millionen und 1981 etwa 2,35 Millionen Bewerber im Voraus abgewiesen. Rechnet man diese zu der Zahl der Bewerber in Tabelle 3 hinzu, so beträgt die Erfolgsquote etwa 6%. In den letzten Jahren dürfte das Ansteigen der Erfolgsquote ferner auf den erwähnten drastischen Abbau der Schüler auf der oberen Mittelstufe zurückzuführen sein.

Bei den landeseinheitlichen Hochschulnahmeprüfungen wird nach Natur- und Geisteswissenschaften unterschieden. Beiden Prüfungsarten gemeinsam ist je eine Klausur in Politik, in chinesischer Sprache, in Mathematik und einer Fremdsprache abzulegen. In den Gesellschaftswissenschaften wird zusätzlich je eine Klausur in Geschichte und Geographie verlangt, in den Naturwissenschaften je eine Klausur in Physik, Chemie und Biologie. 1982 verteilten sich die zugelassenen Studenten zu 70% auf Natur- und zu 30% auf Gesellschaftswissenschaften.

Die Modalitäten der Aufnahmeprüfung wurden wiederholt geändert. War ursprünglich eine nur mündliche³⁰⁾ Fremdsprachenprüfung allein für Sprachstudenten notwendig, so mußten später alle eine schriftliche Fremdsprachenprüfung ablegen. Deren Ergebnis wurde bis 1980 mit 50%, von da an erstmals voll berücksichtigt. Seit dem Studienjahr 1983/84 kann auch die Beurteilung der Mittelschule bei der Zulassungsentscheidung einbezogen werden. Lehrer dieser Schulen wurden daher aufgefordert, eine umfassende Beurteilung der Bewerber, die auch über die politisch-moralische Haltung Aufschluß gibt³¹⁾, zu erstellen.

4. Einrichtung von Schwerpunktschulen

Schwerpunktschulen und -hochschulen haben in China eine Tradition, die bis in die Zeit vor der Kulturrevolution reicht. Diese Bildungseinrichtungen erhielten überdurchschnittliche finanzielle, personelle und räumliche Zuweisungen. Auch nahmen sie nur die qualifiziertesten Schüler auf. Folglich hatten die Grund-, Mittel- und Hochschulen des Schwerpunktsystems das höchste Ansehen. Kinder von Intellektuellen und Kadern waren auf ih-

nen überrepräsentiert und die renommiertesten Hochschulen nahmen überwiegend Absolventen dieser Schulen auf.

Im Zuge der Egalisierungspolitik während der Kulturrevolution wurde das Schwerpunktsystem 1966 abgeschafft. Mit dem auf die Kulturrevolution folgenden Kurswechsel wurde es jedoch ab 1978 wieder eingeführt. Zu jener Zeit waren der Ruf der Schule, ihre Einrichtung und Raumausstattung sowie die Qualität der Lehrer die Kriterien, nach denen 'normale' Bildungseinrichtungen zu Schwerpunktschulen wurden. Es überrascht nicht, daß die ersten 20 dem Erziehungsministerium direkt unterstehenden Schwerpunktschulen auch schon vor 1966 Schwerpunktschulen waren.

Mit ihrer Wiedereinführung brach zwischen den Schulen ein heftiger Wettbewerb aus, denn nur 'erfolgreiche' Schulen konnten den Status einer Schwerpunktschule erhalten, 'nicht erfolgreichen' konnte er aberkannt werden. Erfolgskriterium war dabei das Abschneiden der Absolventen bei den Aufnahmeprüfungen. Zugleich bewirkte dieses Kriterium, daß innerhalb der Schulen Leistungskurse eingerichtet wurden, in denen die für 'begabt' gehaltenen Schüler zusätzlich gefördert wurden. Ende 1979 gab es 5 200 Schwerpunktmittelschulen mit 5,2 Millionen Schülern sowie 96 Schwerpunkthochschulen von insgesamt 675 Hochschulen³²⁾.

Neuerdings wird innerhalb des Schwerpunktsystems eine weitere Differenzierung vorgenommen. So wurden mit dem Hinweis, die knappen finanziellen Mittel ließen keine gleichmäßige Förderung aller Schwerpunkthochschulen zu, zehn Hochschulen ausgewählt. Ihnen wurden insgesamt 100 Millionen Yuan an zusätzlichen Mitteln bereitgestellt, um Forschung und Ausbildung zu verbessern³³⁾.

Nach der Bekanntgabe dieser zehn Hochschulen kam es nach Informationen der Hongkonger Zeitung Ende Mai 1984 an der renommierten Nanjing Schwerpunkturniversität zu Studentenunruhen, da diese nicht zum Kreis der zehn ausgewählten Schwerpunkthochschulen gehörte. Die Unruhen dauerten drei Tage. Wandzeitungen — obwohl inzwischen verboten — wurden auf dem Universitätsgelände angebracht. Etwa 1 500 Studenten beteiligten sich an einem Protestmarsch zum Sitz der Provinzregierung. In China wurde darüber offiziell nichts verlautbart, vermut-

³⁰⁾ J. Henze (Anm. 11), S. 55.

³¹⁾ China aktuell, 1983, S. 100.

³²⁾ S. Rosen (Anm. 3).

³³⁾ Ebd., S. 316.

lich um ein Übergreifen auf andere Hochschulen zu vermeiden; doch konnte einer Pressemitteilung, daß im September ein neuer Universitätspräsident ernannt worden sei, ein indirekter Hinweis auf die Unruhen entnommen werden. Der Protest soll von Studenten im höheren Semester ausgegangen sein, die durch diese Entscheidung negative Auswirkungen für ihre weitere berufliche Zukunft befürchteten³⁴⁾.

In jüngster Zeit hat sich der Leistungswettbewerb auch innerhalb der Schwerpunkthochschulen ausgeweitet. So sollen nach einem Erlaß des Erziehungsministeriums für Studenten, die ab 1982 das Studium aufnehmen, während der Winter- und Sommerferien keine Stipendien mehr gezahlt werden. Die Lehreruniversität Beijing, eine der beiden Schwerpunkuniversitäten in der Lehrerbildung, verwandte die so eingesparten Mittel für die Auszeichnung der besten Studenten — Proteste mit Wandzeitungen waren die Folge. An der Quinghua-Universität kann jede Fakultät 50 herausragende Studenten auswählen. Diese erhalten längere Ausleihfristen für Bücher und jährlich 30 Yuan Büchergeld.

Weitere Hinweise für den Wettbewerb zwischen den Schwerpunkthochschulen sind jüngst berichtete Versuche, sich — teilweise unter Umgehung von Zulassungsbestimmungen — die qualifiziertesten Mittelschulabsolventen abzuwerben. So hat die renommierte Fudan-Universität in Shanghai mit Schwerpunktmittelschulen dieser Stadt direkt Verbindung aufgenommen und auf diese Weise 200 von 216 ausgezeichneten Mittelschulabgängern für sich gewinnen können. Als Zulassungskriterium diente dabei eine Kombination aus dem Ergebnis bei der landeseinheitlichen Hochschulaufnahmeprüfung und der Schulempfehlung. Eine Schwerpunkuniversität

in Ostchina lud aus mehreren Provinzen 100 Mittelschulabsolventen, die Schulempfehlungen für Elitehochschulen wie die Quinghua-, die Fudan- oder die Beijing-Universität hatten, vor den landeseinheitlichen Aufnahmeprüfungen ein und ließ etwa 30 Studenten ohne Aufnahmeprüfung zum Studium zu³⁵⁾.

In der Bevölkerung ist das Schwerpunktsystem nach wie vor höchst umstritten. Als Beispiel hierfür sowie zur Darstellung der einzelnen Kritikpunkte seien die kritischen Anmerkungen in der Guangming-Zeitung vom 6. September 1984 wiedergegeben, die berichtet, daß:

— gute Lehrer an die Schwerpunktschulen versetzt werden, was zu Lehrermangel an den ‚normalen‘ Schulen führt;

— der Graben zwischen Schwerpunktschulen und ‚normalen‘ Schulen sich vertiefe; die einseitige Ausrichtung auf die Hochschulaufnahmeprüfungen gehe zu Lasten der Schüler auf der Unterstufe der Schwerpunktmittelschulen;

— die moralische und körperliche Seite der Bildung zugunsten der Wissensvermittlung vernachlässigt werde;

— der Abzug der besten Schüler von den ‚normalen‘ Schulen sich negativ auf die Einsatzbereitschaft der Lehrer an diesen Schulen auswirke;

— die Lernbereitschaft der ‚Normalschüler‘ nicht gefördert werde, da sie hinsichtlich ihres beruflichen Fortkommens keine großen Hoffnungen mehr hätten;

— Spätentwicklern auf Schwerpunktschulen keine Chance eingeräumt werde;

— in Schwerpunktschulen Drill herrsche. Die Förderung der Problemlösungsfähigkeit dadurch zu kurz komme³⁶⁾.

IV. Zum Verhältnis von Erziehungswesen und Gesellschaft

1. Die Beziehung des Erziehungswesens zum Produktions- und Beschäftigungssystem

Aus seiner Beziehung zum Produktions- und Beschäftigungssystem ergibt sich für das Erziehungswesen die Aufgabe der Qualifizierung. Da von den ökonomischen Indikatoren her gesehen, so z. B. dem Pro-Kopf-Einkom-

men, China noch immer ein Entwicklungsland ist, bildet auch hier die Alphabetisierung der gesamten Bevölkerung eine zentrale Dimension der Qualifikationsfunktion. In dieser Hinsicht kann China durchaus Erfolge vorweisen. So sank auf dem Land die Analphabetenquote von 80% (1949) auf 30% (1979). Nach den Ergebnissen der neuesten Volkszählung — Stichtag 1. September 1982 — betrug die

³⁴⁾ China aktuell, 1984, S. 490f.

³⁵⁾ S. Rosen (Anm. 3), S. 314.

Rate der Analphabeten und Halbalphabeten (Menschen im Alter von zwölf Jahren und darüber, die nur wenig oder gar nicht lesen und schreiben können) „lediglich“ noch 23,5% (= 235,5 Millionen)³⁷⁾.

Ein Problem stellen die Beschäftigten dar, die während der Zeit der Kulturrevolution die Schule durchlaufen haben. Sie machen etwa 50% der zur Zeit Beschäftigten aus. So sind beispielsweise zwei Millionen der vier Millionen Arbeiter Shanghais während der Kulturrevolution in das Berufsleben eingetreten. 10% davon sind Analphabeten, 50% besuchen die Grundschule, 40% die untere Mittelschule und 10% die obere Mittelschule. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Bildungsstand der während der Kulturrevolution Ausgebildeten niedriger ist, als vom Schulabschluß her zu erwarten steht⁴¹⁾. Nach anderen Quellen setzt sich der Bildungsstand der über 90 Millionen während der Kulturrevolution ausgebildeten Arbeiter und Angestellten wie folgt zusammen: bei 70 bis 80% entspricht das Bildungsniveau nicht dem Niveau der unteren Mittelschule; von den 30 Millionen Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben 20 Millionen das Niveau eines Grundschulabschlusses; die große Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten hat keine berufliche Ausbildung durchlaufen³⁸⁾.

Um diese Qualifikationsdefizite nachträglich abzubauen und in Zukunft nicht wieder eintreten zu lassen, wurden Maßnahmen eingeleitet wie Schließungen ungenügend ausgestatteter Schulen und die Entlassung nicht ausreichend qualifizierter Lehrer (in der Provinz Hebei sollen 50 000 Lehrer davon betroffen sein); die Einführung neuer nationaler Schulbücher für die Grund- und Mittelschule ab 1978; die Fort- und Weiterbildung von Lehrern; der Ausbau der Erwachsenenbildung (1983: 17,88 Millionen Teilnehmer) mit Abend- und Fernschulen, Fernhochschulen und Fernuniversitäten, Korrespondenzstudium usw.³⁹⁾.

Bei der qualitativen und quantitativen Abstimmung des Erziehungswesens mit dem Beschäftigungssystem treten Schwierigkeiten auf. Aufgrund der noch agrarisch ausgerichte-

ten Struktur Chinas wird der größte Teil der Heranwachsenden von der Landwirtschaft absorbiert. Offen bleibt, ob damit Arbeitslosigkeit nur versteckt wird.

Von Arbeitslosigkeit stark betroffen sind vor allem die Schulabgänger in den Städten. Zum einen ist der Ersatzbedarf für die aus dem Erwerbsleben Ausscheidenden geringer als die Zahl der Schulabgänger. Zum anderen reicht die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze nicht aus. Experten schätzen für 1979 etwa 20 Millionen arbeitslose Jugendliche bzw. nach chinesischer Lesart ‚auf Beschäftigung Wartende‘ (daiye qingnian)⁴⁰⁾. So sollen in Shanghai — einem industriellen Zentrum Chinas — 85% der Sekundarschulabgänger des Jahres 1977 ‚auf Beschäftigung gewartet‘ haben, 1978 seien es 72%, 1979 immerhin noch 61% gewesen. Die Wartezeit habe etwa zwei Jahre betragen⁴¹⁾. Einer neueren chinesischen Meldung zufolge warteten Ende 1982 in China 3,02 Millionen Menschen auf Arbeit⁴²⁾.

Erfolgte bislang die Arbeitsplatzzuteilung zentral von staatlicher Seite, so wird davon in den letzten Jahren mehr und mehr abgerückt. Betriebe bzw. ‚Arbeitseinheiten‘ können sich direkt an Schulen und Hochschulen wenden und ihnen als geeignet erscheinende Absolventen einstellen. Ebenso können sich Schüler bei den ‚Arbeitseinheiten‘ bewerben. Auf diese Weise sollen die in der Vergangenheit aufgetretenen Fehlbesetzungen verringert werden. Ein weiterer Grund für diese Regelung dürfte darin zu sehen sein, daß der Staat schrittweise von der bisherigen Arbeitsplatzgarantie (‚Eiserne Reisschüssel‘) für Hochschulabsolventen abrücken will⁴³⁾.

Ein weiteres Problem besteht in dem Mißverhältnis zwischen Hochschul- und Fachmittelschulabsolventen. Von 1949 bis 1984 hat China 4,11 Millionen Hochschulabsolventen und 7,22 Millionen Fachmittelschulabsolventen ausgebildet, was einem Verhältnis 1 : 1,76 entspricht. Einem Bericht zufolge kommt in manchen industriellen Betrieben ein Techniker auf sieben bis neun Diplomingenieure. Teure und hochqualifizierte Kräfte verrichten damit Arbeiten, für die sie überqualifiziert sind⁴⁴⁾.

³⁶⁾ China Aktuell, 1984, S. 493.

³⁷⁾ China Aktuell, 1981, S. 785.

³⁸⁾ M. Risler, Berufsbildung, Jugendarbeitslosigkeit und technische Modernisierung in der Volksrepublik China, in: Neue Sammlung, 24 (1984), S. 166—176, ferner: J. Münch/M. Risler, Stand und Entwicklungsperspektiven des beruflichen Bildungswesens in der Volksrepublik China, Berlin 1984.

³⁹⁾ China aktuell, 1982, S. 68 und (Anm. 13).

⁴⁰⁾ So M. Risler (Anm. 38), S. 172.

⁴¹⁾ S. Rosen (Anm. 25), S. 72.

⁴²⁾ Beijing Rundschau, 20 (1983) 23, S. 7.

⁴³⁾ China aktuell, 1985, S. 219.

⁴⁴⁾ B. Staiger, Schwächen der beruflichen Bildung in China, in: China aktuell, 1984, S. 679—681.

Insofern ist die zuvor beschriebene Änderung der Sekundarschulpolitik (Verstärkung der beruflichen Bildung zu Lasten der allgemeinen) nur konsequent. Allerdings dürfte sich das Mißverhältnis auf mittlere Frist kaum zugunsten der Fachmittelschüler ändern, da sich im Zuge des forcierten Ausbaus des Hochschulwesens, der zu Lasten der anderen Schulstufen ging, das Verhältnis der Zulassungen zu Hochschulen bzw. Fachmittelschulen seit 1980 kontinuierlich verschlechtert hat.

Um das Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt abzubauen, scheut sich die Führung neuerdings auch nicht, systemfremde Wege einzuschlagen. So werden seit 1979 Schulabsolventen ermuntert, in Städten kleine, eigene Unternehmungen zu gründen. Waren 1978 in städtischen Gebieten 150 000 Personen in Einzelbetrieben tätig, so erhöhte sich diese Zahl 1982 auf 1,47 Millionen Personen. Von ihnen waren 90% im Dienstleistungssektor (Kleinhandel, Garküchen, Kleider- und Schuhreparatur) tätig, 10% gingen einer industriellen Tätigkeit⁴⁵⁾ nach. In dieselbe Richtung verweist die Meldung über die Gründung kollektiver Unternehmungen mit eigenen Ersparnissen, deren Anteilseigner damit unabhängig und für Gewinn und Verlust verantwortlich sind⁴⁶⁾.

2. Die Beziehung des Erziehungswesens zur Sozialstruktur

Offizielle Statistiken zu dem bildungspolitisch brisanten Problem, ob und in welchem Ausmaß die Schüler beim Durchlaufen des Erziehungswesens ausgelesen und ob dabei bestimmte Bevölkerungsgruppen benachteiligt werden, sind leider nicht zugänglich. Allerdings erlaubt das vorliegende Zahlenmaterial gewisse Rückschlüsse auf den Grad der Auslese im chinesischen Erziehungswesen.

1983 waren 135,78 Millionen Schüler in der Grundschule⁴⁷⁾, 37,68 Millionen auf der unteren und 8,65 Millionen auf der oberen Mittelschule. Werden für die Grundschule fünf Jahre angesetzt, für die untere Mittelschule drei, die obere Mittelschule zwei und wird eine — in der Wirklichkeit sicher nicht gegebene — gleichmäßige Verteilung der Schüler auf die Jahrgangsstufen angenommen, so ergeben sich folgende Jahrgangsstärken: Grundschule 27 Millionen, untere Mittel-

schule 12,5 Millionen, obere Mittelschule 4,3 Millionen. Ferner erhalten jährlich etwa 350 000 Jugendliche einen Studienplatz.

Daraus folgt, daß mehr als 50% der Absolventen der Grundschule keinen Platz in der unteren Mittelstufe erhalten und damit allenfalls fünf Jahre Grundschulausbildung erfahren. Etwa ein Drittel kann von der unteren in die obere Mittelschule übertreten. Etwa 9% der Absolventen der oberen Mittelschule (frühere Absolventen nicht mitgerechnet und ohne Differenzierung nach allgemein- und berufsbildendem Zweig) haben eine Chance zu studieren. Bezogen auf die Jahrgangsstärke von etwa 20 Millionen verringert sich diese Quote jedoch auf etwa 2%.

Diese Schätzungen, die auf eine starke Auslese im chinesischen Erziehungswesen hinweisen, werden durch chinesische Meldungen bestätigt und teilweise übertroffen. Ihnen zufolge soll die Auslese schon auf der Primarstufe einsetzen. So besagt eine neuere Mitteilung (21. Oktober 1983), daß etwa 90% der Kinder im grundschulpflichtigen Alter die Grundschule besuchen. Jedoch bleiben nur 60% von ihnen mehrere Jahre auf der Grundschule und nur 30% schließen sie auch ab⁴⁸⁾.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die recht unterschiedliche Ausstattung der einzelnen Schulstufen mit finanziellen Mitteln. Eine Analyse der Weltbank kommt auf der Grundlage des Zahlenmaterials von 1979 zu dem Ergebnis, daß China im Vergleich zu den am wenigstens entwickelten Ländern dem Grundschulwesen weit unter dem Durchschnitt Mittel zukommen ließ, beim Hochschulwesen dagegen weit über dem Durchschnitt lag⁴⁹⁾. Eigene Analysen zeigen, daß sich das Zahlenverhältnis Lehrer : Schüler mit höherer Schulstufe verbessert. So kamen 1980 in der Primarstufe 27 Schüler auf einen Lehrer, auf der Hochschule acht Studenten auf einen Hochschullehrer⁵⁰⁾.

Zu dieser durch die Verteilung finanzieller Mittel bedingten Ungleichheit treten andere Ungleichheiten, die mit dem Schwerpunktsystem zusammenhängen, das mit der Vorschule beginnt. Bei gleicher Prüfungshürde ist die Chance, sie erfolgreich zu meistern, für einen Schüler des Schwerpunktsystems in der

⁴⁸⁾ China aktuell, 1983, S. 593, und G. A. Straka (Anm. 11).

⁴⁹⁾ The World Bank (Ed.), China, socialist economic development, Vol. III, Washington 1983, S. 183f.

⁵⁰⁾ G. A. Straka (Anm. 11), S. 36. Die Stundendepute der chinesische Grundschullehrer sind niedriger als die der deutschen.

⁴⁵⁾ Statistical Yearbook of China, 1983, S. 120f.

⁴⁶⁾ Beijing Rundschau, 20 (1983) 23, S. 7.

⁴⁷⁾ Education in China (Anm. 13).

Regel höher als für einen aus dem ‚normalen‘ Schulwesen. Auf diese Weise werden ungleiche Chancen für den schulischen und den späteren beruflichen Werdegang eines Heranwachsenden systembedingt erzeugt. Eine weitere Quelle von Ungleichheit ergibt sich durch das Stadt-Land-Gefälle. Dies wird von chinesischer Seite auch nicht bestritten, unklar ist hingegen, welches Ausmaß dieses Gefälle in quantitativer und qualitativer Hinsicht erreicht. Ebenfalls beim Hochschulzugang benachteiligt sind die nationalen Minderheiten (z. B. Mongolen, Uiguren, Tibeter), die einen Anteil von 6,7% an der Gesamtbevölkerung haben. Obwohl Bewerber aus diesem Bevölkerungsteil weniger Prüfungspunkte benötigen als die übrigen Chinesen (Han-Bewerber), ging ihr Anteil an den Studienplätzen von 1977 bis 1979 von 5,1% auf 4,2% zurück. Erst als 1980 die erforderliche Punktzahl erneut gesenkt wurde, erhöhte sich ihre Erfolgsquote bei den Hochschulaufnahmeprüfungen auf 5,2% (1980) bzw. 5,4% (1981)⁵¹).

Gemäß den Verfassungen von 1978 (Artikel 53) und 1982 (Artikel 48) sind Mann und Frau gleichgestellt. Nach chinesischen Statistiken betrug 1980 der Anteil der Mädchen in den Grundschulen 44,6%, an den technischen Mittelschulen 35%, den pädagogischen Mittelschulen 26%, den allgemeinbildenden Mittelschulen fast 40% und auf den Hochschulen 23,5%. Ähnliche Tendenzen sind bei den Lehrern für die verschiedenen Schulstufen festzustellen⁵²). Wie in vielen anderen Ländern klaffen in dieser Beziehung auch in China Verfassungsauftrag und Verfassungswirklichkeit auseinander.

Am schwierigsten läßt sich die Frage nach einer schichtspezifischen Benachteiligung beantworten, da offizielle Daten hierzu nicht zugänglich sind. Ausgehend von einer Datenbasis, der Angaben des Büros für Hochschulbildung in Guangzhou und der pädagogischen Universität Shaanxi zugrunde liegen, spricht Julia Kwong 1983 von einer nicht proportionalen Zahl von Studenten aus Intellektuellen- und Kaderfamilien. Das dabei verwendete Schichtungsmodell ist jedoch unscharf, und die Daten sind nicht repräsentativ⁵³). Ohne

Angabe von Quellen berichtet der in Peking niedergelassene Korrespondent der Süddeutschen Zeitung in einem neueren Beitrag, daß etwa zwei Drittel der Kinder an Schwerpunktschulen von Funktionären, Beamten, Kleinunternehmern und früheren Repräsentanten des Bürgertums stammen, hingegen nur ein Drittel aus Arbeiterfamilien⁵⁴).

3. Die Beziehung des Erziehungswesens zum politischen System

Die Beziehung des Erziehungswesens zum politischen System ist wegen ihrer Vielschichtigkeit sowie einer noch wenig entwickelten empirischen Sozialforschung schwer zu beschreiben. Diese Beziehung wurde bis heute vor allem unter den Begriffen ‚rot‘ und ‚fachkundig‘ diskutiert.

Nach offiziellen Bekundungen wird am obersten Erziehungsziel, dem ‚gebildeten Werktätigen mit sozialistischem Bewußtsein‘, dem ‚moralisch, intellektuell und physisch allseitig Entwickelten‘ oder am ‚Wissenschaftler und Techniker, der politisch rot und fachkundig ist‘, nach wie vor festgehalten. Andererseits wird Deng auch der Ausspruch „Ganz egal, ob die Katze schwarz oder weiß ist, wenn sie Mäuse fängt, ist sie eine gute Katze“ zugeschrieben. In dieselbe Richtung weisen auch die folgenden Passagen seiner Rede auf der ersten Nationalen Wissenschaftskonferenz 1978: „Vorausgesetzt, daß (die Wissenschaftler) nicht gegen Partei und Sozialismus auftreten, müssen wir... ihre Arbeit respektieren, uns um ihr Fortkommen kümmern und ihnen warmherzig helfen.“ Wissenschaftler und Techniker sollen „mindestens fünf Sechstel ihrer Zeit auf fachliche Arbeit verwenden“⁵⁵). Derartige Aussagen auf höchster Ebene lassen vermuten, daß ‚rot‘ und ‚fachkundig‘ im Vergleich zur Kulturrevolution heute zumindest eine andere Gewichtung erfahren. Nähere Aufschlüsse hierüber kann eine derzeit in Arbeit befindliche Inhaltsanalyse der neuen nationalen Schulbücher für chinesische Sprache der Grund- und Mittelschule geben, deren vorläufiges Zwischenergebnis nachfolgend wiedergegeben werden soll⁵⁶).

⁵¹) T. Heberer, Aspekte im Bildungswesen der nationalen Minderheiten, in: Das neue China, 10 (1983), S. 12—13.

⁵²) G. A. Straka (Anm. 11), S. 159.

⁵³) J. Kwong, Is everyone equal before the system of grades: social background and opportunities in China, in: The British Journal of Sociology, 34 (1983), S. 93—108.

⁵⁴) K. Kränzle, In der Bildung ein Sprung nach vorne, in: Süddeutsche Zeitung vom 31. Mai 1985, S. 4.

⁵⁵) Deng Xiaoping (Anm. 2).

⁵⁶) G. A. Straka/W. Bos, Das Verhältnis von Erziehungswesen und Gesellschaft in der Volksrepublik China im Spiegel der neuen nationalen Sprachbücher, in: Pädagogik und Schule in Ost und West, erscheint demnächst.

Die detaillierten Analyseergebnisse der Studie werden zu drei Kategorien zusammengefaßt: in Lesetexte oder Übungsteile, die vorrangig Informationen, politische Einstellungen und allgemeine Verhaltensnormen ansprechen.

Da eine Analyse für die Bücher vor der Kulturrevolution schon vorliegt, welche dieselben Kategorien verwendete, sind vorläufige Tendenzaussagen möglich. Für die Grundschulbücher des Faches Chinesisch, das mit knapp 40% der wöchentlichen Unterrichtszeit die Grundschule prägt, ergab sich, bezogen auf das erste Schuljahr, folgendes Bild:

Tabelle 4:
Inhalte Grundschule, 1. Schuljahr

	vor 1966		ab 1976	
	nur Lehr- texte %	nur Lehr- texte %	nur Lehr- texte %	nur Übungs- teile %
„Informative Inhalte“	14	22	28	
„Politische Inhalte“	31	21	27	
„Verhaltensinhalte“	55	57	46	
	100	100	100	
Basis	442	178	183	

Für die Lesetexte zeigt sich eine deutliche (signifikante) Verschiebung zur informativen Dimension, die ausschließlich auf Kosten der politischen erfolgte. Für die Übungsteile der Ausgaben ab 1976 (für die Bücher vor 1966 wurden die Übungsteile nicht analysiert) tritt die informative Dimension mit einem Anteil von 28% noch stärker hervor, dicht gefolgt von der politischen Dimension mit 27%, die in den Lehrtexten mit 21% einen kleineren Anteil hatte. Verlierer sind die Verhaltensinhalte mit 46%.

Wird berücksichtigt, daß aus lehrtheoretischer Sicht in den Übungen deutlich gemacht wird, was eigentlich gelernt werden soll, scheint die Vermittlung politischer Werte über die Aufgaben heute gezielter angegangen zu werden. So wird beispielsweise in einer Lektion das Fest einer nationalen Minderheit beschrieben. Der Text besteht aus fünf Abschnitten mit insgesamt 16 Zeilen. Alle Abschnitte liefern Informationen über Eigenheiten der Minorität. Ein Abschnitt, der größte mit sechs Zeilen, liefert zusätzlich die politische Information, daß die Regierung,

vertreten durch Regierungschef Zhou, und diese Minderheit sich einander respektieren. Nur diesen Abschnitt auswendig zu lernen, wird mit einer Übungsaufgabe gefordert.

Auf eine nicht ganz problemlose Beziehung des Erziehungswesens zum politischen System deuten andere Quellen und Analysen hin⁵⁷). Ihnen zufolge wird von einer Orientierungslosigkeit der chinesischen Jugend gesprochen, von einer Vertrauenskrise unter den Jugendlichen, der geringen Bereitschaft, sich im kommunistischen Jugendverband zu engagieren, vom Zweifel der Jugendlichen am Erfolg der Vier Modernisierungen. Folgt man diesen Analysen, so erhalten die Forderungen nach Verstärkung der ideologischen Erziehung, wie sie auf der Konferenz über ideologische Erziehung 1981 erhoben wurden, so z. B. die Einführung bzw. Erhöhung des Stundenanteils des Faches Moralunterricht an allen Grundschulen, einen völlig anderen Stellenwert.

In eine ähnliche Richtung dürften wohl die 1979 erlassenen vorläufigen Gebote für die Grundschule weisen, denen 1982 die für die Hoch- und Berufsschüler folgten (siehe Seite 44). Mit ihnen wird wieder auf Normen, die vor der Kulturrevolution Gültigkeit hatten, zurückgegriffen. Grundlage dieser ‚Gebote‘ bilden die ‚Fünf Lieben‘ (Vaterland, Volk, körperliche Arbeit, Wissenschaft, öffentliches Eigentum) und die ‚Drei Gut‘ (Gute Gesundheit, gutes Lernen, gutes Arbeiten). Im Gebot, ‚den Zuweisungen von Stellen Folge zu leisten‘, dürften sich die gegenwärtigen Probleme beim Übergang von der Schule ins Beschäftigungssystem niedergeschlagen haben.

Auf die Frage, ob die chinesische Bildungspolitik nun ‚rot‘ oder ‚fachkundig‘ orientiert ist, muß differenzierter geantwortet werden. Für die überwiegende Zahl der Schüler außerhalb des Schwerpunktsystems — also für die Massenbildung — dürfte die Komponente ‚rot‘ nach wie vor Gewicht haben und an Bedeutung gewinnen. Für die erfolgreiche und hauchdünne Minderheit des Schwerpunktsystems — die Elitebildung — wird auch künftig das ‚Fachliche‘ vorherrschen. Denn von diesen Jugendlichen scheint für das politische System weniger Gefahr auszugehen. So ergab eine Untersuchung in zehn Provinzen, daß Schüler von Schwerpunktschulen moti-

⁵⁷) S. Rosen, Education and the political socialization of Chinese youths, in: J. N. Hawkins (Ed.), Education and social change in the People's Republic of China, New York 1983, S.97—133; J. Henze (Anm. 11).

Gebote für Grundschüler (1979)

- „1. Das Vaterland lieben, das Volk lieben. Gut lernen, täglich Fortschritte machen.
2. Pünktlich zur Schule gehen, nicht beliebig den Unterricht schwänzen.
3. Mit ganzer Aufmerksamkeit dem Unterricht folgen, gewissenhaft die Aufgaben erledigen.
4. Regelmäßig den Körper trainieren, aktiv am kulturellen Leben teilnehmen.
5. An die Gesundheit denken, die Kleidung sauberhalten, nicht überall hinspucken.
6. (Körperliche) Arbeit lieben, Dinge, die man selbst tun kann, selbst machen.
7. Die Schuldisziplin befolgen, die öffentliche Ordnung befolgen.
8. Lehrer und Eltern achten, mit den Schulkameraden solidarisch sein, höflich gegenüber anderen sein, niemanden beschimpfen, niemanden schlagen.
9. Sich um das Kollektiv kümmern, Staatseigentum schützen, Fundsachen abgeben.
10. Nicht die Unwahrheit sagen, Fehler korrigieren.“

Quelle: China aktuell, 1979, S. 969.

Regeln für Berufsschüler der Sekundarschulebene (1982)

- „1. Das Vaterland lieben, die Führungsrolle der KPCh bewahren, entschlossen der Sache des Sozialismus und dem Volk dienen.
2. Den Marxismus-Leninismus und das Mao-Zedong-Denken studieren. Schritt für Schritt den Standpunkt der proletarischen Klasse, der Werktätigen, der Massen und des dialektischen Materialismus entwickeln.
3. Seinen Beruf lieben, theoretische Kenntnisse und technische Fähigkeiten gut lernen.
4. An sportlichem Training festhalten, auf Hygiene achten und aktiv an körperlicher Arbeit teilnehmen.
5. Sich um das Kollektiv kümmern, das öffentliche Eigentum schützen, hart arbeiten, sparsam sein und die sozialistische Moral beachten.
6. Ehrlich und bescheiden sein, Lehrer respektieren, Arbeiter schätzen, Kritik und Selbstkritik entfalten:
7. Die Schulregeln und die staatlichen Gesetze einhalten, Staatsgeheimnisse bewahren.
8. Dem Ruf des Vaterlandes folgen und den Zuweisungen (von Stellen) durch die Organisationen Folge zu leisten.“

China aktuell, 1982, S. 117.

vierter sind, dem Staat zu dienen, eher bereit sind, für die Vier Modernisierungen zu arbeiten und deutlich weniger ‚unklare Motivationen‘ haben als die Schüler des ‚normalen‘ Erziehungswesens⁵⁸⁾.

Offen bleibt jedoch, ob bei der starken Auslese im chinesischen Erziehungswesen, der damit verbundenen Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen sowie der qualitativen und quantitativen Abstimmungsprobleme zwischen Erziehungs- und Beschäf-

tigungssystem, allein bildungspolitische Maßnahmen ausreichen, um die Doppelstrategie ‚fachkundige‘ Elitebildung — verbunden mit einem außerordentlich starken Wettbewerb, der bis in das Schwerpunktsystem hineingetragen wird (siehe Nanjing) — und ‚rote‘ Massenbildung auf Dauer durchzuhalten. Denn: Einiges spricht für die These, daß die Kulturrevolution gerade von den Schülern und Studenten getragen und vorangetrieben wurde, die sich beim damaligen Ausleseprozeß keine allzu großen Hoffnungen auf ihre weitere schulische und berufliche Zukunft machen konnten.

⁵⁸⁾ S. Rosen (Anm. 55), S. 113.

Willy Kraus: Wirtschaftsreformen in der Volksrepublik China

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/85, S. 3—16

Auf dem 3. Plenum des XII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas wurde am 20. Oktober 1984 einstimmig der Beschluß über die „Reform des Wirtschaftssystems“ gefaßt. Er bezieht sich hauptsächlich auf die globalen Aspekte der Wirtschaftspolitik sowie auf die Industriewirtschaft. Für diese Bereiche sind damit nach einer Phase vielgestaltigen Experimentierens die ordnungspolitischen Weichen für die weitere, absehbare Wirtschafts- und Sozialentwicklung gestellt worden. In der Landwirtschaft wurden bereits ab Dezember 1978 im Anschluß an das 3. Plenum des XI. Zentralkomitees tiefgreifende Reformen eingeleitet und in den nachfolgenden Jahren auch in weitem Umfang verwirklicht.

Versucht man, das umfangreiche Dokument vom 20. Oktober 1984 auf einen kurzen Nenner zu bringen, so sind wohl folgende Sachverhalte beachtenswert:

1. Es wird prinzipiell eine Funktionstrennung zwischen staatlicher Verwaltung und betrieblicher Leitung angestrebt.
2. Dem Betriebsleiter wird eine starke Stellung eingeräumt. Betriebe sollen nicht mehr wie Marionetten an den Steuerungsfäden der zentralen Planung hängen.
3. Im chinesischen Planungssystem nimmt neben der Befehlsplanung die indikative Planung einen wichtigen Platz ein. Die Befehlsplanung soll schrittweise angemessen verringert, die Indikativplanung entsprechend erweitert werden.
4. Möglichst viel soll dem Marktmechanismus überlassen werden.
5. Privatbetriebe werden ausdrücklich neben den Staats- und Kollektivbetrieben anerkannt.
6. Die gesamte Preisstruktur soll unter Berücksichtigung der Angebots- und Nachfrageverhältnisse entzerrt und bereinigt werden.
7. Wissenschaft und moderne Technologie sollen eine entscheidende Rolle bei der Modernisierung der chinesischen Wirtschaft spielen.

Chinas Reformprogramm ist zu einem Ereignis von historischer Dimension geworden. Greifbare Erfolge haben denn auch nicht lange auf sich warten lassen.

Thomas Scharping: Demographische Entwicklung und Bevölkerungspolitik in der Volksrepublik China

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/85, S. 17—29

Die chinesische Volkszählung von 1982 und zahlreiche demographische Veröffentlichungen aus jüngster Zeit haben neue Erkenntnisse über Chinas Bevölkerungsentwicklung seit Anfang der fünfziger Jahre geliefert. An bemerkenswerten Befunden sind zu nennen: die frühere Unterschätzung der Bevölkerungszahl um rund 100 Mio., das andauernde Regionalgefälle innerhalb des Landes, die 20 Jahre lang gebremste und jetzt wieder zunehmende Urbanisierung, hohe Bevölkerungsverluste im Großen Sprung von 1958 bis 1961, niedrige Zuwachsraten seit den siebziger Jahren, Umsetzungsprobleme bei der Geburtenkontrolle seit 1979.

Die bisherigen bevölkerungspolitischen Erfolge genügen nicht, um Bevölkerungszahlen auszuschließen, die die chinesische Zielprojektion im Jahre 2020 um rund 250 Mio. Menschen übertreffen. Diese Unsicherheit ist ursächlich auf die schwankende Bevölkerungspolitik der vergangenen Jahrzehnte sowie auf die Auswirkungen kultureller, historischer und ideologischer Störfaktoren zurückzuführen. Die verschiedenen Methoden der Geburtenverhütung wurden erst in den siebziger Jahren konsequent angewandt und seit 1979 um ökonomische Hebel erweitert. An künftigen Fragen der Bevölkerungspolitik zeichnen sich andauernde demographische Strukturprobleme, zunehmende Akzeptanzschwierigkeiten, ordnungspolitische Zielkonflikte sowie die sozialpolitischen und kulturellen Konsequenzen der seit 1979 durchgesetzten Ein-Kind-Ehe ab.

Gerald A. Straka: Bildungspolitik in der Volksrepublik China. Von ‚rot‘ zu ‚fachkundig‘?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/85, S. 31—45

Nach dem Tode Maos und dem Sturz der ‚Viererbände‘ 1976 wurde in der Volksrepublik China ein politischer Kurswechsel eingeleitet. Bis Ende dieses Jahrhunderts sollen Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung sowie Wissenschaft und Technik modernisiert werden (= Vier Modernisierungen). Bildung und Erziehung werden dabei als eine wichtige Grundlage für die Realisierung dieses Vorhabens angesehen.

Ein Vergleich der Bildung, Erziehung und Wissenschaft betreffenden Artikel der Verfassungen von 1975, 1978 und 1982 zeigt, daß diesen gesellschaftlichen Bereichen heute größere Bedeutung eingeräumt wird. Es schließt sich eine kurze Beschreibung des chinesischen Erziehungswesens an sowie eine Wiedergabe und Analyse chinesischer Bildungsstatistiken. Hier offenbaren sich Abweichungen zwischen politischem Anspruch und gesellschaftlicher Wirklichkeit.

Schwerpunkte der chinesischen Bildungspolitik ab 1946 werden herausgearbeitet und kritisch analysiert. Diese sind: Grundschulbildung für alle bis 1990, deren Realisierung allerdings bis zu diesem Zeitpunkt fraglich erscheint. Die Neuorientierung der Sekundarschulpolitik, die zu einer einschneidenden Verringerung der Schülerzahlen und zu einer stärkeren Berücksichtigung der berufsbildenden Schulzweige führte. Die Wiedereinführung von Prüfungen sowie von Schwerpunktschulen und -hochschulen.

Die abschließende Analyse von Beziehungen des chinesischen Erziehungswesens zu gesellschaftlichen Teilbereichen verweist auf qualitative und quantitative Abstimmungsprobleme mit dem Produktions- und Beschäftigungssystem, auf eine hohe Auslese, durch die bestimmte gesellschaftliche Gruppen wie Frauen und Landbewohner benachteiligt sind, und auf eine nicht ganz problemlose Beziehung zum politischen System.